

Stenographisches Protokoll

40. (verlangte) Sitzung des Kärntner Landtages – 28. Gesetzgebungsperiode
Montag, 22. April 2002

Inhalt

Fragestunde (S. 4943)

Aktuelle Stunde

Thema: "Zusätzliche zweisprachige Ortstafeln in Kärnten"; Antragsteller: FPÖ-Klub

Redner: Dr. Strutz (S. 4956), Mag. Cernic (S. 4957), Dr. Wutte (S. 4958), Lobnig (S. 4959), Mag. Dr. Kaiser (S. 4960), Ing. Eberhard (S. 4961), Dipl.-Ing. Gallo (S. 4962), Volautschnig (S. 4963), Dr. Haider (S. 4964), Mag. Grilc (S. 4965)

Tagesordnung

1. Ldtgs.Zl. 16-7/28:

Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat-Lehrervertreter; Vorschlag FPÖ)

Mehrheitliche Annahme (FPÖ: ja, SPÖ: ja; ÖVP: nein, außer 3 Abg. ja) (S. 4966)

2. Ldtgs.Zl. 16-6/28:

Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Bezirksschulrat Wolfsberg; Vorschlag ÖVP)

Einstimmige Annahme (S. 4966)

3. Ldtgs.Zl. 376-2/28:

Anfragebeantwortung von Erstem LHStv. Ing. Pfeifenberger zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Tourismus in Kärnten

Verlesung durch den Schriftführer (S. 4966)

Mitteilung des Einlaufes

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 53-7/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Wasser für alle Kärntnerinnen und Kärntner – Sicherstel-

lung der Trinkwasserversorgung für die Kärntner Bevölkerung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Dr. Kaiser (S. 4970)

Zur Dringlichkeit: Mag. Cernic (S. 4971), Lutschounig (S. 4972), Dipl.-Ing. Gallo (S. 4973), Ing. Rohr (S. 4973), Stangl (S. 4975), Sablatnig (S. 4976), Ferlitsch (S. 4977), Schlagholz (S. 4978)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein; SPÖ: ja; ÖVP: ja) (S. 4979)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß (S. 4979)

2. Ldtgs.Zl. 53-8/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Sicherung der Trinkwasserversorgung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schwager (S. 4979)

Zur Dringlichkeit: Unterrieder (S. 4980), Dr. Wutte (S. 4981)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: ja, SPÖ: nein, ÖVP: nein) (S. 4982)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß (S. 4982)

3. Ldtgs.Zl. 588-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend ORF-Bericht über Kärntner Partisanen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Jost (S. 4982)

Zur Dringlichkeit: Lutschounig (S. 4983), Mag. Dr. Kaiser (S. 4984)

Mehrheitliche Zuerkennung der Dringlichkeit (FPÖ: ja, SPÖ: nein, ÖVP: ja) (S. 4985)

Mehrheitliche Annahme (FPÖ: ja, SPÖ: nein, ÖVP: ja) (S. 4985)

4. Ldtgs.Zl. 140-13/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Verlauf der Trasse der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG im Zentralraum Klagenfurt

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schober (S. 4985)

Zur Dringlichkeit: Dr. Wutte (S. 4986), Dipl.-Ing. Gallo (S. 4987)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja) (S. 4987)

Zuweisung: Ausschuß für Bauwesen und Verkehr (S. 4987)

5. Ldtgs.Zl. 459-5/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend finanzielle Mittel für Altenpflegeheime

Zur Begründung der Dringlichkeit: Kollmann (S. 4988)

Zur Dringlichkeit: Jost (S. 4988), Mag. Scheucher-Pichler (S. 4989)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja) (S. 4990)

Zuweisung: Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit (S. 4990)

6. Ldtgs.Zl. 354-4/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend finanzielle Mittel für den Sport

Zur Begründung der Dringlichkeit: Schlagholz (S. 4990)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja) (S. 4991)

Zuweisung: Bildungs-, Kultur-, Jugend-

und Sportausschuß (S. 4991)

7. Ldtgs.Zl. 242-11/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Verbot des Kleinen Glücksspiels

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Scheucher-Pichler (S. 4991)

Zur Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 4991), Schober (S. 4992), Mag. Scheucher-Pichler (S. 4993), Kollmann (S. 4993)

Ablehnung der Dringlichkeit (FPÖ: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja) (S. 4993)

Zuweisung: Finanz-, Wirtschafts-, Tourismus- und Technologieausschuß, unter Beziehung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gesundheit (S. 4993)

B. Anträge von Abgeordneten (S. 4993)

C. Schriftliche Anfragen:

Ldtgs.Zl. 53-6/28:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an LR Georg Wurmitzer betreffend Einleitung des Wildensteiner Baches in die Wasserversorgungsanlage Gallizien (S. 4995)

D. Petitionen:

Ldtgs.Zl. 201-5/28:

Petition vom 22. 4. 2002 betreffend Ausbildung der Kfz-Techniker-, Schlosser- und Elektrikerlehrlinge im Heimatbezirk Spittal/Drau, überreicht durch Abg. Unterrieder (S. 4995)

Beginn: Montag, 22. 4. 2002, 13.02 Uhr

Ende: Montag, 22. 4. 2002, 16.59 Uhr

Beginn der Sitzung: 13.02 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**

Entschuldigt: **Mitterer**

Anwesend: 35 Abgeordnete

Mitglieder des Bundesrates: **Ing. Klamt, Dr. Kanovsky-Wintermann, Würschl, Mag. Trunk, Ing. Gruber**

Am Regierungstisch: Landeshauptmann **Dr. Haider**, Landeshauptmann-Stellver-

treter **Dr. Ambrozy**, Landesrat **Dörfler**, Landesrat **Schiller**

Sch r i f t f ü h r e r : **Dr. Glantschnig** (bis 16.51 Uhr), Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige 40. Sitzung des Kärntner Landtages. (*Lärm im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Ich bitte um Aufmerksamkeit! Ich begrüße Sie alle recht herzlich, insbesondere die Mitglieder der Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Haider an der Spitze, die Bundesräte, die Mitarbeiter des Amtes, die Zuhörer sowie die Medienvertreter!

Es haben sich entschuldigt: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Karl Pfeifenberger und Herr Landesrat Georg Wurmitzer. Ich nehme an, daß die Klubs, Fraktionen sonst vollständig sind - ansonsten bitte mir zu melden, wenn jemand nicht anwesend sein kann.

Wie Sie aus den übermittelten Einladungen ersehen konnten, liegt heute eine sogenannte verlangte Landtagssitzung vor. Um durch einen Dringlichkeitsantrag die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für die Kärntner Bevölkerung erörtern zu können, haben die Abgeordneten des SPÖ-Klubs in der erforderlichen Zahl die Abhaltung dieser Sitzung verlangt. Die Sitzung wurde von mir fristgerecht einberufen und kann heute entsprechend durchgeführt werden.

Vor Eingehen in die Fragestunde möchte ich noch einigen Kolleginnen und Kollegen zum Geburtstag hier gratulieren, nämlich dem Herrn Abgeordneten Alfred Kollmann, der vor kurzem seinen Geburtstag gehabt hat. Ich gratuliere ihm recht herzlich, (*Beifall*) des weiteren feiert morgen Frau Abgeordnete Dr. Claudia Egger Geburtstag. Seien Sie herzlich beglückwünscht! (*Beifall*) Demnächst wird auch Herr Abgeordneter Robert Lutschounig ein Jahr älter. Ich gratuliere auch ihm! (*Beifall*)

Nun, Hohes Haus, kommen wir zur Fragestunde.

Fragestunde

Die 1. Anfrage des Abgeordneten Ing. Eberhard an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Karl Pfeifenberger kann nicht aufgerufen werden, weil der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter nicht hier ist. Ich werde diese Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen, wenn das so gewünscht ist.

Ich komme dann zur 2. Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 301/M/28:

Anfrage der Abgeordneten Warmuth an Landeshauptmann Dr. Haider

Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um die Lehrlinge künftig auf die Herausforde ... Entschuldige! Ich erteile der Frau Abgeordneten das Wort!

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Lehrausbildung stellt für viele Jugendlichen den bevorzugten Weg in das Berufsleben dar. Dabei weist das traditionelle System der dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule entscheidende Unterschiede gegenüber der Berufsbildung in anderen Ländern auf. Eine qualifizierte Facharbeiterschaft stellt ein wichtiges Element in der Wettbewerbsfähigkeit der Kärntner Betriebe dar.

Herr Landeshauptmann, ich frage Sie: Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um die Lehrlinge künftig auf die Herausforderungen der Kärntner Wirtschaft vorzubereiten?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Nicht nur „Welche Maßnahmen werden Sie treffen?“, sondern:

Dr. Haider

Welche Maßnahmen haben wir bereits getroffen, um die Lehrlinge auf die verstärkten Herausforderungen auch im beruflichen Leben bestmöglich vorzubereiten? - Hier ist eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden. Ich darf darauf verweisen, daß wir vor allem das Ziel haben, die Ausbildung zu modernisieren. Es sind in den letzten zwei Jahren 30 neue Berufe in Kärnten bewilligt worden, für die ein Berufsbild entwickelt worden ist, um hier auch den Anforderungen der Wirtschaft und den Beschäftigungsmöglichkeiten für die Facharbeiter von morgen Rechnung zu tragen. Diese rund 30 neuen Berufe werden auch entsprechend im Ausbildungsprogramm der Berufsschulen untergebracht und unterrichtet.

Wir haben darüber hinaus gemeinsam mit dem Berufsförderungsinstitut eine überbetriebliche Lehrwerkstätte eingerichtet, und zwar in Wolfsberg, in Krumpendorf und in Villach, um vor allem im Bereich des IT-Technikers und des EDV-Kaufmannes eine Lehrlingsausbildung zu ermöglichen, nachdem in der ersten Phase die Wirtschaft nicht besonders nachhaltig diese Berufe nachgefragt hat bzw. sich geweigert hat, eine Ausbildung im dualen System zu akzeptieren.

Wir haben gemeinsam mit dem Arbeitsminister, Dr. Bartenstein, eine Übereinkunft erzielt, daß wir rund 80 Millionen Schilling in den Ausbildungslehrgang für die Technologiewerkstätte des BFIs investieren und damit etwa 65 bis 68 Schüler in einem mehrjährigen Ausbildungsgang schulen, der dreigeteilt ist, daß einerseits die überbetriebliche Lehrwerkstätte zur Verfügung steht, andererseits auch die betriebliche Praxis und die Arbeit im Technologiezentrum gemacht wird.

Wir haben dann die Aktion „Vorbild“ ins Leben gerufen, um damit jenen Lehrbetrieben eine Auszeichnung zukommen zu lassen, die nachweisbar über einen längeren Zeitraum gute Ausbildungserfolge bei ihren Lehrlingen haben, und haben dies gemeinsam mit einer Jury einer Beurteilung unterzogen. Diese Aktion erfreut sich großer Zustimmung und wird auch vonseiten der Wirtschaftskammer und der Arbeiterkammer nachhaltig unterstützt.

Wir haben weiters eine Aktion gestartet für die

Chancengleichheit der Mädchen im Bereich der Lehre, um vor allem mit Unterstützung, mit Wettbewerbsmaßnahmen, mit Anreizen den jungen Damen die Möglichkeit zu geben, auch in nicht typischen Frauenberufen (wie Friseurin oder im Handelsbereich) tätig zu sein. Hier haben wir im Rahmen der Lionsaktion bereits die ersten Erfolge verzeichnen können. Diese Aktion entwickelt sich recht, recht gut und wird im Zusammenwirken auch mit den Berufsschulen durchgeführt.

Wir haben, zum zweitenmal jetzt, den Berufswettbewerb für die Lehrlinge zur Durchführung gebracht. Das ist der „Lion 2001“. „Lion 2002“ ist abgewickelt, wobei dieser Berufswettbewerb immer zweigeteilt ist: Für den gastronomischen Bereich finden die Wettbewerbe im Rahmen der „Gast“-Messe statt; für Kellner, Koch, Servierpersonal, Barkeeper, bis hin zu den Floristen. Der zweite Teil der Lehrlingswettbewerbe findet im Rahmen der Freizeitmesse statt. Die Berichterstattung und die Messeerfolge haben Ihnen ja auch gezeigt, daß sowohl bei der „Gast“ wie auch bei der „Freizeit“ jetzt der Publikummagnet eigentlich der Berufswettbewerb der jungen Leute gewesen ist und sehr, sehr viele zusätzliche Besucher auf die Messe gebracht werden konnten, die in erster Linie zu diesem „Lion 2002“ gegangen sind.

Hiermit wird die Möglichkeit geschaffen, im Rahmen der Berufswettbewerbe quasi die Qualität der Ausbildung zu vergleichen. Es ist aber auch das Ziel, daß die einzelnen Ausbildungsbetriebe (einschließlich der Schulen, der Lehrwerkstätten wie etwa Lehrwerkstätte der KELAG) sich präsentieren, um damit auch das Niveau der Ausbildung entsprechend darzustellen. Beispielsweise hat es einen sehr interessanten Stand der Produktionstechniker gegeben, die quasi eine Kombination aus Elektronik, Mechanik und Metallverarbeitern darstellen, wo man gesehen hat, mit welcher hochkomplizierten Vorgängen heute die jungen Leute bereits konfrontiert sind und welche großartigen Leistungen sie erbringen: daß sie nämlich eigene Produktionsvorgänge - die in der betrieblich-industriellen Umsetzung tatsächlich stattfinden - selbst konstruieren und entwickeln, im Rahmen der Computeranimation zeichnen und dann auch diese Anlagen im Kleinformat bauen. Hier sind also sehr, sehr große Anstrengungen unternommen

Dr. Haider

worden, diesen Lehrlingswettbewerb auch zur Hebung des Ansehens der Lehrlingsausbildung zu machen, wobei wir uns überlegen müssen, wie wir das weiterhin tun, nachdem der Zuspruch ein größerer wird. Wir haben heuer von den rund 52 Lehrberufen, die wir in Kärnten in den Berufsschulfächern unterrichten, bereits 37 auf der Messe gehabt. Jedes Jahr kommen noch ein paar Berufe dazu, die hier mitmachen.

Ich bin auch den Sozialpartnern sehr dankbar, daß sie sich in diese Aktion miteingeklinkt haben, weil wir damit eine tolle Breite erreicht haben. Es war vor allem von Anbeginn auch die Arbeiterkammer mit dabei, die uns hierbei massiv zur Seite gestanden ist, um diesen Bewerb zustande zu bringen. Das ist einmalig!

Wir werden auch im nächsten Jahr den Versuch machen, mit Nachbarregionen die Kooperation zu erweitern. Die Südtiroler haben sich beispielsweise interessiert, daß sie im Rahmen des „Lion 2003“ mit dabei sein wollen. Auch die Friulaner möchten gerne in diesen Bewerb eingebunden sein, was uns nur recht sein kann, weil wir damit sozusagen auch die fachliche Präsentation der Facharbeitersausbildung auf Kärntner Boden bestmöglich gestalten können. Ich sage dazu: Die Finanzierung ist in der Hauptsache immer beim Land gewesen. Wir haben hier eine gemeinsame Finanzierung zustande gebracht, daß sowohl der Kollege Pfeifenberger als Wirtschaftsreferent, der Kollege Wurmitzer als Gemeindereferent, einen Teil beigetragen hat. Den Rest habe ich als zuständiger Bildungs- und Lehrlingsreferent aufgebracht.

Eine weitere Initiative ist das Auffangnetz für Jugendliche nach dem Jugendausbildungssicherungsgesetz, das jetzt einige Jahre existiert. Wir haben im Schuljahr 2000/2001 dieses Ausbildungssicherungsgesetz für Kärnten aktiviert, haben 90 Ausbildungsplätze geschaffen, und zwar um Jugendliche, für die wir sonst keinen Ausbildungsplatz gehabt haben, in diese neuen Berufe hineinzubringen. Beispielsweise 50 Ausbildungsplätze im Bereich der EDV-Technik, 25 Ausbildungsplätze im kaufmännischen Bereich, einschließlich EDV, 30 Ausbildungsplätze im Tourismus und 10 weitere für die Elektroinstallateure, mit einer Schwerpunktbildung „Elektronik“, so daß immer wieder diese Schiene der neuen Technologien angegangen wird. Dies

deshalb, weil wir aufgrund der Bedarfserhebungen auch in der Kärntner Wirtschaft wissen, daß das ein wachsender Bedarf sein wird und es nicht nur um die Absolventen der Fachhochschule oder HTL-Absolventen geht, sondern sehr praktisch auch die EDV-Techniker und -monteure benötigt werden, die ja das ganze Leitungswerk, das Datenwerk, installieren, instandhalten, servicieren und dort also schon eine sehr spezifische Ausbildung brauchen.

Es gibt aber auch fast keinen Produktionsbetrieb mehr in Kärnten, der nicht schon längst weggegangen ist vom Betriebselektriker und heute den Elektroniker braucht. Das führt dazu, daß sich viele Betriebe diese Ausbildung nicht mehr leisten können, aber im partnerschaftlichen Verbund sozusagen die Servicierung im Elektronikbereich für mehrere Betriebe angelegt und aufgebaut wird. Und dazu braucht man also auch die jungen Leute, die hier einen entsprechenden Ausbildungsschwerpunkt haben, was wir damit getan haben. Durch das Jugendausbildungssicherungsgesetz haben wir damit auch einen Beitrag geleistet, daß die Arbeitsplatzbilanz für Lehrlinge in Kärnten überdurchschnittlich positiv ausgefallen ist und wir in der Lage waren - gemessen auch an den anderen Bundesländern - das Problem der Lehrlingsarbeitslosigkeit nahezu gegen Null zu reduzieren, (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*) in der Herbstphase 2001 nachadjustiert haben, auch gemeinsam in einer Initiative Arbeitsmarktservice, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Land Kärnten, und das tun wir auch in diesem Jahr wieder. Das heißt, alle die, die wir nicht unterbringen können, werden dann mit Spezialaktionen im Herbst nachadjustiert bzw. im Frühsommer erfaßt und wir probieren, sie auch entsprechend unterzubringen.

Dann nächste Aktion, die läuft ist die Aktion „Berufsschulzeitförderung und Ausbildung für Maturanten im IT-Bereich“. Hier haben wir eine Aktion für die Unterstützung der Berufsschulkosten durchgeführt, die für das erste Lehrjahr gezahlt worden ist und die sehr stark angenommen worden ist. Es waren insgesamt 1.820 Betriebe, die darum angesucht haben. Gleichzeitig haben wir unter diesem Ansatz auch einen Modellversuch „Maturanten in IT-Ausbildung“ gemacht. Hier geht es beispielsweise um das Projekt in Treibach/Althofen - Flextronic, wo

Dr. Haider

wir gesagt haben, wir kooperieren mit einer höheren Schule und geben den Jugendlichen die Möglichkeit, eine verkürzte fachlich einschlägige Lehre zu machen, und das wird recht gut angenommen. Hat zwar bißchen ein Problem mit dem Berufsausbildungsgesetz, weil das in der Form nicht vorgesehen ist. Und die Frage immer wieder: Welcher Betrieb erklärt dann offiziell, daß der Lehrling bei ihm im Betrieb eingestellt ist, damit er neben der Matura, neben der Mittelschule und neben der Praxis, die er bei Flextronic macht, um im elektronischen Bereich seine Ausbildung zu bekommen, auch einen Lehrbetrieb hat? Das heißt, unser Problem ist dann eigentlich immer das Auffinden eines Lehrbetriebes, der den Namen hergibt. Das ist sowohl bei der IT-Ausbildung gewesen, worum wir dann auf die überbetriebliche Lehrwerkstätte gekommen sind und das ist jetzt auch bei Flextronic immer wieder die Frage, welcher Betrieb sagt: Jawohl, offiziell ist der Lehrling bei mir! Weil wenn er offiziell bei ihm ist, muß er natürlich alle entsprechenden Leistungen und Verpflichtungen nach den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen auch akzeptieren. Das heißt, unsere Gesetze und Verordnungen sind in Wirklichkeit auf eine flexible, moderne Ausbildung nicht vorbereitet, wo wir fächerübergreifend oder mit mehreren Partnern auch eine Ausbildung organisieren können.

Dann haben wir Lehrlinge im Lande Kärnten aufgenommen. Es sind 44 Lehrlinge im Lande Kärnten tätig, in den verschiedenen Bereichen, sowohl Verwaltungslehrlinge wie auch im Bereich der handwerklichen Berufe: vier bautechnische Zeichner, zwei EDV-Techniker, Kraftfahrzeugmechaniker, Landschaftsgärtner, Straßenerhaltungsdienst, Vergolder und Staffierer und Vermessungstechniker und 26 Verwaltungsassistenten. Wo bei den Verwaltungsassistenten von Seiten des Landes daran gedacht ist, daß wir vor Ende ihrer Ausbildung eine entsprechende Werbung machen werden, damit die Betriebe, die im Bereich der Administration gut ausgebildete junge Leute brauchen, die mit dem Computer umgehen können, die im Internet arbeiten gelernt haben, die die modernen Kommunikationsschienen nützen können, daß die also angeboten werden am Arbeitsmarkt. Das ist momentan ein bißchen die Sorge der ersten Absolventen, die sagen: "Wir haben einen schlech-

ten Titel. Wir heißen Verwaltungsfachleute oder Verwaltungsassistenten. Da sagt jeder: Verwaltung ist träge, Verwaltung ist verstaubt, Verwaltung ist nicht modern, die brauchen wir in einem leistungsfähigen Unternehmen, wo es flexibel heruntergeht nicht. Die werden schon in der Lehre verdorben." Das ist ein bißchen ein Problem, so daß wir dafür auch eine Art Werbeinitiative setzen müssen, um die Qualität dieser Leute auch richtig darzustellen. Wobei ich - weil wir gerade beim Verwaltungsassistenten sind - überhaupt der Meinung bin, wir sollten uns eine neue Bezeichnung für die Lehrlinge überlegen. Denn der Lehrling ist schon lange kein Lehrling mehr, sondern er ist - würde ich sagen - ein sehr spezifisch ausgebildeter junger Mensch, der zumindest den Titel Assistent tragen sollte, womit wir auch die Diskriminierung, Lehrling ist sozusagen letztklassig, ein bißchen wegbringen könnten. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)* Aber über das könnten wir uns ja auch einmal im Landtag unterhalten. Vielleicht können wir da eine eigenständige Initiative machen, wo wir gemeinsam auch österreichweit dann dieses System ein bißchen modernisieren, weil auch hier der Stellenwert der jungen Leute positiver gemacht werden kann. Wir werden im Jahre 2002 zu den bestehenden Lehrlingen zwölf weitere aufnehmen - Schwerpunkt EDV. Soziale Komponenten bei der Einstellung werden berücksichtigt, vor allem auch dann, wenn es sich um körperliche Handicaps handelt, versuchen wir immer wieder auch in größerer Zahl bei uns aufzunehmen. Wobei wir hier auch mit den einzelnen Regierungsfractionen mehr oder weniger eine informelle Abstimmung vornehmen, jeder hat so seine Kandidaten und wir versuchen uns dann zu einigen. Ich glaube, das hat bisher gut funktioniert. Jeder kann den einen oder den anderen Problemfall, den wir haben unterbringen. Und wir haben aber auch gesehen, daß die dann eine sehr gute Ausbildung machen und eigentlich - mit zwei Ausnahmefällen bisher - absolut verwendbar sind und auch eine gute schulische Leistung erbringen. Wir haben nur zwei Fälle, die keinen Abschluß zustande gebracht haben, wo wir jetzt aber - bedingt auch durch ihre familiäre Situation - eine Nachschulung möglich machen und die Kinder das sicherlich aufholen werden.

Dr. Haider

Wir haben dann jetzt noch in Gang gebracht die sogenannte Berufsschulreform im Sinne des neuen Berufsschulstandortkonzeptes. Hier geht es also darum, die einzelnen Berufsschulen zu Kompetenzzentren in fachlichen einschlägigen Bereichen zu machen: Kompetenzzentrum Kfz, Kompetenzzentrum Mechaniker, Kompetenzzentrum Tischler, Kompetenzzentrum Sanitär- und Heizungstechniker und die in den einzelnen Berufsschulstandorten unterzubringen. Hier gibt es also - ich sage einmal - eine weitestgehende Einigung. Es wird immer wieder welche geben, die sagen: Das paßt mir nicht! Wir sind jetzt bei der letzten Besprechung mit den Sozialpartnern und den Bürgermeistern soweit gekommen, daß wir das Konzept gemeinsam abgesegnet haben. Es hat sowohl die Wirtschaftskammer wie auch die Arbeiterkammer ihre Zustimmung erteilt und es haben die Bürgermeister bzw. ihre Vertreter aller ... *(Unaufmerksamkeit im Hause. - Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um ein bißchen Aufmerksamkeit!)* ... Berufsschulstandorte einschließlich Spittal muß ich sagen, wo der Stadtrat Prasch für den Bürgermeister anwesend gewesen, die Zustimmung gegeben und wir werden auf dieser Grundlage jetzt versuchen, dieses Konzept umzusetzen, weil wir ja auch entsprechende Investitionen tätigen müssen. Wobei den Spittalern eben das Angebot auch gemacht wurde, daß sie den gesamten Bereich der Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker bekommen werden. Das ist sozusagen eine Wachstumsbranche und eine sehr spezifische Branche auch, in der aus ganz Österreich Ausbildung durchgeführt werden kann und damit auch eine Aufwertung dieses Berufsschulstandortes passieren wird. Ich bin also guter Dinge, daß wir mit dieser Berufsschulreform auch weiterkommen, weil wir sie brauchen, um das Geld richtig zu investieren. Denn es ist ja so, wenn wir an fünf Standorten überall das Gleiche unterrichten, dann ist in der Regel halt auch das Investment fünf Mal zu plazieren, aber du hast relativ wenig Schüler. Mit der Konzentration kannst du bessere Ausstattung machen, kannst die Berufsschulen modernisieren und kannst sozusagen effizienteren Unterricht erteilen und das ist eigentlich der Wunsch nicht nur der Berufsschulen selbst sondern auch von den politischen Entscheidungsträgern in den Regionen.

Die Stadt Klagenfurt hat offiziell beklagt, daß sie durch diese Konzentration etwa 180 Berufsschüler weniger haben wird und das sozusagen für die Stadt Klagenfurt nicht erfreulich ist. Wir sagen dem gegenüber, die Stadt Klagenfurt bekommt als Schulstandort so viele andere zusätzliche Aufwertungen, daß man eigentlich im Sinne der Fairneß mit den anderen Bezirksstädten hier vorgehen sollte. Denn wenn ich nur daran denke, daß wir für die Stadt Klagenfurt mit einer halben Milliarde Schilling, wo wir die gesamten Mittel der Betriebsansiedlungs- und Beteiligungsaktiengesellschaft hineinlegen, diesen Software-Park bei der Universität aufbauen, dann wird das auch eine enorme Aufwertung der Landeshauptstadt sein, so daß sie das verkräften wird ein paar Berufsschüler nach St. Veit, nach Villach oder sonst irgendwohin abzugeben, wenn wir das ernst meinen, daß wir auch die Regionen stärken wollen. Man kann nicht immer hinaus gehen und sagen: Ja, die Regionen müssen gestärkt werden und dann machen wir eine Konzentration auf einzelne, wenige Standorte.

Ich schaue nur noch nach in dem Berufsschulstandortkonzept, ob ich Ihnen hier noch eine ... Ja! Es schaut dann also so aus, daß wir Berufsschulschwerpunkte haben für metallverarbeitende Berufe: Wolfsberg, St. Veit, Villach; für die Elektroberufe: Klagenfurt, Villach, St. Veit mit der KELAG-Lehrlingsschule; Kfz: Wolfsberg, Klagenfurt, Villach; Tischler: Klagenfurt, Villach, Spittal und Sanitär- und Klimatechnik und Installateure: Spittal, so daß wir aus diesen fünf Bereichen maximal eine Konzentration auf drei Bereiche machen, wobei das Gesamtinvestitionskonzept bis zum Jahre 2007 abgewickelt wird, beginnend mit Wolfsberg mit einer Investition, die jetzt stattfinden soll von rund 55, 60 Millionen Schilling. Dann kommt Völkermarkt, Klagenfurt, St. Veit, weil die untereinander eine Angleichung ihrer Kompetenzen vornehmen werden und dann kommt Villach und Spittal, die ebenfalls eine Angleichung ihrer Ausbildungskompetenzen vornehmen werden. Das ist also auch der aktuelle Stand zu diesem Thema. *(Hefziger Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ-Fraktion eine Zusatzfrage gewünscht? - Herr Klubobmann Abgeordneter Unterrieder, ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, ist Ihnen bekannt, daß dieses Berufsschulkonzept von vielen Bereichen der Innung und vor allem auch vom Bereich der Berufsschule in Spittal, trotz einer von Ihnen bereits hier angeführten Zustimmung des Herrn Stadtrates, daß es hier großen Widerstand gibt? Ich habe heute die Absicht und ich werde das im Rahmen der Landtagssitzung tun ... (*Vorsitzender: Ich bitte, die Anfrage zu stellen und nicht eine Petition zu übergeben und eine Rede zu halten, Herr Klubobmann!*) ... dem Präsidenten eine Petition zu übergeben mit Tausenden Unterschriften in dieser Frage. (*Vorsitzender: Ich bitte noch einmal, eine Anfrage ist zu stellen und sonst nichts!*)

Ja, die Frage: Ob dem Landeshauptmann das überhaupt bekannt ist, daß Innung, Eltern und auch Kinder zum Teil dagegen sind auch Lehrkräfte zu diesen Spittal Betreffs und in anderen Bereichen Betreffs dieser Absicht? (*Abg. Dr. Strutz: Lex Unterrieder!*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Es gibt natürlich in allen Reformentscheidungen immer welche, die auch dagegen sind. Das ist überhaupt keine Frage. Aber wenn wir auf die warten, dann wird es keine Reformen geben. Und letztlich war die letzte Konferenz, die wir gemacht haben, eine sehr entscheidende. Denn wenn die Arbeiterkammer Ja sagt in Anwesenheit des Präsidenten und des Kammeramtsdirektors, wenn die Wirtschaftskammer Ja sagt in Anwesenheit des Präsidenten, der sogar noch weiter geht und sagt: In Oberwollanig - wo wir ja (das habe ich vergessen) auch nach dem Jahre 2004 die Investition des Ausbaues planen - wünscht er sich, daß wir die Verhandlungen soweit führen, daß die gesamten Lebensmittelberufe dort konzentriert werden, ja, also ein echtes Kompetenzzentrum auch für Lebensmit-

tel - was durchaus gescheit ist - zu machen. Wenn die Bürgermeister von Wolfsberg, Völkermarkt, St. Veit, Villach alle dem Konzept zustimmen und der Stadtrat Prasch sagt, er weiß, daß es Bedenken gibt, aber die Gemeinde sagt a la longue Ja dazu. Das heißt, er ist als bevollmächtigter Vertreter hergekommen. (*Zwischenruf vom Abg. Unterrieder*) Ich weiß, daß das dein Steckenpferd ist, dieses Berufsschulkonzept zu verhindern.

Aber ich glaube nicht, daß es Sinn macht, den Eltern etwas Falsches zu erzählen. Ich habe ja mit einigen Betrieben in Oberkärnten Kontakt, zum Beispiel mit der Firma Springer, wo ich ja die Ehre hatte, die Firma Springer - damals, wie Schilcher Pleite gegangen ist - für diesen Standort in Oberkärnten zu interessieren. Und Hansjörg Springer hat mir gesagt: „Du, das Berufsschulkonzept wird von uns hundertprozentig unterstützt - wir wollen nur keine Mehrkosten haben. Uns ist es völlig egal, an welchem Standort unsere Lehrlinge ausgebildet werden, wenn die Ausbildungsqualität steigt.“ Und das erwarte ich mir vom Kompetenzzentrum. Ich habe ihm gesagt: „Wir werden das sicherstellen.“ (*Zwischenruf des Abg. Unterrieder*)

Ich war heute, Kollege Unterrieder, mit dem Sozialminister und Gesundheitsminister Haupt, in Wolfsberg beieinander. Wir haben dort festgelegt, daß Kollege Haupt sicherstellen wird, daß die offene Frage der Lehrlingsfreifahrten für die Lehrlinge im Heim oder jene, die sozusagen Wochenpendler sind, auch positiv gelöst wird. Dann gibt es überhaupt keine Ausrede mehr, daß irgend jemand irgend etwas zahlen muß. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Abg. Unterrieder: Heimkosten?*) Bitte? Ja, jetzt muß ich schon sagen: Heimkosten und Elternkosten, die sind im Gesetz geregelt. Das heißt, wenn der Lehrling in einem Heim ist und der Betrag 60 % seiner Lehrlingsentschädigung übersteigt, für das monatliche Heim, dann muß der Betrieb zahlen. Wenn ihr euch heute anschaut, wie hoch wir die Tarife haben, dann, würde ich sagen, muß kein Betrieb etwas dazuzahlen, weil wir in Kärnten relativ niedrige Tarife haben. Unser Ziel müßte es vielmehr sein, zu schauen, daß die Lehrlinge endlich in menschenwürdigen Heimen untergebracht sind, anstatt herumzufummeln und zu sagen: „Vielleicht könnten wir noch irgend je-

Dr. Haider

manden ...“ (*Einsetzender starker Beifall der FPÖ-Fraktion übertönt die Abschlußworte. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Bravo!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der ÖVP... nein, da müßt ihr euch jetzt entscheiden, wer da kommt. Der Herr Abgeordnete (*Heiterkeit im Hause*) war eigentlich früher dran. (*Abg. Sablatnig: Wer schneller ist! - LH Dr. Haider: Sind das Privatabsprachen?*) Verzichtet Herr Ing. Eberhard auf diese Wortmeldung? - Dann erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Sablatnig seitens der ÖVP-Fraktion für eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Unter dem Landeshauptmann und Finanzreferenten Dr. Christof Zernatto wurde den Lehrbetrieben (*Vorsitzender: Ich bitte, eine Zusatzfrage zu stellen! - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist nicht die Frage!*) der Berufsschultag mit über 40 Millionen Schilling ersetzt. Herr Landeshauptmann, unterstützen Sie die ÖVP dabei, diese Unterstützung wieder einzuführen? (*LH Dr. Haider: Welche?*) Für die Lehrbetriebe wurde der Berufsschultag ersetzt. 42 Millionen Schilling im Jahr 2000! (*Abg. Ing. Eberhard: Oder die Berufsschulzeit!*) Die Berufsschulzeit. (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, bitte!*) Das wurde abgeschafft, und ich frage, ob Sie uns dabei unterstützen, (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, bitte!*) diese Maßnahme wieder einzuführen.

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Zur Steuerung der Wahrheit: Im Jahre 2000 hat nicht mehr der Zernatto regiert, (*Abg. Sablatnig: Das letzte Budget vom Christof Zernatto!*) sondern da war schon der Haider da. (*Heiterkeit und Beifall in der FPÖ-Fraktion. - Abg. Sablatnig: Das letzte Budget vom Christof Zernatto war es! - Lärm im Hause.*) Das war ein Pech! (*Abg. Sablatnig: Nein, es war ein Zweijahresbudget! - Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter Sablatnig, jetzt hat der Herr Landeshauptmann das Wort zur Beantwortung der*

Frage!)

Ich muß ihm trotzdem sagen: Es war die Initiative im Budget 2000, den Berufsschultag für das erste Lehrjahr den Betrieben, die das beantragen, zu ersetzen, das heißt es war die Initiative von mir. Herr Kollege Wurmitzer hat uns damals die Mehrheit in der Landesregierung gegeben. Es hat nicht die Zustimmung der SPÖ gefunden, weil die gesagt haben: „Ihr tut Betriebe subventionieren und nicht Lehrlinge.“ Heute sagt der Herr Unterrieder: „Tut Betriebe subventionieren.“ Er macht sich über die Höhe der Heimgebühren plötzlich Gedanken. (*Heiterkeit im Hause*) Es dreht sich also immer wieder die Argumentation (*Abg. Unterrieder: Herr Landeshauptmann, tun Sie die Wahrheit sagen! Ich war selber Mitglied der Regierung, und ich habe das gesagt ... - Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter Unterrieder, bitte!*) Ja schon, aber die gleiche Argumentation hast du jetzt, wenn du sagst, also bitte schön: „Die Betriebe dürfen keine Mehrkosten haben.“ Im Grunde genommen dreht es sich immer ums Gleiche. Aber wir haben damals 42 Millionen Schilling ausgegeben. Wenn die ÖVP Lust und Liebe hat, im Budget 2003 diese Initiative mit uns wieder durchzuführen: Ich bin mit Begeisterung dabei! (*Abg. Sablatnig: In Ordnung! Danke!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird noch eine Zusatzfrage von der Anfragerstellerin gewünscht? (*Abg. Warmuth: Ja, bitte!*)

Abgeordnete **Warmuth** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, bezogen auf den Anlaßfall Villach: Welche Überlegungen gibt es zur Verbesserung der Unterbringung von Lehrlingen in Lehrlingsheimen? (*Lärm und Heiterkeit im Hause*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Diese Frage ist deshalb schwer zu klären, weil dieses Lehrlingsheim in Villach ja im Eigentum der Stadt Villach steht (*Lärm in der SPÖ-*

Dr. Haider

Fraktion. - Vorsitzender: Die Anfragebeantwortung wird vom Herrn Landeshauptmann vorgenommen und von sonst niemandem, bitte!) und das Land Kärnten sämtliche Kosten trägt. Das heißt, daß wir jährlich an die vier Millionen Schilling dort hineininvestieren, um dieses Heim zu erhalten.

Wenn man sich den Standard dort anschaut - vorsichtig gesagt; manche werden sich vielleicht schon dorthin begeben haben; ich war jetzt einmal dort und habe mir das angesehen -: Er entspricht einfach nicht mehr! Die Einrichtung ist wirklich jahrzehntealt. Die Kästen sind nicht versperrbar. Es kann dort ein Lehrling nicht einmal seine privatesten Dinge - beim Bundesheer hast du wenigstens einen Spind, den du zusperren kannst und wo du deine Sachen unterbringen kannst - unterbringen. Die Betten sind so schlecht, daß sie wirklich zum Teil zusammenbrechen, zum Teil auch zu kurz sind, so daß die Jugendlichen dort nicht ausreichend Platz finden. Die Heimleitung hat das schon mehrfach kritisiert; es ist nur nie etwas passiert.

Wir sollten jetzt im Zuge des „Berufsschulkonzeptes“ - und da bin ich mit dem Kollegen Unterrieder wieder einer Meinung - auch die Lehrlingsheime in Angriff nehmen und eine entsprechende Verbesserung dort machen, weil vor allem das Villacher Heim ein zentrales Heim ist. Das Villacher Heim hat eine große Funktion, weil eine große Berufsschule dahintersteckt und dort immerhin 60, 70 Jugendliche untergebracht sind. Das Problem ist nur, daß sie alle in großen Einheiten sind. Dort sind Sechs- oder Achtbettzimmer drinnen. Es gibt also wenig Möglichkeiten, dort wirklich in Ruhe Aufgaben zu machen und die Verpflichtungen, die man halt aus der Schule mit übernimmt, zu erfüllen.

Wir werden uns bemühen, hier zu einem Konzept zu kommen. Das Wichtigste ist einmal, daß wir veranlassen, daß Brandmelder hineinkommen; weil interessanterweise in einem öffentlichen Heim kein einziger Brandmelder drinnen ist. Das heißt: Alles, was für einen Privatbetrieb gelten würde, gilt dort nicht. Es gibt eine völlig verwickelte Steigleiter, die die Jugendlichen offenbar hinunterhängen lassen sollen, wenn etwas passiert. Das werden wir jetzt in Ordnung bringen, daß die Dinge von der Sicherheit gelöst sind. Dann wird man schauen, ob man nicht

einen anderen Platz findet, denn ich glaube, daß das Schloß als solches für ein Heim nicht geeignet ist, weil es unter Denkmalschutz steht. Wir können dort nicht Wände herausbrechen oder einziehen, um kleinere Einheiten zu machen. Wir dürfen faktisch nichts umbauen. Die Sanitäranlagen sind soweit okay. Aber es erfordert natürlich ein gewaltiges Investment. Daher müßten wir einmal mit der Stadt reden, ob wir nicht zu einem anderen Gebäude kommen - es ist natürlich günstig gelegen, weil es in der Nähe der Berufsschule ist -, ob man nicht andere Unterbringungsmöglichkeiten finden könnte.

Das zweite ist, daß wir natürlich auch in St. Veit etwas tun müssen. In St. Veit braucht die Berufsschule mehr Plätze. Die Lehrlingsberufsschule und das Heim der KELAG stünde zur Verfügung. Wir müßten jetzt mit der KELAG die Verhandlungen führen, daß wir einen Teil übernehmen, die Ausbaumaßnahmen tragen und dann einfach das Belegrecht haben. Aber das ist zu verhandeln. Das ist sicherlich, im Grunde genommen, auch so zu lösen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Damit ist die 2. Anfrage erledigt. Bevor ich zur 3. Anfrage komme, darf ich, weil er anwesend ist, den Mitarbeiter im SPÖ-Klub, Herrn Marbek, gratulieren! Er ist gestern zum Bürgermeister von Poggersdorf gewählt worden. Ich gratuliere dir (*Beifall*) und wünsche dir auch Erfolg, daß du diese Gemeinde in eine gute Zukunft führen mögest! Zum zweiten möchte ich noch in Erinnerung rufen, daß im Landtagssaal von den Abgeordneten, aber auch nicht von den Besuchern und von den Medienvertretern Handys aktiviert werden dürfen. Wir haben ausgemacht, für karitative Zwecke ein Bußgeld abzuliefern - 10 Euro, für einen guten Zweck. Ich habe zweimal ein Handy gehört. Ich bitte, sich zu melden und diese 10 Euro abzuliefern.

Ich komme nun zur 3. Anfrage:

**3. Ldtgs.Zl. 303/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Schlag-**

Dipl.-Ing. Freunschlag**holz an Ersten Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger**

Ich werde diese Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung geben, da der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter nicht anwesend ist. Ich komme zur Anfrage 4:

**4. Ldtgs.Zl. 308/M/28:
Anfrage des Abgeordneten Schwager
an Landesrat Dörfler**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Landesstraßenbaureferent Landesrat Gerhard Dörfler! (*Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion ob der förmlichen Anrede*) Am 22. März dieses Jahres wurde vom Herrn Landesrat Dörfler, im Beisein auch des Herrn Landeshauptmannes Dr. Jörg Haider, in Steinfeld für die Oberdrautaler Bevölkerung eine Informationsveranstaltung abgehalten, wobei der Herr Landeshauptmann berichtete, daß vom Bund 855 Millionen Schilling - das sind zirka 62 Millionen Euro - Sonderfinanzierung zum weiteren Ausbau der B 100 für das Land Kärnten erreicht wurden.

Jetzt wissen wir, daß die Kleblach-Umfahrung bereits dem Verkehr übergeben wurde, das Teilstück von Obergottesfeld bis Kleblach im Bau ist und jetzt weitere Planungsmaßnahmen gemacht werden. Die Detailplanung wird für das nächste geplante Bauabschnitt - das ist von Lengholz bis Radlach-West, also die Umfahrung Steinfeld - gemacht, wozu ich hier gleichzeitig berichten möchte, daß bereits seitens Dr. Kleinsasser, als zuständigem Beamten, (*Abg. Dr. Wutte: Wie lautet die Frage?*) mit dem Büro Kermer am 25. April weitere Besprechungen (*Abg. Dr. Wutte: Ja, Herrschaften! - Lärm im Hause.*) mit den betroffenen Grundbesitzern, die zur Ablöse anstehen, (*Abg. Sablatnig: Die Frage! - Lärm in der ÖVP-Fraktion. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen. - Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Eine Seite hat er!*) gemacht werden. (*Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Aufmerksamkeit für den Fragesteller, der jetzt die*

Anfrage stellen wird!) Ja, ich bitte auch die Abgeordneten der ÖVP, zuzuhören, weil das ist alles Information für euch; weil sonst kennt ihr euch wieder nicht aus! (*Abg. Dr. Wutte: Das ist ein Mißbrauch der Fragestunde!*)

So! Und jetzt ist meine Frage an dich: Wie sieht die weitere Vorgangsweise der Kärntner Landesregierung zu einem möglichst raschen Ausbau der B 100 Drautal Bundesstraße aus? (*Abg. Lutschounig: Wie lautet die Frage?*) Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter! Herr Bürgermeister! Hohes Haus! Ich darf meinen Bericht vielleicht mit einem ganz großen Danke im Namen des Drautales an den Landeshauptmann beginnen. 855 Millionen Schilling im Rahmen ... (*Lärm im Hause. - Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um Aufmerksamkeit! Es ist ja wirklich ... Bitte, Herr Landesrat, wenn Sie ein bisschen unterbrechen! Es werden Anfragen gestellt, und dann interessiert sich niemand für die Antworten. - Lärm und Zwischenbemerkungen im Hause. - Vorsitzender: Und das werde ich entscheiden, als Präsident! Wir haben eine Seite als Einbegleitung. Ich möchte alle bitten, sich selber bei der Nase zu nehmen, wenn sie auch eine Seite dann vortragen. Gleiches Recht für alle, auch für den Herrn Abgeordneten Schwager. Außerdem bitte ich, die Nervosität etwas abzusinken. Es sind noch weitere Tagesordnungspunkte da, um dann dort sich zu Wort zu melden! Ich bitte Herrn Landesrat Dörfler, die Anfragebeantwortung fortzusetzen!*)

Ja, scheinbar ist die Zukunft des Drautales bzw. sind 855 Millionen Schilling für das Drautal nicht so wichtig, daß man sich den Bericht anhört?! Für mich und für das Drautal ist das jedenfalls sehr wichtig!

Ich möchte noch einmal festhalten, daß es im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz gelungen ist, bezüglich der Verhandlungen der Verländerung der Bundesstraßen eine für Kärnten großartige Lösung herbeizuführen, daß wir jetzt einmal die Finanzierung für die B 100 gesichert haben. Das ist der erste Erfolg. Der zweite Erfolg ist, daß wir diese Finanzierung nach Baufortschritt flüssigmachen können. Der dritte

Dörfler

Erfolg ist: Sollte es wider Erwarten so ein, daß wir diese Finanzierung nicht ganz verbrauchen können, können wir den Restbetrag für andere Baulose in Kärnten verwenden. Das hat mich auch dazu bewogen, schnell zu bauen, schnell umzusetzen und vielleicht ein bisserl ein Geld zu sparen, daß wir auch im Bereich eines eventuell übrig bleibenden Geldes eine weitere Straße für Kärnten errichten können.

Wie schaut es im Detail aus? - Ich möchte vielleicht festhalten, daß ursprünglich - und das muß man schon einmal sagen, 30 Jahre Planung und Projektierung, zur langen Geschichte der B 100, daß - ja autobahnähnliche Zustände geherrscht haben. Ich darf nur zum Beispiel den Anschluß Greifenburg, den Anschluß Kleblach, den Anschluß Steinfeld erwähnen, das heißt ursprünglich war dies scheinbar im Gesamtprojekt „Alle-mangna“ eine durchaus überregionale Verkehrsader.

Jetzt ist es so, daß feststeht, daß im Rahmen des Generalverkehrsplanes das Drautal keine überregionale Verkehrsfunktion und keine Korridorfunktion hat, daher endlich eine Drautal-gerechte Bundesstraße. Wie machen wir weiter? Derzeit - wie gesagt - ist von Obergottesfeld bis Kleblach ein Projekt im Wert von 6,9 Millionen Euro in Bau und wird nächstes Jahr befahrbar sein. Parallel zu diesem Baulos wird noch im heurigen Jahr der Bestand von Oberdrauburg bis zur Landesgrenze Richtung Osttirol mit Kosten von zirka 1,5 Millionen Euro begonnen. Für die Strecke nach Lengholz planen wir mit Hochdruck und ich gehe davon aus, daß es uns gelingt, dieses 15 Millionen Euro Baulos im Herbst 2003 - genau gesagt im November - zu starten. Im Jahr 2003 wird auch die Bestandssanierung fortgesetzt und da sind weitere Kosten von fünf Millionen Euro Richtung Dellach bis Oberdrauburg zu verbauen. Somit verbleibt noch der Abschnitt Berg-Dellach. Auch in Berg ist es uns gelungen, einen Gemeinderatsbeschuß für die bahnparallele Trasse herbeizuführen, so daß wir davon ausgehen können, daß, wenn wir rasch planen, rasch bauen, 2010 die B 100 endlich durchgehend im Interesse Kärntens befahrbar ist. Ich glaube die Wirtschaft in der Region, die Bauwirtschaft in Kärnten, die Bevölkerung und die Pendler im Drautal, die Land- und Forstwirtschaft, der Tourismus, die Verkehrssi-

cherheit aber auch der Umwelt- und Lärmschutz ist eine Vorgabe, die letztendlich die Grundlage für eine B 100 ist, die diesem Tal eine wirtschaftliche Zukunft sicherstellt.

Ich möchte aber abschließend festhalten, daß, wenn der Vollausbau vorhanden ist, das Drautal, die Dorfkultur, die Dorfstrukturen revitalisiert und neu entwickelt werden müssen. Ich erinnere an Friesach. Friesach ist wohl ein Herzeigebeispiel, wie ein Ort durch die Verlegung einer Straße neues Leben bekommen hat. Sachsenburg ist durchaus ein Kleinfriesach - würde ich sagen. Und das ganze Drautal muß letztendlich nach dem Ausbau der B 100 eine interessante Orts- und Dorfzukunft haben. Und daher werden wir auch - glaube ich - dafür zu sorgen haben, daß letztendlich die Verkehrsentwicklung aber auch die Entwicklung der Region, der Ortszentren und der Dörfer eine gute Zukunft hat. *(Abg. Schwager: Danke, Herr Landesrat! - Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP hat sich Herr Abgeordneter Ramsbacher gemeldet. Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Ramsbacher** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Landesrat! Stimmen die Ausführungen vom Büro Kermer, daß die Baukosten nicht, wie Sie gesagt haben, 62 Millionen Euro sondern über 75 Millionen Euro an Kosten ohne Tunnel ausmachen und die Planungszeit bis 2009 bzw. Bauzeit bis 2013 betragen wird? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zu viele Fragen! - Vorsitzender: Bitte, die zwei Fragen in einer Frage verpackt zu beantworten, Herr Landesrat!)*

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Nachdem die B 100 schon seit 30 Jahren geplant und jetzt wieder einmal irgendwo ein Gerücht aufgetaucht ist, mir ist davon absolut nichts bekannt. Ich habe im Planungsbüro fast wöchentlich zu tun. Es wäre erstaunlich, wenn der Refe-

Dörfler

rent nichts davon wüßte, daß das Projekt nicht so wie geplant umsetzbar ist. Ich habe keine anderen Informationen - 855 Millionen und bis 2010 Fertigstellung.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Der Anfragersteller hat noch eine Zusatzfrage. Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt, wenn ein Geld übrig bleibt, wird das in andere Projekte ... (*Vorsitzender: Ich bitte, die Zusatzfrage zu stellen! - Abg. Ramsbacher: Ist ja für das schon zu wenig!*) Ich muß zur Zusatzfrage eine kurze Erläuterung ... (*Vorsitzender: Nein! Bitte, das wird nicht gestattet! Bitte, die Zusatzfrage gemäß der GO zu stellen!*) Ich werde das in einem Satz zusammenfassen. Der ÖVP-Obmann Herwig von Staa hat urgiert, (*Lärm im Hause*) daß vom Land Kärnten Mittel für die Umfahrung Sillian ... (*Der Vorsitzende, das Glockenzeichen gebend: Herr Abgeordneter, ich habe Ihnen das Mikrofon bereits entzogen und ich bitte Sie den Präsidenten zu folgen, er hat zu schauen, daß die Geschäftsordnung eingehalten wird. Ich bitte, ausnahmsweise noch einmal die Zusatzfrage als Frage zu stellen! - Unruhe im Hause*)

Herr Landesrat, werden Sie die übrig gebliebenen Mittel dem Bundesland Tirol, wie von den Tirolern beantragt, für die Umfahrung Sillian zur Verfügung stellen? Ich hoffe nicht.

Landesrat **Dörfler** (FPÖ):

Herr Bürgermeister! Herr Abgeordneter! Das Geld, das der Landeshauptmann Dr. Haider für Kärnten gesichert hat, auf dem sitzen wir gemeinsam solange drauf, bis wir es verbaut haben. Also sicher kein Euro nach Tirol. Der Herr Landeshauptmann Weingartner soll für Tirol verhandeln. Der Landeshauptmann Jörg Haider hat für Kärnten erfolgreich verhandelt. (*Abg. Schwager: Danke! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Damit ist die 4. Anfrage erledigt. Die 5. Anfrage des Abgeordneten Mag. Ragger an Landesrat Wurmitzer wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen, da der Herr Landesrat krankheitshalber nicht anwesend ist. Genauso wie die 6. Anfrage Ldtgs.Zl. 310/M/28 des Abgeordneten Mag. Neuner, auch die kommt das nächste Mal auf die Tagesordnung. Wir kommen zur Anfrage

7. Ldtgs.Zl. 311/M/28:

Anfrage des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gallo an Landeshauptmann Dr. Haider

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzter Herr Landeshauptmann! In Ihrer ersten Periode waren Sie - obwohl nicht Kulturreferent - so etwas wie der Geburtshelfer des Kärntner Sinfonieorchesters. Jetzt in Ihrer zweiten Amtszeit und als Kulturreferent, hat es durch Ihre Initiativen eine bedeutende Weiterentwicklung gegeben. Ich nenne beispielhaft die Aufstockung mit nicht unbeträchtlichem finanziellen Aufwand auch von Seiten des Landes. Der Kärntner Landtag hat Ihre Initiativen begrüßt und dadurch unterstrichen, (*Abg. Dr. Wutte: Wie lautet die Frage?!*) daß am 12. Juli im Jahr 2000 hier der Beschluß gefaßt worden ist, dem Kärntner Sinfonieorchester zu einer Strukturverbesserung und zu mehr Eigenständigkeit zu verhelfen. (*Abg. Lutschounig: Zur Frage!*) Aus dem Orchester werden diese Bestrebungen vor allem von Seiten des Chefdirigenten Michael Gütler unterstützt, der - so scheint es - aber dafür büßen muß. Das hat sich zuerst ausgewirkt in einer langen Zeit, in der um seine Vertragsverlängerung gerungen worden ist und zuletzt ist er vom Herrn Intendanten damit konfrontiert worden, (*Vorsitzender: Bitte, die Anfrage zu stellen!*) daß sein Vertrag nicht mehr verlängert werden soll.

Daher meine Frage: Herr Landeshauptmann, wie beurteilen Sie als oberster Vertreter des Landes

Dipl.-Ing. Gallo

im gemeinsamen Theaterrausschuß am Beispiel des KSO-Chefdirigenten Michael Gütler die höchst eigenwilligen Personalentscheidungen des Stadttheaterintendanten? (*Abg. Dr. Wutte: Vielleicht ist die Antwort kürzer als die Anfrage! - Abg. Hinterleitner: Das wird sicher nicht passieren!*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Herr Abgeordneter, Sie waren ja selbst Zeuge des Stadttheaterrausschusses, daß es sich natürlich hier um ein Problem zwischen den beiden Akteuren handelt, das letztlich auf Kosten des Kärntner Sinfonieorchesters auszugehen droht. Denn wir haben mit dem Ausbau und der Aufstockung auch der personellen Ressourcen für das Kärntner Sinfonieorchesters eigentlich dafür gesorgt, daß die Qualität des Kärntner Sinfonieorchesters so ausgebaut wird, daß es Sinn macht auch außerhalb des Orchestergrabens aufzutreten und damit ein eigenständiges Profil zu bekommen.

Der Wunsch des Chefdirigenten Gütler war, daß er eine größere Autonomie in der Programmgestaltung hat, und daß er quasi außerhalb der Theaterverpflichtungen entsprechende Initiativen setzen kann. Das wurde im zwar zugesagt. Es hat auch auf die Anfrage vom Bürgermeister Scheucher schon im Sommer 2001 der Intendant Pfliegerl gesagt, er ist der Meinung, daß man ihm sozusagen eine stärkere Autonomie geben muß, und daß man das KSO ausbauen sollte. Jetzt will er plötzlich nichts mehr davon wissen, nachdem eigentlich die Investitionen getätigt sind und wir das KSO darüber hinaus nutzen könnten. Es herrschen da ganz eigenartige Entwicklungen. Das KSO selbst ist quasi ein Teil des Stadttheaters, der Chefdirigent hat keinen Einfluß darauf wann wer was dirigiert, sondern das entscheidet der Intendant.

Das zweite ist, daß zwei Konzerte für die Stadt und zwei Konzerte für das Land verpflichtend vom KSO jährlich abzuhalten sind und zwar gratis. Das führt dazu, daß der Musikverein bzw. andere Institutionen dieses KSO mit in Verwendung nehmen.

Drittens: Über Weisung des Intendanten ist das KSO der Jeunesse zur Verfügung gestellt wor-

den. Auch eine eigenartige Geschichte. Das heißt, der Dirigent muß sein Orchester hergeben, damit irgendwelche andere Dirigenten daherkommen, von denen wir wissen, daß sie mitunter von zweifelhafter Qualität sind, so wie das zuletzt der Fall gewesen ist und fürchterliche Blindflüge produzieren.

Daher war eigentlich unsere Intention, von Bürgermeister Scheucher und von mir, daß wir gesagt haben, wir wollen eigentlich das Statut des Stadttheaters verändern, daß Gütler mit seinem KSO eine stärkere Autonomie bekommt. Nach dem letzten Stadttheaterrausschuß, wo das intensiv besprochen worden ist, und die Frau Kollegin Trunk war ja auch mit engagiert in der Debatte, wo wir gesagt haben, wir wollen, daß das KSO hier seine Eigenständigkeit findet. Nach dem letzten Stadttheaterrausschuß am nächsten Tag holt der Intendant den Herrn Gütler zu sich und teilt ihm mit, daß er seinen Vertrag nicht mehr verlängern will. Also das ist eine ganz eigenartige Vorgangsweise. (*Abg. Dr. Strutz: Unglaublich!*) Das KSO gewinnt an Qualität, Gütler versucht sich mehr Autonomie zu verschaffen, um damit auch den Kärntnerinnen und Kärntnern bei Konzerten usw. das Angebot des KSO zur Verfügung zu stellen und der Intendant geht her und sagt ihm: "Lieber Freund, deine Zeit ist um. Im Jahre 2003 verlängere ich dich nicht mehr!" Obwohl er dem Bürgermeister Scheucher noch in der vorletzten Stadttheaterrausschußsitzung gesagt hat, er kann sich sogar vorstellen, daß man den Vertrag um vier Jahre verlängert. Also sehr widersprüchlich das Ganze. Meine Aufgabe kann es nur sein, zu versuchen, den an sich guten Weg, den das KSO genommen hat, unter Gütler fortsetzen, und daß wir den Intendanten überzeugen können, daß er diese Vorgangsweise zurückzunehmen hat, weil es auch nicht einer wirklichen Absprache im Theaterrausschuß entspricht. Und wenn er dort den Stand der Diskussion in mehreren Sitzungen rezipieren würde, dann könnte er nicht zu einer Entscheidung kommen und sagen, er verlängert den Vertrag nicht, sondern er müßte eher sagen, wir müßten uns bemühen, den Gütler zu erhalten, weil er einfach von der Qualität und von der Dynamik her diesem KSO sehr gut getan hat. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Wird seitens der SPÖ eine Zusatzfrage gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Seitens der ÖVP hat sich Ing. Eberhard gemeldet. Diesmal ist er alleine bei der Wortmeldung und darf sprechen. (*Heiterkeit beim Vorsitzenden*) Die Zusatzfrage, bitte!

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Was werden Sie als Kulturreferent konkret unternehmen, um den Intentionen des Chefdirigenten Michael Gütler dem KSO mehr Eigenständigkeit, mehr Freiraum bei der Konzertplanung - auch außerhalb des Stadttheaters - sowie in der Finanzmittelverwendung zu gewähren? (*Abg. Dr. Wutte: So stellt man eine Frage!*)

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Lieber Herr Abgeordneter! Wir werden selbstverständlich den Aufträgen des Stadttheaterausschusses Rechnung tragen. Der Ausschuß ist ja der Meinung, daß man Gütler in seinen Arbeiten unterstützen soll und ihm auch entsprechend bessere Autonomie geben soll. Die Praxis der letzten Monate war offenbar eine andere. Denn beispielsweise hat man auch Kosten dem Kärntner Sinfonieorchester zugeordnet im internen Budget, die dort nichts verloren haben. Die Anmietung einer Jazz-Band im Zuge einer Produktion aus Wien wurde voll als Kosten dem Kärntner Sinfonieorchester angerechnet und damit das Budget, das für das Kärntner Sinfonieorchester zur Verfügung steht, reduziert. Oder, die Verwaltung hat im heurigen Jahr im Budget eineinhalb Millionen Schilling für das Kärntner Sinfonieorchester reduziert. Das ist ein gewaltiger Brocken. Ich bin halt der Meinung, wenn sie in Bereichen der Produktion die Kosten überschreiten, dann kann man das nicht dem KSO anlas-

ten, das einfach eine wichtige Funktion hat und das durch die neuen Spieler, durch die neuen Musiker, die wir ermöglicht haben und durch die bessere Qualität, die wir haben, ja eher ausgenutzt werden sollte für unsere Zwecke. Also, wir werden uns bemühen, das was der Stadttheaterausschuß sicher schon festgestellt hat, sehr verbindlich jetzt dem Intendanten aufzutragen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hat der Fragesteller noch eine Zusatzfrage? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ja!*) Ich bitte, sie zu stellen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Herr Landeshauptmann! Sind Sie seit der Zeit, seit der Herr Intendant den Herrn Gütler mit dieser Absicht konfrontiert hat, vom Herrn Intendanten kontaktiert worden?

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Ob er mich in dieser Zeit kontaktiert hat, kann ich nicht sagen. Wir haben über die Seebühnenfinanzierung einmal gesprochen. Er ist jetzt zur Zeit in Berlin. Er hat aber bei irgend einem Gespräch mitteilen lassen, daß er sich Veränderungen in der Organisation des KSO vorstellen kann, was das ist, steht in den Sternen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Danke, Hohes Haus! Damit ist die 7. Anfrage erledigt und die Fragestunde zu Ende gegangen. Ich komme nun zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Es liegt ein entsprechender Antrag des FPÖ-Klubs vor. Nach dem Rotationsprinzip ist die

Freiheitliche Fraktion an der Reihe.

Das Thema lautet: „Zusätzliche zweisprachige

Dipl.-Ing. Freunschlag

Ortstafeln in Kärnten“. Ich erteile dem ersten Redner des Antragstellers das Wort. Ich möchte darauf hinweisen, daß es nach der Geschäftsordnung eine Redezeitbeschränkung von fünf Minuten gibt. Ich bitte, sie einzuhalten!

Ich bitte Herrn Abgeordneten Klubobmann Strutz um sein Wort!

Abgeordneter **Dr. Strutz** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Hoher Landtag! In dieser Woche findet in Wien auf Einladung des Bundeskanzlers eine Konferenz zur Frage der Ortstafeln in Kärnten statt, wo entscheidende Weichenstellungen für unser Bundesland getroffen werden sollen.

Wir haben die Zusicherung der Österreichischen Bundesregierung, daß kein Schritt ohne Kärnten gesetzt wird, und wir sind in einem Gespräch mit den Parteiobmännern übereingekommen, daß wir eine gemeinsame Vorgangsweise in Kärnten sicherstellen sollten, um diese dann auch gemeinsam in Wien vertreten zu können. Ich halte diese Vorgangsweise für eine richtige, besonnene und habe daher ein Anliegen: daß wir auch hier, im Kärntner Landtag, noch einmal klar diese einheitliche Vorgangsweise festlegen sollten und die Positionen der Parteien klar auf den Tisch legen.

1972 hatten wir einen Ortstafelsturm, weil schon einmal gegen den Willen der Kärntner Bevölkerung entschieden werden sollte. Es gilt daher, aus unserer Sicht alles zu vermeiden, daß es nicht noch einmal zu einer derartigen Situation kommt. Denn seit 1976 funktioniert die Ortstafelregelung in Kärnten, weil ein Gesetz gegen den Willen, gegen die Mehrheit der Kärntner Bevölkerung eigentlich sinnlos ist.

Auch die Ortstafelkommission, die seinerzeit eingesetzt worden ist, hat eine Lösung erarbeitet. Diese bezog sich auf die Amtssprache; diese bezog sich auf die Topographie.

1976 haben sich alle politischen Parteien zu einem Konsens durchgerungen und einen Konsens erzielt, der ein Kompromiß gewesen ist und der 25 Jahre gehalten hat. Auch jetzt ist das die Vorgabe und der Weg, der - aus meiner Sicht - beschritten werden sollte.

Ich glaube, daß gerade in diesem politischen Kompromiß, der jetzt zwischen den Parteien gefunden werden wird, eine irrsinnige Chance liegt. 1976 hat es einen politischen Kompromiß gegeben, der weit über die 25-%-Regelung hinausgegangen ist. Das Volksgruppengesetz sieht eine 25-%-Regelung vor. Zur Grundlage ist jedoch eine geheime Minderheitenfeststellung festgeschrieben. Das hat dazu geführt, daß in einzelnen Gemeinden (wie Eisenkappel, Zell Pfarre) gar keine zweisprachigen Ortstafeln hätten aufgestellt werden müssen. Es hat aber in Kärnten niemals wirklich eine Bindung an diese 25-%-Klausel gegeben. Die Slowenen haben an einer Minderheitenfeststellung aus ihrer Sicht nicht teilnehmen können, nicht teilnehmen wollen. Danach hat man alle Stimmen, die nicht teilgenommen haben, als ungültige Stimmen - Slowenen, die nicht zur Minderheitenfeststellung gegangen sind - einfach dazugezählt, damit ein politischer Kompromiß erzielt werden konnte.

Das ist in Wirklichkeit dieser historische Wegweiser, der uns auch die Richtung vorgeben sollte. Die 25-%-Hürde, die vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wird, macht jetzt eine Lösung möglich: daß wir nämlich keine Prozentklausel in die Novellierung des Gesetzes hineinschreiben müssen und hineinschreiben wollen. Und das ist auch die Position der Freiheitlichen Partei. Denn so, wie es uns die Experten in Kärnten auch erklärt haben, die Vertreter der Statistik Austria, die Vertreter der Verfassungsrechtler: Jede Festschreibung einer Prozenzhürde setzt gleichzeitig auch ein Zählen, ein Feststellen der tatsächlichen Stärke der Volksgruppe voraus. Das Volkszählungsergebnis, das jetzt am Tisch liegt, das kann eine Minderheitenfeststellung, eine detaillierte Zählung, nicht ersetzen. (*Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!*) Um das zu vermeiden, Herr Präsident, haben wir neue Modelle zu diskutieren. Und wir stehen dahinter! Das Modell in Südtirol steht ja im Raum.

Aus meiner Sicht: Es muß - und das ist das Entscheidende, worauf wir Wert legen! - ein Weg gefunden werden, der auch von der Bevölkerung getragen wird. Deshalb verlangen wir auch - egal, welcher Konsens, egal, welche Lösung auf Wiener Ebene nun erzielt werden kann -, diese

Dr. Strutz

einer Volksbefragung in Kärnten zu unterziehen! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Mit Freude habe ich den Wandel vernommen. Ich habe vernommen, daß Sie nicht mehr auf Minderheitenfeststellungen aus sind und auch nicht auf Volksbefragungen. Ich habe auch vernommen, daß Sie Ihren Weg ändern wollen und Besonnenheit Ihnen auf einmal ein Anliegen ist. (*Abg. Steinkellner: Immer gewesen!*) Das ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, durchaus nicht immer so gewesen, liebe Frau Kollegin Abgeordnete! Es hat, im Gegenteil, in der Vergangenheit da recht traurig ausgesehen. Es hat bemerkenswerte Ereignisse gegeben, am Ende des Vorjahres. Da ist ein Landeshauptmann, mit einem neurotischen Verhältnis zu Taferln aller Art, ziemlich aus seiner Rolle als Landeshauptmann gefallen. Er hat polarisiert; er hat Ängste, die latent vorhanden sind, freigeschaufelt. (*Lärm in der FPÖ-Fraktion*) Er hat letztendlich Worte wie „zurechtstutzen“ und anderes mehr gebraucht. Er hat seinen slowenischsprachigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit dem Entzug all der Benefizien gedroht, die er ihnen zuvor, im Rahmen von kurzfristig auftretenden Anfällen von Güte, zugestanden hat. Er hat mit dieser Verhaltensweise seinen eigenen Weg des Dialogs, den er der Volksgruppe angeboten hat, ad absurdum geführt, weil er nämlich deutlich gezeigt hat, daß für ihn die Ergebnisse von Dialogen nur Spielkapital sind.

Das ist ein politisches Klima, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo man sich nicht wundern darf, daß dann, bei der Volkszählung des Jahres 2001, eine ganze Menge von slowenischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern keine Lust mehr verspürt hat, sich dazu zu bekennen, daß ihre Umgangssprache slowenisch ist. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo lacht.*)

In diesem Zusammenhang und bei Vorliegen dieser Ergebnisse, Herr Landeshauptmann, heucheln Sie jetzt Unschuld. Sie können sich also

nicht vorstellen, daß das irgend etwas zu tun haben könnte mit dem politischen Klima, zu dem Sie so viel beitragen? Und Sie mutieren ganz plötzlich zu einem „Freund der Mehrsprachigkeit“. - Ich kann nur sagen, Herr Landeshauptmann: Willkommen im Klub der Multikultis, aber ich bin noch nicht bereit, Ihnen eine Mitgliedskarte auszustellen, weil ich nämlich überzeugt bin, daß Sie nicht Klubmitglied bleiben werden. Ich bin überzeugt, daß Ihre Vorliebe für die Mehrsprachigkeit, die Sie auf einmal zeigen, vorerst einmal nur Taktik ist.

Jahrzehntelang, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde viel zu wenig unternommen, um die Zweisprachigkeit in diesem Land als Bereicherung (*Abg. Dr. Strutz: Jawohl! Unter Wagner, der SPÖ! - Lärm im Hause. - Beifall von der SPÖ-Fraktion*) und als eine Chance für die Zukunft zu begreifen und damit auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema der zweisprachigen Topographie in Südkärnten zu einer neuen Haltung zu kommen. In einer Phase der Integration der osteuropäischen Länder in unsere Staatengemeinschaft muß damit endgültig Schluß sein! Wir haben das Leid der Betroffenen in den Auseinandersetzungen der Vergangenheit zu respektieren! Und wir haben uns an die Aufarbeitung von begangenen Unrecht, in gegenseitigem Verständnis, zu machen. Aber wir haben, geschätzte Damen und Herren, kein Recht - wir haben kein Recht! -, unserer Jugend die Last der Vorurteile, der Ängste und der Ressentiments der Vergangenheit um den Hals zu hängen und sie damit daran zu hindern, in einer offenen Begegnung an einem gemeinsamen Europa mitzubauen und vielleicht über einige Generationen hinweg ein von mörderischen Konflikten verschontes Europa zu erleben.

Wenn ich mir die Biographie meiner Eltern und meiner Großeltern anschau, geschätzte Damen und Herren, dann bin ich sofort wieder bereit, Europa, ein gemeinsames Europa wirklich in erster Linie als ein „Friedensprojekt“ zu begreifen. Ich halte es für absurd, wenn die politischen Verbrechen der Vergangenheit - ob sie jetzt Nationalsozialismus oder Kommunismus heißen - dazu beitragen würden, daß dieser gemeinsame Weg in eine friedliche Zukunft (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wo ist denn Ihr Beitrag zum Frieden?!*) verhindert werden würde. (*Vorsit-*

Mag. Cernic

zender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!)

In diesem Sinne hoffe ich, daß die Konferenz, die es am Donnerstag geben wird, den Namen „Konsenskonferenz“ sich auch wirklich verdienen wird! (*Abg. Dr. Strutz: Zum Glück sind Sie nicht draußen! - Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Klubobmann Dr. Wutte das Wort.*)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn zunächst meine Vorrednerin festgestellt hat, daß in den letzten Jahrzehnten zu wenig gemacht wurde, um den Dialog mit der Slowenischen Volksgruppe in Kärnten zu führen, dann möchte ich nur darauf hinweisen, daß unter Landeshauptmann Zernatto ein solcher Dialog sehr wohl geführt wurde und der auch zu Erfolgen geführt hat, zu wesentlichen Entspannungen geführt hat zwischen der deutschen Mehrheitsbevölkerung und der Slowenischen Volksgruppe. Das hat sogar unlängst Landeshauptmann Haider bestätigen müssen, der ansatzweise versucht, diesen Weg fortzusetzen, aber oftmals an sich selbst scheitert, wenn er diesen Weg beschreiten möchte.

Ich glaube, daß Bundeskanzler Schüssel hier den einzig richtigen Weg geht und beschritten hat, nämlich einen Konsens zu suchen und einen Konsens anzustreben, nämlich dahingehend, daß man alle politischen Parteien einbindet, daß man die Volksgruppe einbindet, daß man auch die Heimatverbände auf Kärntner Ebene einbindet und sie mit nach Wien nehmen darf, daß wir uns hier auf breitester Ebene um einen Konsens bemühen.

Zweitens hat er es richtig gemacht, daß er die letzten Wochen und Monate verstreichen ließ, um hier, möchte ich einmal sagen, den Versuch einer Annäherung auch der Positionen zu ermöglichen. Wir können ja im Land auch erfreulicherweise feststellen, daß die ursprünglich und zuerst geäußerten emotionalen Standpunkte doch weitgehend auch einer vernunftorientierten Positionierung aller mittlerweile gewichen sind.

Die Kärntner Volkspartei hat von Anbeginn versucht, Lösungsansätze in den Vordergrund zu

stellen. Wir waren auch jene, die gemeint haben, zu einem sehr frühen Zeitpunkt, daß es eine Umsetzung des Erkenntnisses 1:1 nicht geben kann - daß es aber sehr wohl den Versuch geben kann, das Volksgruppengesetz (die Ausformulierungen) so zu gestalten, daß wir das, was wir im Lande Kärnten haben, nämlich ein weitestgehend friedliches Miteinander zwischen deutscher Mehrheitsbevölkerung und Slowenischer Volksgruppe, auch für die Zukunft sicherstellen. Das auch in der Frage der zweisprachigen topographischen Aufschriften, nämlich insofern als wir sagen: „Der Status quo, den wir derzeit haben, ist einer, mit dem im wesentlichen sowohl die Mehrheits- wie auch die Minderheitsbevölkerung leben kann und leben will.“ Es gilt also, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu schaffen, daß dieser Status quo auch weitestgehend erhalten bleiben kann, trotzdem auf geordneten rechtlichen Grundlagen beruht und damit auch erhalten bleiben kann.

Das ist unsere Zielsetzung. Ich habe auch schon sehr früh, im Jänner, den Vorschlag gemacht und juristisch die Möglichkeit gesehen, eine Umsetzung so zu machen, daß wir auch ohne eine Prozentklausel das Auslangen finden können. Das heißt, es geht im wesentlichen um die Fragestellung: Was und wie definiert man ein gemischtsprachiges Gebiet, das ja die Grundlage für das Volksgruppengesetz, auch für die topographischen Aufschriften, ist? Wie definiert man das? - Es gibt eben auch andere Kriterien als die rein quantitativen. Und wir müssen wegkommen vom Prinzip des reinen Köpfezahlens. Es geht vielmehr darum, ein gemischtsprachiges Gebiet durch andere Kriterien zu definieren. Da bin ich sehr zuversichtlich, daß wir das gemeinsam mit den Heimatverbänden und der Kärntner Volksgruppe der Slowenen zu Wege bringen und hier zu einem Ergebnis kommen, das insofern einen Fortschritt bedeutet, daß man quantitative Kriterien möglicherweise eben hintanstellt und daß man übergeht zu qualitativen Kriterien. Das wäre auch ein qualitativer Schritt in die richtige Richtung, mit dem wir alle leben können und zufrieden sein können.

Jetzt geht es darum, diese Schritte behutsam und in Gemeinsamkeit zu setzen. Ich bin sehr froh, daß es eine Übereinstimmung und die Bereitschaft auch dahingehend gibt, geschlossen an

Dr. Wutte

dieser Konsenskonferenz beim Bundeskanzler teilzunehmen. Alle politischen Parteien, die wesentlichen Heimatverbändeorganisationen, aber auch die Slowenenorganisationen haben sich bereit erklärt, daran mitzuwirken. Wenn es eine Fraktion (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) nicht der Mühe wert findet, dort hinzugehen, dann wird man seitens der Grünen danach auch das Ergebnis nicht kritisieren können.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß wir ähnlich wie bei der Fragestellung und bei der Herausforderung des Elementarunterrichts in beiden Sprachen sprich 4. Schulstufe mehrsprachiger Unterricht, daß wir hier zu einem guten Ergebnis gekommen sind, weil wir in Kärnten den Konsens gesucht und gefunden haben zwischen allen Parteien mit den Volksgruppenvertretern und mit den Heimatverbänden. Und ich glaube auch, daß es möglich sein wird und möglich sein muß, eine solche Lösung auch in der Frage der Ortstafeln zustande zu bringen. Wir werden jedenfalls unseren Beitrag leisten. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lobnig das Wort.*)

Abgeordneter Lobnig (FPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte durchaus die Ortstafel-Diskussion im Kontext mit der Entwicklung der Volksgruppe sehen und auch beleuchten. Vorerst aber möchte ich auf ein Zitat hinweisen, das recht bekannt ist: "Ortsnamen sind Denkmäler der Sprach- und Siedlungsgeschichte eines Volkes und haben deshalb Anrecht auf gesetzlichen Schutz. Jede willkürliche Umformung oder Übersetzung eines geographischen Namens ist eine Denkmalschändung, aus wissenschaftlicher Sicht ein Unsinn und in rechtswissenschaftlicher Hinsicht eine Urkundenfälschung. Orts- und Flurnamen sind ein kulturelles Erbe und als Namensgut unlöslich mit einer Kulturlandschaft verbunden, daher grundsätzlich auch nicht übersetzbar." Das schreibt der bekannte Wissenschaftler Egon Kürbacher vom Institut in Innsbruck. Wir sollten uns bitte daher, meine sehr geschätzten Damen und Herren, auch vor Augen halten, daß slowenische Ortsbezeichnungen nie durch deutsche Namen ersetzt wurden. Der Rückgang der

Volksgruppe von fast zehn Prozent innerhalb von zehn Jahren entspricht der Entwicklung der letzten sechs Jahrzehnte, wenn man nach dem Kriterium der Umgangssprache gefragt wurde. Die Umgangssprache läßt aber keine Zuordnung zu einer ethnischen Volksgruppe zu. Wir haben somit keine seriöse Grundlage über die Stärke der slowenischen Minderheit, deshalb wäre eine Minderheitenermittlung in der Form notwendig. Bei uns wird sie aber strikt abgelehnt, was in Südtirol beispielsweise - und in anderen Ländern Europas auch - selbstverständlich ist. Wenn in Südtirol nur 15 Prozent der Gemeindebürger oder ein Drittel des Gemeinderates die Zweisprachigkeit verlangen, so wird dies als Petition gewertet und dies auch einer zwanzigköpfigen paritätischen Kommission weitergeleitet, die dann eben mit den beiden Parteienvertretern und auch mit den Minderheitenvertretern darüber eine Entscheidung trifft. Bei der 2002 in Slowenien stattfindenden Volkszählung wird sogar nach dem nationalen Bekenntnis gefragt und ist das Formular mit Unterschrift zu versehen. Geschätzte Damen und Herren, hier würde auch die Reziprozität in Frage kommen und zum Tragen kommen. Eines steht aber ganz sicher fest, nämlich daß das Schrumpfen der Volksgruppe kaum auf die nicht aufgestellten zweisprachigen Ortstafeln zurückzuführen ist, denn diese haben schon in jenen Zeiten gefehlt, wo sich eigentlich die Volksgruppe noch stabil halten konnte.

Die slowenische Minderheit ist darüber hinaus eine der bestgeförderten in Europa und gerade im Bildungsbereich kann sie ein hervorragendes Schulwesen in Anspruch nehmen, von Kindergärten über die Grundschulen, Hauptschulen, ob das die höher bildenden Schulen sind, alles wird hier angeboten, was auch weit über den Artikel 7 des Staatsvertrages hinausgeht. Und wenn man sich die Entwicklung und die Ergebnisse im Bildungsbereich vergegenwärtigt, dann bedeutet das, daß derzeit zirka 1.700 Schülerinnen und Schüler in 63 Schulen zum zweisprachigen Unterricht angemeldet sind. Und wenn von den angemeldeten Schülern fast 60 Prozent keine Slowenisch-Kenntnisse haben und 22 Prozent nur geringe Sprachkenntnisse und lediglich 19 Prozent normale Slowenischsprachkenntnisse haben, so liegt dies sicher nicht am behaupteten Assimilationsdruck oder an fehlenden Förderungs- und Ausbildungseinrichtungen, sondern

Lobnig

sicherlich in der mangelhaften Weitergabe der Sprache von den Eltern an die Kinder. Hier liegt - glaube ich - auch die Ursache und hier ist Handlungsbedarf im Elternhaus gefragt, denn Sprachen kann man nicht kaufen, sondern die müssen vererbt und erlernt werden. Die Vertreter der Minderheiten wären daher sehr gut beraten auch alles zu unternehmen, um das Prestige der Sprache zu heben und nicht etwa nur auf Planstellen und auf Postenbesetzungen zu liebäugeln. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Geschätzte Damen und Herren! Es wäre aber auch sinnvoll das Angebot der Mehrsprachigkeit im Bildungsbereich zu forcieren und diese auf freiwillige Basis zu stellen und nicht wie es etwa derzeit das Minderheitenschulgesetz vorsieht, daß bei nur einer Anmeldung eines Kindes zum zweisprachigen Unterricht, dieser in gleichen Teilen abzuhalten ist. Das heißt, die Kinder der Mehrheitsbevölkerung in eine Minderheitenschule gehen müssen.

Auch die Abschaffung des gemischten Hörfunkprogrammes wäre ein Beitrag zur Anerkennung der Interessen der Minderheiten durch die Mehrheitsbevölkerung. *(Vorsitzender: Eine halbe Minute noch!)* Unter dem Motto "Jedem das Seine" hat auch die Mehrheitsbevölkerung mit über 97 Prozent das Recht auf ein eigenes Hörfunkprogramm. Und der ORF wäre darüber hinaus sicher gut beraten, sich endlich von der Vereinnahmung durch die Minderheit zu lösen. Denn der letzte Beitrag "Kärntner Partisanen" in der Sendung Brennpunkt war wieder Öl ins Feuer und hat damit das friedliche Miteinander im höchsten Maße geschädigt anstatt einen Beitrag zur Deeskalation im Zusammenhang mit der Ortstafelregelung zu leisten.

Daher fordern wir auch weiterhin keine weiteren zweisprachigen Ortstafeln. Wenn die slowenische Minderheit eine prozentuelle Regelung einfordert, kann uns nur eine geheime Minderheitenfeststellung die seriöse Grundlage dafür liefern. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* Und keine Entscheidung ohne Zustimmung der Kärntnerinnen und Kärntner. Abschließend ein herzliches Danke an die 17.000 Kärntnerinnen und Kärntner, die unsere Aktion mitunterstützt haben. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Kaiser das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich wäre schon versucht gewesen meine Rede mit den Worten "Ich begrüße die sehr breite Entemotionalisierung dieses Themas" zu beginnen. Mich hat aber gerade die letzte Wortmeldung des Kollegen Lobnig doch etwas nachdenklicher gemacht, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich habe gedacht von der Kollegin Cernic!)* weil ich hier glaube, daß teilweise schon fast eine Arbeitsteilung innerhalb der FPÖ vorherrscht, was die Bewertung dieses Themas betrifft. Ich möchte daher seitens der Sozialdemokratischen Fraktion klarstellen, daß wir trotz harscher Worte so manches Vertreters der Freiheitlichen Partei von Anfang an auf eine Deeskalierung, auf eine Entemotionalisierung bei der Behandlung dieses Themas höchsten Wert gelegt haben. Denn dann und nur dann, wenn man hier sehr entemotionalisiert diskutiert, wird man in die Lage kommen, zukunftsreichende - und um das geht es uns - Maßnahmen, zukunftsreichende Lösungen anzustreben.

Wir haben daher nur ein paar Grundbedingungen seitens der Sozialdemokratie formuliert, die für uns den Rahmen dessen, was unter dem Titel Konsensus möglich erscheint, festmachen sollte. Die Sozialdemokratie war von Anfang an dafür, daß es zu keiner Volkszählung der besonderen Art oder herkömmlich formuliert Minderheitenfeststellung kommen sollte. Denn eine solche würde die Diskussion, besser gesagt den Disput in die kleinsten Zellen von Gemeinschaften und Ortschaften tragen.

Und wir haben zweitens ein sehr wichtiges Grundprinzip - und hier orte ich auch gewissen inhaltlichen Widerspruch zum Prinzip der Hohen -, das war jenes, daß die Integration vor die Segregation geht. Das heißt, daß wir integrative miteinfließende Maßnahmen vor trennende stellen.

Der dritte Punkt, der für uns wichtig ist, und der auch in die Verhandlungsposition der SPÖ einfließt ist jener, daß wir es nicht zulassen werden, daß es ein Abschieben jener Entscheidungen auf die Ebene der Gemeinde gibt. Denn auch das

Dr. Kaiser

würde das selbe bewirken, was ich vorher gesagt habe, das Trennende über das Gemeinsame in vielen, vielen anderen Bereichen stellen. Daher ist eine Verordnung des Bundeskanzlers notwendig und es wird alles, was zu einem vernünftigen zukunftsorientierten Konsensus führt, die Unterstützung der Sozialdemokratie als solches bekommen. Es bleibt offen zu bewerten, ob vor einer sogenannten Konsenskonferenz eine weitere Thematisierung, noch dazu gepaart mit gewissen Auflagen, sinnvoll ist. Das obliegt der Staatsverantwortlichkeit jeder Partei. Was aber aus meiner Sicht allen Verhandlungen in positiven Sinne mitzugeben ist, ist jenes: Nehmen wir doch das Positive, die Vielfalt, vor allem aber die Chance der Zukunft und die Zukunftsgestaltung als begleitendes Gepäck mit zu den Verhandlungen, dann wird die Lösung aus meiner Sicht auch eine positive sein.

Erinnern wir uns, alle Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien, wie wir gemeinsam im vorigen Jahr bei verschiedensten Anlässen das Jahr der Sprachen und die Wichtigkeit der Sprachen als internationales Kommunikationsmittel unterstrichen haben. Diesen Geist, meine Damen und Herren, diesen Geist wünsche ich mir als Entree in diese Verhandlungen, denn dann und nur dann wird aus meiner Sicht auch das Ergebnis eines sein, das vielleicht mehr hält als vieles was bislang an Lippenbekenntnissen getan wurde. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Eberhard das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Eberhard** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit der Beschlußfassung und Ratifizierung des Minderheitengesetzes 1976 und Erlassung der Topographieverordnung 1977 gab es in Kärnten eine Minderheitenpolitik, die getragen wurde vom Konsens. Gleichzeitig gab es auch kontinuierliche Verbesserungen für die Situation der Volksgruppe bei uns hier in Kärnten. Dies reicht von den Förderungsmaßnahmen, die weit über den Artikel 7 des Staatsvertrages hinausgehen über den Ausbau des zweisprachigen Kindergartenwesens, der Novellierung des Minderheitenschulwesens, sprich auch die Ausweitung auf die 4. Schulstufe bis hin zu verfassungsmä-

ßigen Absicherung der Volksgruppe und der vollständigen Erfüllung der Topographie vom 31.05.1977. Zumindest ist der Grundsatzbeschluß hierfür in der Kärntner Landesregierung am 12. Juli 2000 gefaßt worden. Dieser konsensuale Weg war und ist die Basis für das friedliche Miteinander der Volksgruppe mit der übrigen Kärntner Mehrheitsbevölkerung. Dieser Weg des gegenseitigen Verständnisses und Anerkennung soll auch in Zukunft im Sinne des friedlichen Zusammenlebens bei uns hier in Kärnten beibehalten werden. Und es kann und darf daher nicht so sein, daß je nachdem, auf welcher Veranstaltung man sich befindet, einmal Lob in Richtung Volksgruppe erfolgt und bei Heimatverbandsveranstaltungen Scharfmacherei gegenüber der Volksgruppe betrieben wird. Die Heimatverbände haben den klaren Auftrag, den Heimatgedanken hochzuhalten, den Heimatgedanken zu pflegen. Die Heimatverbände sind meiner Meinung aber auch gut beraten, die Überparteilichkeit zu wahren und dürfen sich nicht durch parteitaktische Überlegungen oder in parteitaktische Überlegungen hineinziehen lassen.

Seit 13. Dezember 2001 liegt ein Verfassungsgerichtshofurteil betreffend topographischer Bezeichnungen in Ortschaften und seit einer Woche liegt nunmehr auch das Volkszählungsergebnis 2001 vor. Für 25. April 2002 ist eine Konsenskonferenz unter Vorsitz unseres Bundeskanzlers Dr. Schüssel anberaumt. Ich begrüße diese Konsenskonferenz, zu der die Kärntner Parteien, die Klubobmänner vom Landtag und Parlament, der Kärntner Landeshauptmann, die beiden Slowenenverbände und auch die Heimatverbände, wie Heimatdienst und Abwehrkämpferbund, eingeladen sind. Wenn das Wort Konsens nicht nur als geschriebenes Wort auf dem Papier aufscheint, sondern auch ein ehrliches Wollen dahintersteht, bin ich überzeugt davon, daß man im Rahmen dieser Konsenskonferenz in dieser Frage auch ein gutes Stück weiterkommen und vorwärtskommen wird. Ich meine auch, daß die Meinungsbildung hier in Kärnten auf breiter Basis erfolgen soll. Das Ergebnis dieser Meinungsbildung hier in Kärnten, aufbauend auf das Minderheitengesetz 1976, soll Grundlage aber auch Inhalt für die Entscheidung auf Bundesebene sein. Das heißt im Klartext: Ohne Berücksichtigung der Meinungsbildung

Ing. Eberhard

hier in Kärnten keine Entscheidung auf Bundesebene in Wien. Aber ich möchte hier auch klar zum Ausdruck bringen, die Letztentscheidung hat auch dort zu erfolgen, wo es letzten Endes gesetzlich auch vorgesehen ist nämlich beim Bundesgesetzgeber in Wien, beim Nationalrat. Ich danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde hat ihre Aktualität nicht nur darin, daß am Donnerstag diese mehrfach zitierte Konferenz stattfindet, sondern für mich auch darin, daß heute abend die „10. Slowenische Kulturwoche“ erstmals in einem Bezirk mit großer slowenischsprachiger Bevölkerung, in Völkermarkt, eröffnet werden wird.

Ich möchte daher in meinem Beitrag so etwas wie einen kulturpolitischen Zugang zum Thema versuchen. Ich werde dabei unterstützt von einem Leserbrief, den der Herr Prof. Pohl heute in einer Zeitung, unter der Überschrift „Ortsnamen sind Kulturgut“, veröffentlichen hat lassen. Ich darf einen Satz zitieren: „Ich hoffe, daß man die Frage endlich als ein kulturpolitisches Problem sieht und nicht als ein volkstumpolisches. Das slowenische Element gehört zu Kärnten wie das deutsche.“

Mein Kollege Lobnig hat auf die vielen topographischen Bezeichnungen, Ortsnamen und dergleichen bereits hingewiesen. Ich habe das unlängst auch hier getan. Ich darf eines hier festhalten: Von Kärntner Seite, von deutschsprachiger Seite, ist bei keinem einzigen Namen der Versuch einer Eindeutschung bisher unternommen worden.

Ich habe für mich so etwas wie ein Paradoxon vor mir. Wir diskutieren über das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Muttersprache, reden aber über Ortstafeln. Das ist etwas, was die Menschen eher entzweit, eher voneinander abgrenzt: „Hier bin ich, und dort bist du.“

Ich glaube, wenn wir ein friedliches, gemeinsames Zusammenleben gestalten, dann müssen wir uns auch Themen zuwenden, die die Menschen verbinden. Denn gerade in einer Zeit der zunehmenden Globalisierung haben die Menschen auch so etwas wie eine „Sehnsucht nach Geborgenheit“. Und „Geborgenheit“ heißt auch „Heimat“! Daher haben die Kärntner Heimatverbände in dieser Diskussion und bei dieser Regellungsangelegenheit einen sehr wichtigen und sehr bedeutenden Stellenwert.

Wir sollen nicht versuchen, Reservatscharakter hier durch Tafeln aufzuziehen. Denn noch etwas ist dazu zu sagen: daß die bisherige Diskussion in dieser Frage sehr stark vergangenheitsbezogen geführt worden ist. Da bin ich bei der Frau Kollegin Cernic. Für mich waren Ihre Worte etwas, was heute nicht einmal mehr vor dem Russischen Zentralkomitee Berechtigung hat! Wir sollten eher auf Weiterentwicklung setzen, den Blick nach vorne richten! Und da sind wir auf einem guten Weg, denn in den vergangenen Jahren ist sehr viel von Kärnten - das sollte nicht unter den Tisch gekehrt werden! - auch für die Volksgruppe getan worden. Ich nenne nur die Stichworte „Schulbereich“, „Kulturbereich“, „Kindergartenbereich“. Und das alles, bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren: ohne ein Verwaltungsgerichtshofurteil!

Es ist in den letzten Tagen auch ein Ergebnis der Volkszählung diskutiert worden, nämlich als es um den rückläufigen Trend bei dem Bekenntnis zur slowenischen Sprache im Lande gegangen ist. Auch davon war die Rede, daß es hier, wie in einem anderen Bereich, eine große Überalterung derer gibt, die sich heute noch dazu bekennen.

Ich sage Ihnen heute: Der Kreis, der sich zur slowenischen Sprache bekennt, wird sicher nicht dadurch vergrößert werden, daß man einige gegen ihren Willen miteinbezieht, nämlich solche Menschen, die ihre Kinder freiwillig zum slowenischsprachigen Unterricht anmelden - aber auch nicht jene Menschen vereinnahmt, die ebenfalls freiwillig - weil sie Toleranz vorleben, die andere nicht bereit sind, hier einzubringen - zu Veranstaltungen gehen, die eindeutig von slowenischen Veranstaltern gemacht werden.

Das heißt also, noch einmal: Wir leben in einer

Dipl.-Ing. Gallo

Zeit großer globaler Veränderungen sowohl im gesellschaftlichen als auch im kulturellen Bereich. Die Antwort muß daher eine vorwärtsgerichtete sein und weniger die eines bürokratisch ausgelegten Artikels 7.

Wir sollten nicht Ortstafeln meinen und von „Sprachlosigkeit“ sprechen und auch nicht von „Sprachkompetenz“ sprechen, wenn diese Sprache, um die es geht, keine allzu große Bedeutung hat. Das heißt, wir wollen und müssen Lösungen finden, die von den Menschen getragen werden, die nicht gegen die Menschen gerichtet sind. Denn diese Menschen, um die es hier geht, wollen alle Geborgenheit. Unsere Aufgabe ist es, Brücken zu schlagen. So wie es in der Vergangenheit viele Ansätze und Ergebnisse gegeben hat, wird es diese auch in der Zukunft geben. *(Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!)* Ich sehe dieser Konferenz am Donnerstag daher mit großem Optimismus entgegen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Volautschnig das Wort.)

Abgeordneter **Volautschnig** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja gar nicht lange her: Bei einer der letzten Landtagssitzungen wurde dieses Thema der Ortstafelfrage hier im Hohen Haus ganz ausführlich diskutiert und erörtert. Alle Parteien haben ihre Standpunkte dargestellt und untermauert, wobei wirklich unterschiedliche Verhalten festzustellen waren. *(Den Vorsitz übernimmt um 14.37 Uhr 2. Präs. Ferlitsch.)* Aber im großen und ganzen: Wenigstens nach vorne hin waren sie sich alle einig, im Diskussionswege eine Konsenslösung herbeizuführen.

Es ist auch gesagt worden, daß man die Spielräume des Verfassungsgerichtshoferkennntnisses nützen und ausloten sollte. Das jüngste Ergebnis der Volksgruppenzählung hat aber ganz deutlich gezeigt, daß der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung um rund 10 % gegenüber 1991 zurückgegangen ist.

Das Zusammenleben, meine Damen und Herren, kann aber nicht gesetzlich verordnet werden. Es wird daher sinnvoll sein - so, wie wir es immer

gefordert haben -, sich an einen Tisch zu setzen und über die derzeitige Situation zu diskutieren. Es gibt ja verschiedenste Vorschläge, verschiedene Modelle. Allesamt sind auszuloten und zu diskutieren. Ich bin aber der Meinung, wir sollten nicht schon wieder - im Vorfeld dieser Konsenskonferenz, die ja die erste Gesprächsrunde ist, am 25. April dieses Jahres stattfindet und vom Bundeskanzler einberufen worden ist - polarisieren und unverrückbare Standpunkte einnehmen, indem man sagt: „Es darf keine weitere Ortstafel aufgestellt werden.“ Das ist dem Gesprächsklima sicherlich nicht förderlich, sondern, glaube ich, eher kontraproduktiv.

Es dürfen aber auch von der anderen Seite, von der Volksgruppe her, keine überzogenen Forderungen kommen. Das ist auch wichtig! Eine friedliche, für alle Seiten akzeptable Lösung kann es aber nur geben im Einvernehmen aller drei im Landtag vertretenen Parteien, der Volksgruppenvertreter sowie der Heimatverbände sowie auch unter Einbeziehung der Bürgermeister der jeweils betroffenen Gemeinden. Aber auf die Gemeinden allein diese Verantwortung abzuschieben, glaube ich, das wäre ganz sicher der falsche Weg!

Lernen wir aus der Geschichte, damit nicht das gleiche passiert wie 1972, und entscheiden wir nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, ohne deren Mitsprache. Nicht das Trennende sollen wir fördern, sondern den Konsens und den Dialog, damit wir eine rasche Lösung in dieser wirklich heiklen Frage herbeiführen, die von allen Seiten akzeptiert und goutiert wird, um ein friedliches Miteinander zu erreichen! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich darf ihm das Wort erteilen!

Landeshauptmann **Dr. Haider** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich das alles richtig verstanden habe, will jeder eine Konsenslösung - aber der Konsens muß so ausschauen, wie er ihn vorge-

Dr. Haider

schlagen hat. Das ist die Schwierigkeit an der Sache. Ich glaube, daß wir nach Wien gehen und uns einmal anhören sollten, was man uns dort vorschlagen wird. Im Grunde genommen hat sich das Verfassungsgerichtshoferkenntnis als nicht brauchbar und nicht umsetzbar herausgestellt, denn der Verfassungsgerichtshof hat die Prozentregelung aufgehoben und hat den Versuch unternommen - ohne daß es ihm zusteht, ohne daß er verfassungsrechtlich berechtigt wäre! -, eine andere Prozentregelung vorzuschlagen. Das ist es, und das halte ich aufrecht: Das kann von jemandem, der auf die Verfassung vereidigt ist, nicht akzeptiert werden! Dem Verfassungsgerichtshof steht diese Vorschlagsstellung oder diese Gesetzgebung nicht zu! Daher werde ich immer, bei jeder Position und auch bei der Konsenskonferenz klarmachen: Auf der Grundlage dieses Verfassungsgerichtshoferkenntnisses kann man mit mir keine zusätzlichen Ortstafeln beschließen! Das ist einfach eine Realität! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion. - Den Vorsitz hat um 14.39 wieder 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag übernommen.*)

Man wird daher nach anderen Lösungen suchen müssen. Die anderen Lösungen liegen dort, wo Kollege Volautschnig vorhin gesagt hat, daß man auch die Bevölkerung wird einbinden müssen, denn der Fehler der bisherigen Ortstafelregelung war doch immer, daß alles von oben letztlich verordnet werden ist. Die Bevölkerung hat gesagt: „Wie sollen wir das akzeptieren?!“ In einer Gemeinde, in der du keine tragbare Basis zwischen Volksgruppe und Mehrheitsbevölkerung hast, wo die politischen Kräfteverhältnisse einander nicht entgegenkommen, wird es nicht möglich sein, auch nur eine einzige Ortstafel aufzustellen. Nehmt das Beispiel Ferlach her: Windisch-Bleiberg hätte die Voraussetzungen. Wenn man sich politisch nicht trifft, dann wird es dort - auch wenn es noch so schöne Gesetze gibt - keine zweisprachigen Beschriftungen geben können.

Ich bin auch nicht der Meinung, wie es Kollege Grilc im Presseinterview gemeint hat, daß wir 150 neue Ortstafeln brauchen. Das scheint mir schon ein bißchen überhalten zu sein! Meines Erachtens sollte man eher davon ausgehen: Das, was wir bereits gesetzlich zugestanden haben, das ist einmal etwas, was Kärnten erfüllen wird -

und alles andere sollte auf der Grundlage eines neuen Modells, das etwa an das Friulanische angelehnt ist, auch kommen. Das geht aber eben dann nur, wenn wirklich eine Bereitschaft besteht.

Das, was man auch bei der Konsenskonferenz verlangen sollte, das ist, daß selbstverständlich die Gemeinden die zusätzliche Verpflichtungen übernehmen, aus diesem Ortstafelerkenntnis heraus auch finanziell eine entsprechende Unterstützung erhalten sollten. Wir werden uns ausbitten, daß man darüber nachdenkt, warum zwar Niederösterreich eine Grenzlandförderung des Bundes hat - die gar nicht so klein dotiert ist -, während es umgekehrt für Kärnten eine solche bis zur Stunde nicht gibt.

Wenn man mit uns reden will und Ergebnisse erzielen will, dann muß man auch über finanzielle Fragen reden. Dann muß man akzeptieren, daß das, was wir uns hier überlegen, auch dann die Grundlage der Entscheidung ist, wobei ich da guter Dinge bin. Ich habe das schon ein paarmal gesagt: Die Kräfteverhältnisse in der Bundesregierung und im Parlament sind ideal für unsere Vorstellungen, daß wir Kärntner Vorschläge durchsetzen können. Die Bundesregierung wäre gut beraten, keine Gesetzesänderung zu machen. Wir brauchen das nicht! Der Verfassungsgerichtshof hat die 25-%-Regelung gestrichen. Super! Ist sie weg, gibt es keine Prozentregelungen mehr. Es wird daher auch keine Novellierung des Gesetzes geben.

Was die Bundesregierung machen muß, das ist eine Adaptierung der Verordnungen. Und wenn sie die Verordnungen adaptieren will, braucht sie die Zustimmung des Hauptausschusses des Parlaments, braucht die Zustimmung der Landesregierung und braucht innerhalb der Bundesregierung für eine Verordnung Einstimmigkeit. Nachdem drei Kärntner Minister in der Bundesregierung sitzen, bin ich überzeugt, daß die drei Kärntner Minister nachhaltig dafür eintreten werden, daß sie zu einer Regelung erst dann „ja“ sagen, wenn sie das Gefühl haben, daß das auch der Standpunkt ist, den die Kärntner Politik und die Kärntner Öffentlichkeit entsprechend akzeptiert.

In der Richtung sollten wir unsere Verhandlungen führen! (*Vorsitzender: Sie haben noch eine*

Dr. Haider

Minute!) Was hinderlich ist, bei der Vorbereitung einer Konsenslösung: Ich glaube, daß alle Parteiobmänner auch bei diesen ersten Gesprächsrunden das sehr deutlichgemacht haben, was hinderlich ist. (*Zwischenruf des LHStv. Dr. Ambrozy*) Ach so? Ich bin ja schon Altparteiobmann. Ich bin ja nur mehr einfaches Mitglied, nicht? (*Heiterkeit beim Vorsitzenden und auch im Hause*) Was hinderlich ist, ist meines Erachtens die Begleitmusik, die dabei war, auch zuletzt jetzt wieder dieser ORF-Beitrag, der über die Partisanen hier erfolgt ist. Ich kann nur sagen: Die sollen, bitte, diese Geschichten endlich einmal lassen! Entweder sie machen eine historisch haltbare Dokumentation - dann gehört auch die Verschleppung der Kärntnerinnen und Kärntner durch die Partisanen dazu - oder sie sollen uns in Ruhe lassen, mit diesen Dingen, weil wir im Grunde genommen das nicht akzeptieren! (*Beifall*)

Ich denke aber auch, daß wir uns die Zeit nehmen sollten, in Kärnten die Lösungen zu erarbeiten und jetzt nicht alle möglichen Großveranstaltungen organisieren, weil ich meine Kollegen vom Abwehrkämpferbund und vom Heimatdienst sehe. Es wäre zu überlegen, ob wir nicht Veranstaltungen in der Größenordnung, wie sie jetzt geplant sind, einmal ein bisserl verlagern oder verschieben sollten, bis wir wissen, was es eigentlich auf der Kärntner Ebene für eine mögliche Gemeinsamkeit gibt, weil sonst könnte ich mir durchaus vorstellen (*Vorsitzender: Herr Landeshauptmann, die Redezeit ist abgelaufen!*) - das lasse mich noch sagen -, daß es dann manchmal Emotionen gibt, die uns eher hinderlich sind, einen Konsens zu finden, wobei ich nichts dagegen habe, wenn die Veranstalter sagen: „Wir ziehen das durch.“. Dann sollen sie es durchziehen, aber es ist mitunter vielleicht auch Klugheit nicht verboten, in der Situation. Klugheit führt dazu, daß wir gemeinsam einen Kärntner Konsens zustande bringen und dann in Wien stärker auftreten können! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehr-

ten Damen und Herren! Ich möchte vorweg einmal klarstellen, ich habe gegenüber der Presse in Wien keinesfalls 150 neue Ortstafeln verlangt, (*Abg. Dr. Strutz: Steht ja so drinnen!*) obwohl ich persönlich hinzufüge, wenn der Konsens diese 150 Tafeln ergibt, habe ich damit auch kein Problem.

Ich ziehe aus dem Vorliegen des Volkszählungsergebnisses zwei Lehren. Die erste lautet: Die Ortstafeln allein, die Topographie allein wird den Bestand der slowenischen Sprache in Kärnten nicht sichern. Auch in jenen Gemeinden, die bisher formal alle Erfordernisse erfüllt haben und die ein sehr offenes Klima haben, haben andere Umstände dafür gesorgt, daß es einen Rückgang gibt. Daher kann man diese Frage nicht ausschließlich bezogen auf die Ortstafeln diskutieren. Es sind andere Faktoren auch mitmaßgebend.

Die zweite Lehre, die ich daraus ziehe: Das ewige Gerede von der Slowenisierung Südkärntens ist falsch - sonst gäbe es diese Ziffer nicht - und reine Propaganda. Und mein nüchterner Verstand sagt mir folgendes: Die Ortstafeln sind aus meiner Sicht in Wahrheit kein wirkliches Thema der Zukunft sondern sie sind ein Thema der Vergangenheitsbewältigung und die versuchen wir mittlerweile seit 47 Jahren. Jetzt wird es Zeit, daß wir es schaffen. (*Abg. Lutschounig: Bravo! - Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Ich bin auch gespannt, ob es die jetzige Regierung schafft, wir hoffen es. Ich habe auch Optimismus in Richtung einer Konsenslösung vor allem dann, wenn ich merke, daß sich gewisse Positionen von einer ursprünglichen Ankündigung bis zum heutigen Tag und hoffentlich bis zur endgültigen Lösung des Konfliktes verändern, verändern können. Ich sehe das durchaus positiv. Denn nur so sagen die Spanier in einem Sprichwort „Nur intelligente Menschen sind in der Lage, ihre Meinung auch einmal zu ändern.“ (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Mehr möchte ich zu diesem Thema heute nicht sagen obwohl es hier noch verschiedene Dinge gäbe. Der Konsens kann wirklich nur erreicht werden, wenn man mit dem Willen zum Konsens hingeht. Das sei mein letzter Appell zu diesem Thema. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es liegt

keine weitere Wortmeldung zur Aktuellen Stunde vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Ich komme nun zur Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Tagesordnung

Zum Tagesordnungspunkt

1. Ldtgs.Zl. 16-7/28:

Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Landesschulrat-Lehrervertreter; Vorschlag FPÖ)

Hohes Haus! Es liegt ein Vorschlag der FPÖ auf personelle Änderung ihrer Fraktion im Landesschulrat-Lehrervertreter vor. Der Bestellungsverfahren lautet wie folgt:

Anstelle von Herrn Alexander Slamanig soll nunmehr als Lehrervertreterin Frau Beatrice Haidl, Amt der Kärntner Landesregierung, Arnulfplatz 1, 9010 Klagenfurt bestellt werden. Als Ersatzmitglied wird anstelle von Direktor Mag. Herwig Hierzecker Frau Johanna Kunovjanek, Gartenweg 6, 9584 Finkenstein und an Stelle von Frau Dr. Renate Kanovsky-Wintermann Frau Mag. Helga Knicek, 9812 Pusarnitz 72 bestellt werden.

Ich lasse über diesen Vorschlag abstimmen. Wer damit einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben! Die Wahlzahl beträgt neun. - Darf ich abzählen? - Ich sehe, die SPÖ-Fraktion, die FPÖ-Fraktion und zwei, drei Mitglieder, drei Vertreter der ÖVP haben diesem Antrag zugestimmt. Damit ist dieser Antrag so beschlossen, da er die erforderliche Mehrheit von neun Stimmen erhalten hat.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

2. Ldtgs.Zl. 16-6/28:

Bestellung in die kollegialen Schulbehörden des Bundes (Bezirksschulrat Wolfsberg; Vorschlag ÖVP)

Es liegt ein Vorschlag der ÖVP auf personelle Änderung ihrer Fraktion im Bezirksschulrat Wolfsberg vor. Der Bestellungsverfahren lautet wie folgt:

Anstelle von Frau Uta Baumgartner soll nunmehr als Lehrervertreterin Frau Elisabeth Pongratz, 9433 St. Andrä 191 bestellt werden. Als Ersatzmitglied soll anstelle von Mag. Johannes Kainz nunmehr Elisabeth Wechselberger, 9463 Reichenfels 47 bestellt werden.

Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich um ein zustimmendes Zeichen mit der Hand! Die Wahlzahl beträgt fünf. Ich stelle fest, daß die ÖVP-Fraktion (eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn), die FPÖ-Fraktion und die SPÖ-Fraktion zugestimmt haben, also dieser Antrag einstimmig beschlossen wurde und somit ist dieser Antrag positiv behandelt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

3. Ldtgs.Zl. 376-2/28:

Anfragebeantwortung von Erstem Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger zur schriftlichen Anfrage von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Tourismus in Kärnten

Ich ersuche den Schriftführer um die Verlesung!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

Punkt 1: Durch welche grenzüberschreitenden Tourismusinitiativen Kärntens wird die "Senza Confini-Idee" weiterentwickelt?

Die Kärntner Bestrebungen zur Weiterentwicklung des Senza Confini-Gedankens finden auf vielerlei Ebenen statt und werden gerade im Wirtschaftssektor Tourismus durch modellhafte Initiativen sichtbar. Hier ist in erster Linie die Talbahnerschließung des Schigebietes Naßfeld/Pramollo auf italienischer Seite zu nennen. Durch politische Gespräche, Fördermitte-

Dr. Glantschnig

leinsatz und zügigen Fortschritt der Planungsarbeiten ist ein effizienter Projektfortgang gewährleistet, um dieses alpenweit bedeutsame Vorhaben einer raschen Realisierung zuzuführen.

Weitere Tätigkeitsbereiche umfassen touristische Saisonverlängerungsinitiativen, wobei vor allem den Segmenten Radsport und Trekking besonderes Augenmerk geschenkt wird. Hier wird auch mit Unterstützung von EU-Geldern im Interreg III-Programm intensiv am "Dreiländer-Radwegenetz" gearbeitet, wobei Lückenschlüssen auf Haupttrouten wie dem Drauradweg samt regionalen Anbindungen, selektiven Mountainbike-Angeboten sowie internationalen Marketingbestrebungen gleich hohe Bedeutung beigemessen wird. Im Trekkingbereich werden bestehende Einrichtungen wie der Geotrail in den Karnischen Alpen mit neuen Kooperationsachsen wie im Raum Vellachtal-Paulitschsattel-Logartal oder den Sommereinrichtungen auf der Petzen vor allem familientouristisch verknüpft. Gemeinsame Nationalparkangebote der Hohen Tauern und Nockberge mit den Gebieten Triglav oder Dolomiti Bellunesi runden diese Bemühungen noch ab.

Zusatzaspekte betreffend den Alpen-Adria-Kulinarikverbund, welcher durch zusätzliche Aussteller, entsprechende Veranstaltungen sowie mediale Präsentationen insbesondere auf der Tourismusfachmesse GAST 2002 in Klagenfurt dokumentiert wurde. In Verbindung mit hochkarätigen Kulturnetzwerken, international renommierten Events und regionalwirtschaftlicher Gesamtwertschöpfung von agrarischer Direktvermarktung bis zu Wellnessinvestitionen in der hochpreisigen Kategorie soll auf diese Weise die Senza Confini-Gesamtregion in ganz Europa weiterhin auch unter dem Motto "Destination Südalpen" touristisch positioniert werden.

Punkt 2: Welchen Beitrag wird das Tourismusland Kärnten zur EU-Tourismuskoooperation (EU-Kommissionsmitteilung Nr. 665 vom 13.11.2001 - Zusammenarbeit für die "Zukunft des Tourismus in Europa") leisten?

Die EU-Kommissionsmitteilung Nr. 665/2001 betrifft einen generellen Vorstoß der Europäischen Union in Richtung eines künftigen verstärkten Zusammenwirkens sämtlicher Tourismusverantwortlichen in unserem Kontinent mit

dem Gesamtziel sowohl der inneren Integration aber auch der globalen nachhaltigen Positionierung der touristischen Marke "Europa".

Die vorrangigen Entwicklungsschwerpunkte betreffen dabei die Materien Informationstransfer, Kommunikationstechnologie, Qualifizierungsoffensive, Nachhaltigkeit und Pilotregionsnetzwerk. In einem konkretisierten Maßnahmenkatalog des derzeitigen EU-Vorsitzlandes Spanien werden diese Ziele weiter vertieft. Ein Europäisches Tourismusforum in Santander (Spanien) vom 03. bis 05. Mai 2002 soll die politischen und fachlichkommunikativen Weichen für diese künftige verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene stellen.

Der Tourismusbeauftragte des Amtes der Kärntner Landesregierung Dr. Hannes Slamanig, welcher gleichzeitig gesamtösterreichischer Bundesländervertreter in der EU-Ratsarbeitsgruppe Tourismus ist, wurde beauftragt, diese Gesamtentwicklung auf allen Ebenen zu beobachten und Einstiegsmöglichkeiten für Kärnten auszuloten. Aus unserer Sicht ergeben sich vor allem Kooperationsmöglichkeiten im Zuge eines umfassenden Erfahrungsaustausches mit anderen Tourismusdestinationen Europas, einer verstärkten Schwerpunktsetzung in der Aus- und Weiterbildung von Tourismuspersonal sowie insbesondere in der Positionierung der Kärntner Vorreiterrolle im Rahmen von operativen Netzwerkstrukturen auch im Senza Confini-Kontext.

Punkt 3: Wie wird seitens des Wirtschaftsreferenten des Landes Kärnten eine synergieorientierte, auch andere Wirtschaftssektoren einbeziehende Tourismusförderung samt EU-Programmen in unserem Land sichergestellt?

Die Tourismusförderung in Kärnten erfolgt auf mehreren Ebenen. Die im jährlichen Landesvoranschlag vorgesehenen Tourismuskosten des politischen Referenten werden für die Unterstützung von Tourismusinstitutionen, entsprechenden Veranstaltungen oder Pilotprojekte und Expertisen verwendet. Der Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds unterstützt Tourismusunternehmen auf der Basis seiner Vergaberichtlinien unter anderem auch im Wege des EU-Ziel 2 Programmes. Das Technologieland Kärnten fördert technologische Kooperationen in der Tourismusbranche und unterstützt auch die

Dr. Glantschnig

Kärnten Werbung im Internetbereich. Die Kärnten Werbung betreibt internationale Imagepflege mittels vielfältiger Marketinginstrumente. Die Organisation Kärnten Marketing wickelt die bereits renommierten Events gemäß Jahresprogramm ab. Die EU-Programme Leader plus und Interreg III verfügen über Tourismusmittel für Pilotinitiativen bzw. grenzüberschreitende Projekte. Touristische Weiterbildungsmaßnahmen können auch durch das EU-Programm Ziel 3 unterstützt werden.

Die Fördersynergie bzw. damit Hand in Hand gehende operative Koordination mit anderen Wirtschaftssektoren wird durch verschiedene Gremien gewährleistet. Die EU-Programmbeigleitausschüsse für Ziel 2, Leader plus und Interreg sorgen für eine bereichsübergreifende Zusammenschau des diesbezüglichen Förderwesens. Die Abstimmung der landesinternen Unterstützungen von LVA-Mitteln, Kärnten Werbung- und Kärnten Marketing Budgets erfolgt in den betreffenden Fachsitzungen des Tourismusressorts. Die Zusammenführung von Tourismusprojekten mit Agrar-, Kultur-, Gewerbe-, Bildungsinitiativen etc. bildet auch eine Hauptaufgabe der Tourismus-Netzwerk-Dienststelle in der Landesamtsdirektion, welche laufend mit solchen Synergieprozessen befaßt ist. Im Zuge eines noch verstärkteren Zusammenwirkens all dieser Akteure und Gremien werde ich in Zukunft einen halbjährlichen "Jour fix Tourismusförderung" in Kärnten mit regelmäßiger Budgetzusammenschau einberufen, um hier die operative Kooperation noch weiter zu vertiefen.

4. Wann wird ein professionelles Gesamtmarketing im Kärntner Tourismus mit Kooperationsachsen Land Kärnten - Kärnten Werbung - Tourismusregionen - Gemeindetourismusämter wirksam? (*Unaufmerksamkeit im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Vor drei Jahren wurde die neue Struktur touristischer Regionen in Kärnten umgesetzt. Ein damals wichtiger erster Schritt, um zu einer einheitlicheren touristischen Vermarktung des Urlaubslandes Kärnten zu kommen.

Von Anfang an gab es zwischen den touristischen Regionen und der Kärnten Werbung Kooperation in Form von gemeinsamen Marketingaktivitäten. Ziel war und ist es, durch Bündelung

der Budgets, nachhaltigere Ergebnisse an den für Kärnten wichtigen Quellmärkten zu erzielen.

Nun beruhen diese Kooperationen zwischen den Regionen und der Kärnten Werbung auf einer rein freiwilligen Basis. Das heißt, sie sind nicht unbedingt stabil und können jederzeit auch wieder aufgehoben werden. Eine mittel- und langfristige Planung von gemeinsamer Marketingarbeit wird dadurch erschwert.

Ziel ist es daher durch eine gesellschaftsrechtliche Verflechtung von Regionen und Kärnten-Werbung letztendlich zu einem Tourismusunternehmen Kärnten zu kommen. Erst dann ist ein effizienter Einsatz aller Marketingbudgets als absolut gegeben anzusehen. Ein Zeitrahmen von zwölf Monaten muß hiebei angesetzt werden.

Ein weiteres Problem stellt die rechtliche Unabhängigkeit der Gemeindetourismusämter von den Regionen dar. Es ist dringend notwendig, die Tourismusämter in die Regionen zu integrieren. Das geht aber nur, wenn Gemeinden, Land Kärnten und die Regionen bereit sind, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten.

Punkt 5: Auf welche Weise werden aktuelle Informationen sowie die Kommunikation zwischen politischen Funktionären, Tourismusinstitutionen und Tourismusunternehmen in Kärnten nachhaltig gewährleistet?

Ein ständig aktualisierter Infotransfer bildet gerade in einer so dynamischen Branche wie dem Tourismus eine unabdingbare Voraussetzung für den jeweiligen Projektumsetzungserfolg. Hiezu werden seitens des Tourismusreferenten wesentliche Schritte gesetzt.

Das umfassendste touristische Kommunikationsforum in Kärnten wird durch die jährliche Abhaltung des Kärntner Tourismustages gewährleistet. Dabei werden politische Referate ebenso wie fachliche Perspektiven präsentiert, eine Podiumsdiskussion, sowie anschließende Teilgespräche untermauern den kommunikativen Netzwerkcharakter dieser Veranstaltung. Beim Tourismustag 2002 in Velden konnten über 600 Besucher registriert werden.

Weitere hochkarätige Informationspolitik wird im Rahmen der Innovationsbörse auf der Tourismusfachmesse GAST in Klagenfurt sichergestellt.

Dr. Glantschnig

Hier erläutern vor allem auch international renommierte Experten touristische Trends und Produktinnovationen samt den betreffenden Umsetzungskriterien. Eine breite Publikumseinbindung im Zuge interessanter Diskussionsrunden ergänzt dabei jeweils den allgemeinen Know-how-Zuwachs.

Besondere Schwerpunktaktionen wie das "Impulsprogramm Qualitätsverbesserung im Tourismus 2002" werden dem breiten Unternehmerkreis noch im Wege einer sehr informativen Roadshow nähergebracht. Diesbezüglich wurden im Feber und März dieses Jahres landesweit insgesamt sechs Veranstaltungen durchgeführt, welche auch eine entsprechende Frequenz bei der Förderantragstellung nach sich gezogen haben.

Themenspezifische Kommunikationsforen bezwecken die vertiefte Aktivierung von speziellen Produktpotentialen im Kärntner Tourismus mit der Zielsetzung eines integrativen Zusammenwirkens vielfältiger Akteure. Dabei sollen Netzwerkstrukturen geschaffen bzw. weiter ausgebaut werden. Als Beispiele hierfür gelten die Auftaktveranstaltung der Kärnten-Werbung zur Wellnessoffensive in Kärnten am 25. März 2002 im Warmbader Hof in Villach oder das Radtourismusforum der Landesdienststelle Tourismusnetzwerk am 22. April 2002 in Sattendorf am Ossiacher See. Weitere produktspezifische Arbeitsgremien, vor allem im Kontext mit touristischen Saisonverlegungsbestrebungen, werden in abgestimmter Moderation durch Land Kärnten

und Kärnten-Werbung organisiert. Bei all diesen Veranstaltungen bilden fachliche Koordination und effiziente Projektumsetzung die Kernaspekte einer konsensorientierten Diskussion."

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Ich danke Herrn Dr. Glantschnig für die Verlesung der Anfragebeantwortung durch Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger! Damit sind die Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung erledigt.

Hohes Haus! Wie Sie wissen, handelt es sich bei der heutigen Sitzung um eine von der SPÖ verlangte Sitzung zum Thema "Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für die Kärntner Bevölkerung". Es sind auch entsprechende Dringlichkeitsanträge eingegangen. Ich darf, bevor ich den Berichterstatter bitte, den Einlauf zu verlesen, noch einmal mitteilen, daß ich, mit Zustimmung der Obmännerkonferenz, eine breit angelegte Enquete zum Thema "Wasser" - das für uns Kärntner sicher ein sehr wichtiges Thema ist - vorbereiten werde. Ich hoffe, daß die heutige Behandlung dieses Thema, ein Auftakt, in eine viel dichtere Diskussion um die Frage des Wassers, in welcher Form auch immer wir dieses Wasser dann betrachten, führen wird.

Ich bitte Herrn Dr. Glantschnig um die Verlesung des Einlaufes!

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

A. Dringlichkeitsanträge:

1. Ldtgs.Zl. 53-7/28:

Dringlichkeitsantrag gemäß § 19 K-LTGO betreffend Wasser für alle Kärntnerinnen und Kärntner, Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für die Kärntner Bevölkerung; Antragsteller: Abgeordneter Klubobmann Adam Unterrieder, Mag. Nicole

Cernic, Dr. Peter Kaiser und Ing. Reinhart Rohr

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in den Landesvoranschlägen 2003 bis 2012 dahingehend budgetär Vorsorge zu treffen, daß durch die Bereitstellung entsprechender Landesmittel Gesamtinvestitionskosten von insgesamt 100 Millionen Euro für die Verbindung von Wassermangelgebieten und Wasserüberschußgebieten ermöglicht werden, so daß damit die Wasserversorgung der Kärntner Bevölkerung qualitativ und quantitativ sichergestellt

Dr. Glantschnig

wird.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit, meine Damen und Herren, hat sich Herr Abgeordneter Dr. Kaiser gemeldet. Ich darf hinweisen, daß die Redezeit fünf Minuten beträgt und ausschließlich zur Dringlichkeit die Wortmeldungen abgegeben werden dürfen, nach der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Dr. Kaiser, zu sprechen!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! "Das Land Kärnten verfügt über den Rohstoff der Zukunft: Wasser, als blaues Gold.", titelte ein bekannter und renommierter Wirtschaftskundler der jüngsten Tage in einem Gastkommentar in einer Kärntner Zeitung.

Der heurige Winter, aber auch der vergangene Sommer waren, trotz Reichtum, von Wasserknappheit geprägt. Dies veranlaßte die Sozialdemokratische Partei in diesem Hohen Landtag, einmal mehr Wasser und in aller umfassender Dringlichkeit den Gebrauch und die Nutzung des Wassers zu thematisieren.

91 % aller Kärntnerinnen und Kärntner beziehen ihr Wasser aus öffentlichen Verbänden und Genossenschaften; 9 % unserer Bevölkerung aus Einzelanlagen. Durchschnittlich werden je Person und Jahr 40 Kubikmeter Wasser in Privathaushalten, ohne Hinzurechnung der Industrie, verbraucht; in Kärnten in etwa, als Schätzwert, je Haushalt 130 Liter je Tag.

Der Wert des Wassers ist unbestritten, und er steigt täglich. Unser Bundesland verfügt über genügend Wasserressourcen und -reservoirs. Wir haben in Kärnten daher kein Mengen-, aber wir haben in Kärnten ein Wasserverteilungsproblem. Ausgehend von dieser Faktenlage, formulieren wir drei Grundvoraussetzungen zur Wasserbewirtschaftung.

Erstens: Wasser darf kein Spekulationsobjekt sein und werden.

Zweitens: Zur nachhaltigen Sicherung des

Kärntner Wasserhaushaltes ist eine breite Zusammenarbeit aller (Bund, Länder und Gemeinden) und eine interne Solidarität gefordert.

Drittens, meine Damen und Herren: Wasser sowie seine Bewirtschaftung und Verteilung muß als gemeinwirtschaftliches Anliegen angesehen werden.

Angesichts der Verteilungsproblematik schlägt die SPÖ in ihrem Dringlichkeitsantrag daher vor, daß das Land die finanziellen Mittel für die Realisierung des Ausbaues einer Kärntner Wasserschiene in den Jahren 2003 bis 2012 (also über den Zeitraum von zehn Jahren) zur Verfügung stellt. Dies würde, nach vorsichtigen Kostenschätzungen, bedeuten: 50 Millionen Euro für zehn Jahre Landesmittel. *(Den Vorsitz hat um 15.04 Uhr 2. Präs. Ferlitsch übernommen.)*

Parallel dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, muß zum infrastrukturellen Ausbau auch der Ressourcenankauf (Quellen, Grundflächen) berücksichtigt werden. Hinsichtlich des Aspektes der immer wieder auftauchenden politischen Forderung nach Liberalisierung und Privatisierung der Wasserversorgung auch hier ein sehr offenes Wort: Eine Kosteneffektuiierung durch entsprechende betriebswirtschaftliche Führung soll durch größere Verwaltungseinheiten und Systeme innerhalb der Gemeinden bzw. von Gemeinden, Verbänden und Verbänden erzielt werden. Wir haben hier in Kärnten positive Beispiele dafür, wie zum Beispiel die Abwasser- und Abfallwirtschaftsverbände es zeigen.

"Das Thema 'Wasser' ist sensibel. Die Verfügungsgewalt muß in jedem Fall bei der öffentlichen Hand bleiben." Diesen Worten vom Bundesminister Molterer hat zum Beispiel auch die Klagenfurter SPÖ Rechnung getragen, indem sie die Herausnahme der Wasserversorgungsteile aus der Stadtwerke-Privatisierung forderte. Daß dies zu einem generellen Verzicht auf Privatisierung der Stadtwerke führte, läßt auch diesbezüglich so manchen Schluß übrig.

"Eine Liberalisierung des Wassermarktes", so eine Schlußfolgerung von Pricewaterhouse Coopers "würde eine kräftige Preiserhöhung zur Folge haben." Es wird wörtlich in dieser Studie "... von bis zu 10 Schilling", also 0,76 Euro, zitiert, das heißt letztlich eine Lastenumverteilung hin zu den privaten Haushalten.

Dr. Kaiser

Als SPÖ haben wir diesen Dringlichkeitsantrag heute eingebracht, um die Weichenstellung, die ausschließlich von der Politik vorgenommen werden kann, zu definieren. Wir haben heute die Entscheidung zu treffen, ob wir für diesen Ausbau der Wasserinfrastrukturschienen sind (*Zwiesgespräche im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) oder ob wir es nicht sind. Wenn wir es nicht sind, meine Damen und Herren, dann sollten wir überhaupt sämtliche wasserschutzrechtlichen Maßnahmen aufgeben und besser in Aufbereitungsanlagen für verschmutztes Wasser zum Trinkwasser investieren. Wenn wir aber der Meinung sind, daß uns die Wasserversorgung des Landes in der Zukunft wichtig ist, meine Damen und Herren, dann ersuche ich Sie, die Abgeordneten des Hohen Hauses, diesem Antrag der SPÖ, der die Wasserversorgung und die Wasserverteilung in unserem Land sicherstellen soll, die Dringlichkeit und dann die inhaltliche Zustimmung zu geben! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht nur in Kärnten ist die Zukunft der Trinkwasserreserven ein Thema, sondern auch in der gesamten EU. Generell besteht überall verstärkter Handlungsbedarf, um die "Lebensgrundlage Wasser" in diesem Jahrtausend nachhaltig zu sichern.

In der EU wurden 1999 die "EU-Wasserrahmenrichtlinien" verabschiedet. Entgegen mancher Fehlinformation sieht die "Wasserrahmenrichtlinie" weder Eingriffe in die Eigentumsstrukturen noch eine Verteilung von Wasserressourcen innerhalb der EU vor. Die vor wenigen Jahren von der EU-Kommission ins Spiel gebrachte Idee, auch die Wasserver- und -entsorgung zu liberalisieren - ähnlich wie das bei Strom, Gas, Telekommunikation usw. ist -, wurde letztlich nicht weiter verfolgt, denn das Common-carrier-Prinzip, also eine infrastrukturelle Einrichtung für mehrere Durchleiter zu öffnen und damit Wettbewerb einzuführen, das hat sich für Trinkwasser aus Gründen der unterschiedlichen Qualität als nicht zielführend erwiesen.

Gerade aus diesem Grund erscheint aber die privatisierte Wasserversorgung so attraktiv. Sie wäre natürlich die Möglichkeit für privates Kapital, ohne jedes unternehmerische Risiko Gewinne zu schreiben. So lange es nicht mehrere Anbieter gibt, für die Wasserver- und die Wasserentsorgung, so lange hat der regionale Anbieter ein Monopol, was letztlich bedeuten würde, daß die Preise bei privatisiertem Angebot keineswegs geringer werden würden, sondern daß Mehreinnahmen eben einfach dem Gewinn zugeschlagen werden.

Es gibt in den Ländern, die eine privatisierte Wasserversorgung haben (wie beispielsweise England seit einiger Zeit und Frankreich schon seit sehr langer Zeit) immer wieder Probleme mit mangelnden Investitionen für die Erhaltung der Infrastruktur, für die Erneuerung und Modernisierung der Infrastruktur oder auch Qualitätsprobleme beim Wasser.

Obwohl Kärnten als wasserreiches Land gilt, haben Fragen der Wasserwirtschaft immer wieder Sorgen bereitet. Das gilt gleichermaßen für die Frage der Erhaltung der Qualität unseres Trinkwassers, (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Gallo*) die angesichts der zunehmenden verunreinigenden Faktoren durch anthropogene Einflüsse eine große Herausforderung (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluß zu kommen!*) der vergangenen Jahre war, aber auch für die Frage der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit unbedenklichem Trinkwasser.

Gerade dieser letzte Punkt war in den letzten Jahren, immer in Abhängigkeit von klimatischen Faktoren, in manchen Gegenden Kärntens kurzzeitig ein Problem. Die jüngste Trockenperiode muß aber noch unter anderen Aspekten als den der vorübergehenden klimatischen Besonderheiten gesehen werden. Weltweit beschreiben Wissenschaftler das Phänomen des sogenannten "Treibhauseffektes", das heißt, es wird eine Zunahme der Jahresdurchschnittstemperaturen bereits weltweit kontinuierlich gemessen. Die Folge davon werden in Hinkunft klimatische Veränderungen sein, die wir noch nicht hundertprozentig voraussagen können. Wir sollten also auch unter diesem Aspekt, daß es zu möglichen klimatischen Veränderungen kommen wird und Trockenperioden bei uns vielleicht auch häufiger sein werden, in Zukunft die schon einmal

Mag. Cernic

aufgebrachte, aber verworfene Idee eines Wasserverbundes in Kärnten (*Vorsitzender: Die Redezeit ist um!*) in Gegenden mit problematischer Wasserversorgung wieder aufgreifen!

Ich denke, daß die Dringlichkeit dieses Antrages diesen Umständen Rechnung trägt. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wasser ist einer der sensibelsten und wichtigsten Punkte, die wir als sogenanntes Überlebensmittel, glaube ich, brauchen und auch für die Zukunft sichern müssen. Es ist daher besonders wichtig, daß wir behutsam diese Diskussion führen und dann auch behutsam mit unseren Ressourcen umgehen. Österreich und somit Kärnten ist eines jener Länder, das in Europa Gott sei Dank noch eine positive Trinkwasserbilanz aufzuweisen hat. Es sind nur mehr drei Länder in Europa, die diese Bilanz haben. Österreich gehört dazu. Der Alpenraum gehört zu jenen schützenswerten Bereichen, die eine hohe Trinkwasserqualität aufweisen.

Ich verstehe nur eines nicht, meine Damen und Herren, vor allem aus der Sicht der Antragsteller, der SPÖ, verstehe ich folgendes nicht ganz: Der Herr Landesrat Schiller, der zuständige Referent, hat ein Gutachten erstellen lassen. Danach sollten eigentlich Parteiengespräche geführt werden, um dieses hochsensible Thema "Trinkwasserversorgung, Trinkwassersicherung für Kärnten" auf breitester Basis zu diskutieren. Ich verstehe eigentlich nicht die Eile, warum man heute - bevor diese Gespräche stattgefunden haben - diesen Sonderlandtag installiert hat. Aber selbstverständlich, jetzt ist der Antrag da: Wir wollen darüber diskutieren, natürlich auch über Versäumnisse, auch wenn sie teilweise - diese Kritik kann ich nicht ganz unausgesprochen lassen - von der SPÖ sind, daß sie in der letzten Zeit einiges verabsäumt hat, was die Versorgung betrifft. Man hätte schon damals tätig werden können, vor einigen Jahren, daß man eine Ringleitung für Kärnten geschaffen hätte und so jene Gebiete, die tatsächlich Zu-

schußgebiete sind, mit kostbarem Trinkwasser versorgt.

Und Frau Kollegin Mag. Cernic, jene sollen jetzt nicht bestraft werden oder auch jene Gemeinden nicht, die in weiser Voraussicht viel investiert haben und viel gemacht haben und jene belohnt werden mit einem höheren Fördersatz, die sich zurückgelehnt haben und die Dinge auf sich zukommen haben lassen. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Also das sollte bitte nicht sein, meine geschätzten Damen und Herren, daß wir jene in besonderer Weise jetzt belohnen. Aber, daß das wichtig ist, daß wir das hier diskutieren, daß wir einen breiten Parteienkonsens finden müssen, daß wir auch dies außer tagespolitischen Streit stellen ist - glaube ich - klar. Die Position der Volkspartei ist ganz klar und die Position lautet: Einbindung der Gemeinden ist auf alle Fälle notwendig, zum anderen keine unzumutbaren zusätzlichen Belastungen der Bürger und zum dritten, für jene, die das Wasser und die Wasserressourcen zur Verfügung stellen, muß auch eine Entschädigung der Nutzungseinschränkung gewährleistet werden. (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*) Das sind - glaube ich - die wichtigsten Punkte, die garantieren, meine Damen und Herren, daß wir auch in der Zukunft genügend Trinkwasser in Kärnten zur Verfügung haben und jede Spekulation mit dem Trinkwasser kann nur in diese Richtung gehen. Ob das jetzt dann der Staat, das Land oder die Gemeinden machen, Herr Abgeordneter Koncilia, sei dann dahingestellt. (*Unaufmerksamkeit im Hause. - Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Wichtig ist, daß wir genügend Ressourcen schaffen für unsere Zukunft, für unsere Bürger und daß wir de facto die Zinsen bzw. die Zinseszinsen als Spekulationsobjekt oder als Ware - wenn Sie so wollen - eventuell auf den Markt setzen und das dann auch verkaufen und veräußern. Aber, wie gesagt, die Zinseszinsen und es müssen die Reserven und die Sicherheit für das Land Kärnten und deren Bevölkerung gesichert sein. Und ich glaube, daß diese Punkte, die ich hier aufgezählt habe, die Garantie dafür sind, daß wir auch in Zukunft genügend Trinkwasser in Kärnten haben werden. Dankeschön! (*Abg. Koncilia: Ich glaube, du hast eine Quelle!*) Leider nein! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo*)

Lutschounig

das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte zu Beginn dem Herrn Präsidenten Dipl.-Ing. Freunschlag dafür danken, daß er unseren Vorschlag, den wir heute Mittag in der Obmännerkonferenz vorgelegt haben, nämlich eine Landtagsenquete zum Thema "Wasser" zu veranstalten, so schnell aufgegriffen hat und auch das Ganze verwirklichen wird. (*Abg. Koncilia: Muß er ja tun, was Ihr sagt's!*) Ich sage das auch deshalb, weil ich denke, daß gerade durch so eine Enquete im Vorfeld der Landesausstellung "Wasserreich" viel von dem, was bisher hier schon an Fehlwissen ausgebreitet worden ist, aufgefüllt werden kann.

Wenn es um die Sicherstellung des Trinkwassers für unsere Landsleute geht, sind wir immer dabei, beim Wie - so scheint's - scheiden sich die Geister. Ich habe das aus den Worten des Vordröners entnommen, denn darüber schweigt auch der Antrag. Über einen praktischen Umsetzungsschritt wird in diesem Antrag aber nicht einmal andeutungsweise ein Wort verloren. Liebe SPÖ, Sie haben dazu einen Sonderlandtag beantragt. Es ist mehr als dürftig, mit so einem Antrag daherzukommen. Bedanken Sie sich bei uns, daß wir zumindest für die Aktuelle Stunde ein Thema gewählt haben, das mit Inhalten ausgefüllt werden konnte. (*Abg. Koncilia: Alles, aber nur nicht bei dir bedanken! - Heiterkeit im Hause*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden diesem Antrag der SPÖ keine Dringlichkeit gewähren, einfach deshalb, weil zuviel an Fragen offen ist, nämlich alles. Wir sind dafür, daß dieser Antrag in einem Ausschuß, wo auch das Budget behandelt wird, eingehend beraten wird. Denn man muß auch formal sagen, dieser Antrag fordert ja nicht die Regierung in Wirklichkeit auf sondern uns selber, denn der Landtag beschließt das Budget. Daher bleibe ich bei dem, was ich vorher schon öffentlich klargestellt habe, daß wir für sinnvolle Lösungen immer zu haben sind. Das, was wir aber auch aus der öffentlichen Diskussion wissen ist, daß das SPÖ-Modell eines Großprojektes, eines gigantischen Projektes in erster Linie eine finanzielle Belas-

tung der Menschen bedeutet analog dem Kanal, wo wir bereits eine Kostenexplosion durch Großlösungen haben. Das Modell bedeutet aber auch eine Zwangsbeglückung, denn von Gemeinden beispielsweise ist in diesem Antrag kein Wort zu finden. Und die Gefahr, daß sich hier unter einem anderen Titel ein Monopolist, beispielsweise einer der wieder aus Monopolisten besteht - wir kennen das von der Müllverbrennung - einschleicht, die ist sehr groß. Das heißt also, wir haben einen anderen Zugang zum Thema. Zuerst ein Lösungsvorschlag, dann die Suche nach dem Zahler und vorher noch die Kostenermittlung. Das heißt also, ein Weg, der mit den Menschen geht, der diese nicht nur als Zahler möglichst mit einem Diktat von oben einbindet. (*Zwischenruf vom Abg. Unterrieder*) Wenn man mit einem Dringlichkeitsantrag die Ideenlosigkeit und die Versäumnisse der Referatszuständigkeit der letzten Jahre kaschieren will, so müssen Sie dies bitte alleine tun. Wir wollen auch weiterhin leistbare, das heißt sozial verträgliche Trinkwassergebühren für alle Kärntnerinnen und Kärntner und keinen Blindflug in eine ungewisse und unfinanzierbare Wasserzukunft. (*Abg. Dr. Strutz: Bravo! - Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Rohr das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! "Wasser die Lebensquelle" haben wir gerade im Kolig-Saal von einer Klasse präsentiert bekommen, die sich mit dem Thema "Wasser" beschäftigt. Wasser als Lebensquelle und wenn dieses Wasser von oben ausbleibt, dann ist das Leben herunter in Frage gestellt, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Und wenn der Herr Kollege Lutschounig hier von Versäumnissen des Umweltreferenten Schiller spricht, dann darf ich sehr wohl daran erinnern, (*Abg. Ramsbacher: Er hat vom Schiller nichts gesagt!*) daß es diese Idee bereits im Jahr 1983/84 hier im Hohen Haus gegeben hat, also eine Kärntner Wassergesellschaft gegründet werden hätte sollen. Was ist passiert? Der damalige Klubobmann der ÖVP war ganz massiv

Ing. Rohr

dagegen, daß man zeitgerecht diese Problematik in Angriff nimmt. Heute ist der damalige Klubobmann der Landesrat Wurmitzer. Er hat also seinerzeit eine Entwicklung verhindert, die wir heute in Wahrheit sanieren und reparieren müssen. (*Abg. Dr. Wutte: Aber geh'! Immer gegen die Kranken!*) Und wenn der Herr Kollege Gallo hier meint, daß ihm die praktischen Umsetzungsschritte fehlen, daß eine Enquete zum Thema Wasser wichtig wäre, daß er über die finanziellen Auswirkungen nicht Bescheid weiß. Kollege Gallo, dann kann ich dir nur eines sagen, du bist offensichtlich von der Regierung her nicht gar so gut informiert. Der Herr Landeshauptmann und deine Regierungskollegen lassen dich offensichtlich ziemlich im Regen stehen. Denn schon im Oktober des Jahres 2000 hat es einen klaren Auftrag und einstimmigen Regierungsbeschluß der Landesregierung gegeben, ein entsprechendes Gutachten zur Findung einer Rechtskonstruktion für die nachhaltige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Kärnten zu entwickeln. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Da ist es schade um das Geld! Das ist eine Auflistung ...!*) Kollege Gallo, dieses Gutachten liegt am Tisch. Dieses Gutachten liegt auch beim Städte- und Gemeindebund, weil natürlich auch die Gemeinden entsprechende Partner sein müssen in der Umsetzung entsprechender Trinkwasserschienen und der Realisierung derer in Kärnten dazu. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Sag g'scheiter was das gekostet hat!*) Und wenn du sagst, es ist wichtig, daß die FPÖ eine Enquete zum Thema Wasser erfunden hat, so muß ich sagen, bist du ein Raubkopierer, denn diese Enquete zum Thema Wasser hat der Landesrat Schiller am 5. April dieses Jahres bereits bei einer Pressekonferenz ebenso vom Landtag verlangt. Aber das ist ja kein Einzelfall, Kollege Gallo, denn am Modell der Gemeinde Paternion hast du festgestellt, EKZ-Widmungen sollen mit einem Nahversorgungsauftrag verbunden werden. Da hat die Gemeinde Paternion ein entsprechendes Modell entwickelt, die SPÖ-Fraktion in der Gemeinde Paternion und du hast es dann als freiheitlicher stellvertretender Klubobmann in deinen Pressedienst gestellt und das als die große Weisheit und deine Erfindung verkauft. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der zuständige Planungsreferent heißt Gallo! Merk dir das!*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Es

ist also schon von den Fakten einiges gesagt worden. Wir haben die Situation, daß an der Kärntner Landesgrenze 300 m³ pro Sekunde Wasser unsere Grenze verlassen, und daß der Kärntner Bedarf 5 m³ pro Sekunde sein wird. Wir haben also von diesem reichlichen Gut "Wasser" genügend Ressourcen in Kärnten vorhanden. Und es ist auch eine Verdienst des Herrn Landesrates Herbert Schiller, daß wir in Wolfsberg nicht schon im vorigen Sommer und auch heuer im heurigen Winter kein Wasser haben, sondern daß über die Realisierung der Trinkwasserschiene, wo also im Tal nicht die Freiheitlichen und ÖVP-Politiker jene waren, die dieses Projekt befürwortet haben. Wir haben das nur in Partnerschaft mit den SPÖ-Mandataren und Bürgermeistern im Lavanttal realisieren können und es ist dabei gelungen, die entsprechende Trinkwasserversorgung sicherzustellen.

Eines möchte ich auch noch anmerken, meine Damen und Herren! Es wird hier vom Herrn Landeshauptmann großartig eine Landesausstellung zum Thema Wasser angekündigt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Da gibt es bereits einen Landtagsbeschluß!*) Ich denke, das ist durchaus eine gute Idee, aber wir sollten zuerst die Hausaufgaben machen. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Landesrat Schiller!*) Denn auf der einen Seite, meine Damen und Herren, ... (*Zwischenruf vom Abg. Dipl.-Ing. Gallo*) Ja, die Geldgeber seid's noch immer ihr, Kollege Gallo! Denn wenn es um das Budget geht, dann werde ich euch sagen, haben wir im Jahr 2000 noch 1,3 Millionen Euro zur Verfügung gehabt, in einem Budget, das die ÖVP und die FPÖ gemeinsam beschlossen haben, hat es nur mehr 580.000 Euro für die Trinkwasserwirtschaft gegeben, also eine Halbierung der entsprechenden Mittel für entsprechende Maßnahmen. Wenn es also darum geht eine Landesausstellung zu realisieren und dort von einem Größeneinsatz von sieben bis 50 Millionen Euro gesprochen wird, das sind also rund 400 Millionen Schilling, meine Damen und Herren! Wenn man da das Thema "Wasser" sozusagen auch zum Thema des Landes Kärntens macht, dann denke ich mir, sollten wir vorher in Verantwortung darum, daß die Bevölkerung mit bestem Wasser versorgt wird in diesem Land, sollten wir vorher hier unsere Verantwortung wahrnehmen und auch dafür Sorge tragen, daß

Ing. Rohr

das von uns verlangte, im Dringlichkeitsantrag auch beschriebene Budget in den nächsten zehn Jahren festgeschrieben wird. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Ich lade Sie sehr herzlich ein, meine Damen und Herren in der FPÖ und in der ÖVP, mit uns gemeinsam diesen Antrag, *(Abg. Dr. Wutte: Die Redezeit!)* auch wenn er heute nicht die Dringlichkeit bekommt, ... Das ist ja eigentlich schon bezeichnend, daß Sie dieses Thema nicht besonders ernst nehmen. Die Menschen in Kärnten nehmen es schon ernst! Und es geht nicht um Belastung, Herr Kollege Gallo, um zusätzliche Belastung, sondern es geht darum, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Müßt's einen besseren Antrag einbringen, dann wird er ernst genommen!)* die Wasserversorgung sicherzustellen und letztlich auch von der öffentlichen Hand genau die Belastung von den Menschen abzuwenden, indem man halt mehr öffentliche Mittel zur Verfügung stellt. *(Vorsitzender: Bitte zum Schluß zu kommen!)* Und wenn wir jährlich einen entsprechenden Beitrag verlangen, dann denke ich, wird es also möglich sein, eine flächendeckende Trinkwasserversorgung im Rahmen eines entsprechenden Konzeptes, wie es vom Herrn Landesrat Schiller an den Gemeindebund gegangen ist, wo die Gemeinden jetzt eingeladen sind mitzumachen, wird es also möglich sein dieses Konzept auch entsprechend zügig und rasch umzusetzen im Interesse der Kärntner Bevölkerung. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Stangl das Wort.)

Abgeordneter **Stangl** (FPÖ):

Hohes Haus! Herr Präsident! Mir ist dieses Thema zu ernst, um oberflächlich mit Schuldzuweisungen zu arbeiten: der ist schuld, der hat Versäumnisse gemacht, *(Zwischenruf vom Abg. Koncilia)* da ist was passiert. Bitte, seit einem Jahr oder vor zwei Jahren haben wir schon im Gemeinde- und Umweltausschuß einen ähnlichen Antrag diskutiert. Meines Wissens ist er noch nie im Hohen Haus gelandet. Also ist dort die Diskussion weiterzuführen. Und der Dringlichkeitsantrag ist meiner Meinung nach nur eine Alibihandlung gegenüber der Öffentlichkeit, wie tüchtig man ist, weil beraten hätten wir das schon lange im Ausschuß können. Wir diskutie-

ren hier über die nationale Einstellung zu öffentlichen Gut, das nicht mehr vermehrbar ist. Wir diskutieren über ein Gut, das auf der ganzen Welt Mangelware ist *(Abg. Mag. Cernic: Eben!)* und nur im Alpenraum begrenzt, aber für uns im Überfluß zur Verfügung steht. Wir diskutieren im selben Ausmaß aber über Entschädigungen. Der Abgeordnete Lutschounig hat es in etwa anklingen lassen. Wir sagen so locker "das blaue Gold", wir reden aber nicht von den Schürfrechten. Da kratzen wir schön die Kurve der Verschwiegenheit und vielleicht wird es irgendwann einmal herausapern, wer zahlt und wer erhält und dann wieviel.

Diese Fragen hängen damit zusammen, werden aber im Antrag nicht beantwortet. Dann noch eines: Bei 130 Litern Tagesverbrauch könnte man andere Sparmaßnahmen auch noch einführen.

Dann reden wir von einem Verteilungsproblem. Ich sage: Im Gailtal ist eine Großquelle vorhanden. Und brauchen tun wir's im Lavanttal. Reden wir von einer Pipeline oder von einer Ringleitung? Ich lasse dahingestellt: Was geschieht entlang dieser Pipeline? Kommt ein Anschlußzwang der Gemeinden, die an der Pipeline liegen oder ist die Freiwilligkeit gefragt? Rechnet es sich, wenn man freiwillig an die Pipeline anschließen darf? Oder kann man anschließen, und nur bei Bedarf holt man sich das Wasser? Dann wird sich das wahrscheinlich nicht rechnen. Dann müssen wir den Bürgern sagen, ob privat oder öffentlich. Das lasse ich dahingestellt. "Liberalisiert" ist ein schlimmes Wort. Eines sage ich euch auch: Was der Staat macht, es wird unter 10 oder 20 Schilling gar nicht gehen. Das sagen uns die Wasserhaushalte, die geben uns recht, weil 2 Schilling je Wasserhaushalt pro Kubikmeter kann eine Nachbarschaft sein; die Gemeinden schon weniger. Wenn man dann genau hinsieht, sind meist jene Wasserhaushalte oder ist das Wassersystem schrecklich überaltert, schlecht gewartet, schlecht geführt, schlecht erschlossen; mangelhaft von hinten bis vorn, weil jedem Bürgermeister ist eine Zinserhöhung, die mit ordentlicher Wartung verbunden ist, relativ unangenehm und politisch nicht gerade angenehm. Daher vermeidet man das. Man läßt oft das ganze Wassersystem verkommen. Und in einer Situation, in

Stangl

der es wirklich trocken ist und es eine Katastrophe ist, zu sagen, jemand anderer muß das Problem erledigen und nicht dazuzusagen, aber zahlen müssen wir für das kostbare Naß. Es ist unfair, wenn man das auf eine andere Schiene hebt! Ich bin schon dafür, daß das Land eine Verantwortung trägt, daß das Land eine Koordination übernimmt. Es muß aber auch die rechtlichen Voraussetzungen schaffen und dazu stehen! *(LR Schiller: Endlich?!)* Endlich, aber jetzt geht es dann um das Umsetzen. Da ist noch ein weiter Weg, mein Lieber. Das kennen wir! *(LR Schiller: Aber anfangen wollen wir!)* Eben, reden - aber nicht mit einem Dringlichkeitsantrag! *(LR Schiller: Was denn dann?!)* Dann fragen Sie einmal nach der Solidarität in jenen Gemeinden, die bis jetzt mit viel Geld *(Vorsitzender: Eine Minute Redezeit noch!)* ihr Wasser erschlossen haben, die 10 bis 15 Schilling zahlen. Ich finde es normal, in Kötschach sind wir schon so weit. Andere empfinden 3 Schilling pro Kubikmeter als einen Horrorpreis. Diese müssen sie entlang der Pipeline dazubekommen. *(LR Schiller: Dann kriegen sie eben gar keine Förderung!)* Nein, nein! Ja, aber ich stelle mir die Frage, ob jene Genossenschaften zur Pipeline dazumüssen oder nicht, weil ohne Solidarität - so wie beim Kanal: die einen müssen dazu und die anderen können und die anderen brauchen nicht dazu *(Vorsitzender: Die Redezeit ist zu Ende! Ich bitte, zum Schluß zu kommen!)* - wird die Finanzierung nicht möglich sein!

Daher sage ich: All das muß noch einmal überdacht werden. All das muß geprüft werden, ob es hieb- und stichfest ist und ob der Wille besteht, mitzumachen - nicht nur momentan, von fünf, sechs Gemeinden, sondern aller, die an der Pipeline dabei sind. Dann erst kann man darüber reden. Und dann hat ein Dringlichkeitsantrag die Berechtigung! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Sablatnig das Wort.)

Abgeordneter **Sablatnig** (ÖVP):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Die Diskussion heute scheint mir eine wichtige Grundsatzdiskussion zu sein. Wir haben die Verpflichtung, in Kärnten dafür zu sorgen, daß das genügend vorhandene Wasser, Trinkwasser,

in bester Qualität alle Haushalte unseres Bundeslandes erreicht.

Wir müssen überlegen, daß es seit langem Bestrebungen gibt, in Kärnten eine sogenannte Wasserschiene zu entwickeln. Diese Wasserschiene ist in Form eines Gutachtens am vergangenen Dienstag (am 16.) in der Kärntner Landesregierung vom zuständigen Referenten auch in Berichtsform dargelegt worden. Auch ein entsprechendes Gutachten wurde beigelegt, mit der Maßgabe, daß sich die Verantwortungsträger mit diesem Gutachten innerhalb eines Monats zu beschäftigen haben. Danach sollte auf Parteebene eine Verhandlungsrunde stattfinden, denn die Auswirkungen dieser Wasserschiene sind auf jeden Fall zu berücksichtigen. Die sind deshalb zu berücksichtigen, weil ich meine, daß 100 Millionen Euro kein Pappenstiel sind. 100 Millionen Euro in so ein Projekt zu investieren, bedeutet für uns, daß das ganze Land Kärnten mit dieser Maßnahme materiell nicht unwesentlich belastet wird. Die Wasserbezieher werden diese Leistungen nicht finanzieren können: deshalb, weil die Wasserversorgung in Kärnten auf dem Subsidiaritätsprinzip aufgebaut ist. Die Wassergenossenschaften, die Wasserverbände, die Gemeinden haben bisher dafür gesorgt, daß flächendeckend das gesamte Bundesland mit bestem Trinkwasser versorgt ist. Es gab bei Dürrezeiten in verschiedenen Landesgebieten kritische Phasen. Hier hat man zum Teil mit Feuerwehrfahrzeugen ausgeholfen. *(Den Vorsitz übernimmt um 15.36 Uhr 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag.)* Wenn man hier eine Abhilfe schaffen will, dann sollte man überlegen, daß diese Abhilfe nur in der Form sein kann, daß das Land Kärnten sich in Vorlage begibt und diese Kosten auch übernimmt. Denn wenn ich berücksichtige, daß heute das Trinkwasser mit etwa 14 bis 15 Schilling pro Kubikmeter geliefert wird - frei Haus geliefert wird - und die Abwasserkosten dazukommen, dann haben wir in unseren Regionen Wasserkosten bereits von über 60 Schilling; wenn ich die Grundgebühren einrechne. Es wird der Kärntner Bevölkerung nicht zumutbar sein, daß man um 1,4 Milliarden Schilling oder 100 Millionen Euro eine Wasserschiene baut und diese Kosten auf die Kärntner Wasserbezieher umlegt. Ich möchte haben, daß es kein neues Monopol in diesem Land gibt. Subsidiär aufgebaut und dort aushelfen und dort

Sablatnig

Hilfe leisten, wo es notwendig ist! Ein neues Monopolunternehmen wird es nicht geben. (*Abg. Dr. Strutz: Stimmt ihr jetzt dafür oder dagegen?*)

Ich sage, daß wir in diesem Zusammenhang einen Zusatzantrag stellen. Der Zusatzantrag ist für uns das Wesentliche! Grundsätzlich werden wir uns nicht dagegen verwehren, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Zur Dringlichkeit?*) daß der Mittelkärntner Raum eine zusätzliche Wasserversorgung bekommt, daß der Unterkärntner Raum versorgt wird. Es gibt, wie der Herr Landesrat berichtet hat, die Lippitzbachquellen und die Quelle in Förolach, die genügend Schüttung haben, um unser Land bestens zu versorgen - aber das sollte eine Sicherheitsschiene sein. Diese Sicherheitsschiene ist über andere Mittel als über die Wasserversorgungsbeiträge zu finanzieren.

Unser Zusatzantrag lautet: "Dabei ist die Mitsprache aller Gemeinden ebenso sicherzustellen wie die Nichterhöhung der Wassergebühren für die Kärntner Wasserbezieher durch die beabsichtigte Maßnahme." Das ist für mich die wesentliche Frage! (*LR Schiller: Das steht ja in dem Konzept! - Abg. Unterrieder: Haarscharf! Nur abgeschrieben!*) Das ist für mich ... Ja, dann könnt ihr ja dem Zusatzantrag die Zustimmung geben! Dann sind wir schon auf einer Schiene, (*Vorsitzender: Sie haben noch eine Minute Redezeit!*) wie es so schön heißt.

Ich möchte noch vor etwas warnen: Wir wissen, daß in ganz Europa Konsortien unterwegs sind, Aktiengesellschaften unterwegs sind, die heute bereits Wasserversorgungseinrichtungen, viel Geld, für diesen Versorgungsauftrag bieten: um nachher die Wasserversorgung zu monopolisieren. Auch davor möchte ich warnen! Es sollte die Wasserversorgung in den Kärntner Gemeinden, in den Genossenschaften, in den Verbänden bleiben, weil wir damit sicherstellen, daß die Kosten auch von uns selbst - entsprechend den Investitionen - bestimmt werden können! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt 2. Präs. Ferlitsch das Wort.*)

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Zielvorgabe der "EU-Wasserrahmenrichtlinie", darin heißt es: "Wasser ist kein übliches Handelsgut, sondern vielmehr ein Erbe, das geschützt, verteidigt und als solches behandelt werden muß." Das soll als Leitlinie für uns alle, für sämtliche Landtage, für die Parlamente und auch für die Gemeinden Geltung haben!

Die heutige Sonderlandtagssitzung wurde von seiten der SPÖ beantragt, nachdem wir gesehen haben, daß gerade das Wasser eine besonders wichtige Funktion hat. Wasser ist nicht vermehrbar. Daher, glaube ich, haben wir mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß wir dieses Thema sehr, sehr ernst nehmen. Ich bin Herrn Landesrat Schiller dankbar - auch im Namen der Gemeinden! -, daß er diese Studie hat erstellen lassen und wir in Vorgesprächen festgestellt haben, daß selbstverständlich diese Studie im Rahmen des Gemeindebundes, des Städtebundes und in weiterer Folge bei Bürgermeisterveranstaltungen vorgestellt wird, diskutiert wird und dann weitere Vorgangsweisen gewählt werden. Dies insofern, als wir das Trinkwasser für unsere Menschen im Lande sicherstellen und vor allem auch, daß wir den Bürger nicht überbelasten. Das soll die Leitlinie sein! Ich bin auch überzeugt davon, daß wir zielführend diese Verhandlungen durchführen werden und in weiterer Folge auch zu Ergebnissen kommen werden.

Wenn ich einige statistische Daten sagen darf, dann können wir feststellen, daß in Kärnten 3.536 Anlagen vorhanden sind, wovon 124 Gemeindewasserversorgungsanlagen sind, das heißt, daß die Gemeinden rund 78,2 % der Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen. Den Gemeinden kommt in diesem Zusammenhang ein sehr, sehr hoher Stellenwert zu. Ich würde noch sagen: 594 Wassergenossenschaften versorgen 16,8 % der Bevölkerung, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Es steht kein Wort im Antrag von den Gemeinden!*) 106 Wassergemeinschaften, 3 % der Bevölkerung, 2 Wasserverbände, 11 sonstige und 2.700 Eigenwasserversorgungsanlagen.

Ich bin überzeugt, daß wir es auch zustande bringen, daß wir in weiterer Folge die Sicherstellung und den Ankauf von Quellen finanzie-

Ferlitsch

ren müssen. Die finanziellen Möglichkeiten müßten allerdings geschaffen werden. Viele Gemeinden, die die Möglichkeit haben, Quellen aufzukaufen, haben sicherlich nicht die finanziellen Grundlagen. Ich glaube daher, es ist wichtig, daß wir gerade in diesem Zusammenhang eine vorrangige Behandlung im finanziellen Bereich durchführen sollten. Es müßten Sondermittel bereitgestellt werden, rasche Aktionen, vor allem aber eine rasche Abwicklung. Denn nicht immer und laufend gibt es die Möglichkeit, Quellen anzukaufen.

Einige Worte vielleicht noch zum Zustand der Wasserversorgungsanlagen insgesamt. Es mag schon sein, daß es da und dort Unzulänglichkeiten gibt, aber der Großteil wurde verantwortungsbewußt von den Gemeinden und auch von den Genossenschaften hergestellt, wobei man sagen muß, daß in vielen Bereichen die Wasserversorgungsanlagen sicherlich bereits über 100 Jahre alt sind, aber immer noch funktionstüchtig sind. Ich bin überzeugt davon, daß wir auch auf Beamten- und fachlicher Ebene sicherlich eine großartige Unterstützung haben, in diesem Zusammenhang. Im finanziellen Bereich brauchen wir diese Unterstützung natürlich auch in weiterer Folge.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich darf abschließend sagen: Das Wasser ist besonders wichtig! Es läßt sich nicht vermehren, daher haben wir mit großer Sorgfalt und großer Verantwortung vorzugehen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz das Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wasser ist das höchste Gut oder gehört zum höchsten Gut! Wir haben dieses hohe Gut in unserem Bundesland in hoher Qualität und in ausreichendem Maße vorhanden. Was fehlt, das ist, die Verteilung so zu organisieren, daß dieses hohe Gut in allen Landesteilen gleichermaßen den Menschen zugute kommt.

Ich verstehe daher nicht ganz die Aufregung auch des Herrn Abgeordneten Stangl, daß er einer Sensibilisierung dieses Themas zur heuti-

gen Zeit und vor allem im Lichte der Ereignisse der letzten Wochen und Monate so massiv entgegentritt, vor allem im Wissen der Versorgungsengpässe im unteren Land, im Lavanttal. Betrachten wir diese Diskussion, diese Initiative heute doch als einen Startschuß für eine intensive Diskussion, die auch das alles berücksichtigt, was Sie hier heraußen eingefordert haben: so auch die Solidarität derer, die in Überfließbereichen leben; so aber auch aufgebaut auf einem rechtlichen Konstrukt, einer Gesellschaft, die in Kärnten die Verteilung dieses hochwertigen Gutes Wasser für alle Kärntnerinnen und Kärntner in gleichem Maße ermöglicht.

Sehr geschätzte Damen und Herren! Wenn hier der Herr Abgeordnete Lutschounig heraußen steht und von Säumigkeit spricht, dann möchte ich erinnern: Hätten wir im Lavanttal zu Beginn der 90er Jahre ähnlich gehandelt oder so gehandelt, wie es vor allem die FPÖ und auch Teile der ÖVP betrieben haben, die gegen die Wasserschiene massiv aufgetreten sind, dann würde Wolfsberg seit Wochen im Trockenen liegen, *(Abg. Lutschounig: Seid's eh trocken!)* dann würde Wolfsberg und das Lavanttal im Trockenen liegen. Geschätzte Damen und Herren, das soviel zum Vorwurf der Säumigkeit! Und was die Preissituation anbelangt, geschätzte Damen und Herren, so darf ich doch erinnern, daß dieses großartige Projekt, zukunftsweisende Projekt nicht dazu geführt hat, daß die Lavanttaler jenseits von Gut und Böse mit den Preisen liegen, sondern mit den Anschlußgebühren und auch mit den Wasserverbrauchsgebühren unter dem Kärntner Durchschnitt liegen. *(Zwischenruf vom Abg. Lutschounig)*

Dieser Antrag, dieser Auftrag unseres Landesrates diese Studie zu erstellen, dieses Gutachten zu erstellen, sollte von uns aufgenommen werden als Chance, als Startschuß für eine breite Diskussion, um in Kärnten unser höchstes Gut, unser Wasser, das wir haben, gerecht zu verteilen für alle Landesteile. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor. Ich komme

Dipl.-Ing. Freunschlag

zur Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand! - Das ist nicht die erforderliche Mehrheit, da die SPÖ und die ÖVP gegen die Stimmen der FPÖ für die Dringlichkeit gestimmt haben. (*Abg. Koncilia: Mußt halt noch ein Jahr warten! - Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion*) Ich hoffe, daß mein Überblick richtig liegt. Ich weise diesen Antrag und den Zusatzantrag, der eingebracht wurde, dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zu.

(*Anm.: siehe Wortmeldung Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag S. 4982!*)

Ich bitte um den Bericht des weiteren Einlaufes!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

Betreff "Sicherung der Trinkwasserversorgung", der nächste Dringlichkeitsantrag; Antragsteller Klubobmann Dr. Strutz, Dipl.-Ing. Freunschlag, Dipl.-Ing. Gallo und Stangl.

2. Ldtgs.Zl. 53-8/28:**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Sicherung der Trinkwasserversorgung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag ein mit allen Gemeinden akkordiertes Maßnahmenpaket samt Finanzierungsvoraussetzungen vorzulegen, durch welches die Trinkwasserversorgung in Kärnten für die Zukunft gesichert wird und womit gleichzeitig leistbare, d. h. sozial verträgliche Wassergebühren für die Konsumenten garantiert werden.

(*Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Schwager das Wort.*)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt ist Gelegenheit im Hause ... Sehr geehrter Herr Präsident, selbstverständlich auch! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, jetzt ist Gelegen-

heit im Hause, wer sich Sorgen macht um das Trinkwasser in Kärnten, dem Rechnung zu tragen und einem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben, der die Sache dort hinholt, wo sie hingehört, nämlich die Einbeziehung der Kärntner Gemeinden. (*Zwischenruf aus der SPÖ-Fraktion*) Steht nirgends drinnen im SPÖ-Dringlichkeitsantrag.

Bei unserem Antrag ist das eine wesentliche Angelegenheit, weil unser Antrag lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag ein mit allen Gemeinden akkordiertes Maßnahmenpaket samt Finanzierungsvoraussetzungen vorzulegen, durch welche die Trinkwasserversorgung in Kärnten für die Zukunft gesichert wird und womit gleichzeitig leistbar, das heißt sozial verträgliche Wassergebühren für die Konsumenten garantiert werden.

Also das - glaube ich - beinhaltet alles, was wir wollen. (*Abg. Dr. Wutte: Ja, was ihr wollt's!*) Ich muß eingangs sagen, daß natürlich die Sorge bei der Trinkwasserversorgung in Kärnten besonders in der Zeit jetzt über diesen Winter 2001/2002, wo wenig Niederschläge waren, tatsächlich da und dort Probleme bezüglich der Trinkwasserversorgung aufgetreten sind. Wobei ich aber auch nicht diesen biblischen Weissagen der Frau Cernic anheim fallen möchte, daß es längere Trockenperioden in Kärnten geben wird. Weil in der Natur ist das so, manchmal gibt es zuviel Niederschläge und manchmal eben zuwenig, aber im Prinzip wird sich das dann auch irgendwie wieder ausgleichen. Eines möchte ich schon anführen. Wobei eines genau zu prüfen ist - und es haben das ja meine Vordner der Freiheitlichen Partei zum Dringlichkeitsantrag der SPÖ bereits gesagt -, ob diese große Trinkwasserschiene durch Kärnten, die natürlich sehr aufwendig gebaut wird, ob da Kosten und Nutzen abgewogen werden. Ich bin nicht der Meinung, daß in Kärnten - gibt es vielleicht nicht in jeder Gemeinde - aber durchgehend von Westkärnten bis Ostkärnten genügend Trinkwasserressourcen und genügend Quellen gibt, wobei auf eines hinzuweisen ist, daß zu prüfen ist, daß die Möglichkeiten bestehen, was nicht immer der Fall ist vom Gesetz her, daß die öffentliche Hand auch zu den Quellen, zu den vorhandenen Quellen kommt und daß die nicht Spekulanten anheim fallen, die mit dem guten

Schwager

Kärntner Wasser große Geschäfte machen wollen. Das möchte ich auch noch da wissen.

Als Vertreter der Kärntner Gemeinden und des Kärntner Gemeindebundes ist mir eines schon wichtig, daß man vehement fordert, daß die Kärntner Gemeinden, die ja zuständig sind für die Trinkwasserversorgung, bei so einer großen Sache selbstverständlich wesentlich mitzureden haben, wenn nicht überhaupt das Hauptwort haben werden und wir, die Landesregierung sprich der Kärntner Landtag da unterstützend dabei sein sollen und da und dort, wenn es bei den Finanzen fehlt, auch da mitfinanzieren sollen und das koordinieren sollen, daß es tatsächlich keine Gemeinde mehr geben soll in Kärnten, wo die Bevölkerung unter Trinkwassernot leidet.

Jetzt wurde auch von den privaten, also negativ angeführt privaten Trinkwasserversorgungsanlagen gesprochen, Ich kenne eine Reihe solcher. Ich selber bin auch Obmann einer privaten Trinkwasserversorgung in Radlach, eine kleine Ortschaft und eine neue Anlage und trotz Wartung sind wir günstiger als die Gemeindewasserleitung. Das muß ich auch sagen. Wenn das ordentlich gemacht wird, dann steht dem auch nichts entgegen, daß private Genossenschaften sich die Trinkwasserversorgung selber schaffen. Noch dazu meistens ohne Subvention - außer eine kleine Gemeindesubventionierung - hat es überhaupt keine Subvention zu dem gegeben.

Das möchte ich auch noch einmal wissen vom Landesrat Schiller, wie das überhaupt gedacht ist in Zukunft beim Bau von Trinkwasseranlagen, wie das mit der Förderung ausschaut. Wenn man 50 Prozent, das wurde ja schon angesprochen, für eine große Trinkwasserschiene von der öffentlichen Hand fördert und dann nur zehn bis 15 Prozent die Konsumenten kriegen. *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluß zu kommen!)*

Also ich werbe darum, daß Sie diesem freiheitlichen Dringlichkeitsantrag "Sicherung der Trinkwasserversorgung" zustimmen. Des weiteren haben wir noch einen Antrag zur Geschäftsordnung, daß die Abhaltung einer Enquete "Sicherstellung der Trinkwasserversorgung bei leistbaren, das heißt sozial verträglichen Wassergebühren" ... Das wollen wir auch noch abgehalten haben, weil es ist gescheitert, wenn man ein paar Wochen so ein großes Thema und ein

ganz Kärnten betreffendes Thema diskutiert. *(Vorsitzender: Bitte zum Schluß zu kommen, Herr Abgeordneter!)* und dann zur Tat schreitet. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Unterrieder das Wort.)

Abgeordneter **Unterrieder** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Irgendwie stimmt mich das Ganze heute sehr traurig. Das Thema "Wasser" ist ein Thema, was die Kärntner Bevölkerung sehr bewegt und vor allem ein Thema, das wir jetzt in der Praxis miterlebt haben, wie wichtig es ist, daß gewisse Vorkehrungen getroffen worden sind, damit man den Menschen, die selber nicht so viel an Wasser zur Verfügung haben, überhaupt ein Wasser hat liefern können. Und jetzt da heraußen und im Zusammenhang mit dem freiheitlichen Dringlichkeitsantrag versuchen die Antragsteller für die heutige Sonderlandtagssitzung links zu überholen, in dem Fall rechts zu überholen - *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wir waren schon vorne! Adi, wir waren schon immer vorne!)* von mir aus, aus eurer Sicht - da muß ich sagen, da gehört schon viel dazu. Und das auf die Schiene aufzuhängen, daß es um die Preisgestaltung geht.

Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus! Sie können sicher sein, die sozialdemokratische Fraktion hat eigentlich heute mit großer Hoffnung diesen Sonderlandtag beantragt, um eben in der Sache selbst weiter zu kommen. Weil das ist kein Thema, das sich politisch groß eignet Kleingeld zu machen. Das ist kein Thema! Wenn ich denke, wie oft seitens der freiheitlichen Partei diskutiert worden ist, wenn es gepaßt hat, daß die Europäische Union die Absicht hat, die finstere, das Wasser bei uns eben in Anspruch zu nehmen, wobei aber überhaupt keine Intentionen in die Richtung waren, sondern in der Europäischen Union die Diskussion dahingehend genauso stattgefunden hat, daß man schaut, wie kann man in Europa zum Beispiel Menschen mit Wasser versorgen. Und wir reden hier von Kärnten. Wir reden hier von Kärnten und der Referent hat hier Vorarbeiten geleistet mit seinen Fachbeamten. Wir sind hier auf einem guten Weg. Und ich bin selbst Zeit-

Unterrieder

zeuge als Mitglied damals in der KELAG als Aufsichtsrat, wie man versucht hat, den ersten Schritt in eine Richtung zu setzen, daß man eine Wasserversorgungsschiene zustande bringt im Rahmen dieser KWG (Kärntner Wasserversorgungsgesellschaft). Es will niemand jemanden etwas wegnehmen. Nur wir sollten in unserem Lande alles dazu beitragen auch mit öffentlichen Mitteln, daß man erstens durch Bereitstellung von Geld nicht das über Gebühren allein zu finanzieren hat, daß wir Wasser in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung haben und auch verteilen können, wenn es erforderlich ist und wenn längere Trockenheit ist. Und ich muß sagen, das ist eigentlich die Intention. Und wenn man schon alles in einem Ausschuß zu behandeln hat, wir werden den ÖVP-Zusatzantrag, der das unterstreicht, was ich jetzt gesagt habe, ... Wir wollen doch nicht Gebührenerhöhungen oder was sondern wir wollen Wasser für die Kärntnerinnen und Kärntner zur Verfügung stellen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Und Herr Kollege Gallo, es gibt auch die Möglichkeit, daß wenn jemand von einer anderen Partei kommt, ob das die ÖVP ist oder die SPÖ, wenn diese Parteien etwas beantragen, kann es ja auch einmal vielleicht gescheit sein. Es ist ja nicht alles gescheit was du sagst. Oder? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das habe ich nie behauptet!)* Das möchte ich auch einmal von diesem Rednerpult aus feststellen. Ich muß sagen, ich bin dafür, daß wir auch diesen Antrag, nachdem alles im Ausschuß behandelt wird, sehr rasch dann mitbehandeln, und daß wir schauen in der Sache selbst weiter zu kommen. Die Bevölkerung erwartet von uns, daß wir nicht ständig Kasperltheater spielen, wer wo was früher eingebracht hat. *(Abg. Dr. Strutz: Nimm dich bei der Nase!)* Die Menschen in unserem Lande wollen Wasser haben, auch in einer Zeit wo es wenig Regen und Niederschläge gibt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. KO Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist ja zum Sachlichen alles gesagt. Ich möchte nur auch unsererseits klarmachen, daß wir doch für gewisse

Spielregeln auch hier im Hohen Haus und für gewisse - möchte ich sagen - Anstandsregeln eintreten, was die politische Kultur betrifft. Ich glaube, wenn es eine Fraktion zum Thema macht, ob das jetzt das Wasserthema ist oder ein anderes ist, ist völlig zweitrangig, daß es dann hier auch unbenommen ist Anträge einzubringen und daß, wenn man einen Konsens bereits bekundet, daß man ihn dann auch möglichst mitträgt und vor allem mitverantwortet.

Wir haben daher dem Dringlichkeitsantrag der SPÖ gerne die Zustimmung gegeben und haben aber inhaltlich einiges angereichert, weil wir meinen, er hat zwei Schwachpunkte gehabt, nämlich einerseits es war nicht drinnen, daß die Gemeinden Mitspracherechte haben und zweitens, daß eine Gebührenerhöhung wirklich ausgeschlossen ist. Daher haben wir gesagt, okay wir geben dem grünes Licht und fordern in unserem Zusatzantrag das, worauf es uns ankommt und wir hätten eine gemeinsame gute Sache bewirkt. Das, was sich jetzt wieder einmal abspielt, wieder einmal, nicht das erste Mal, meine Damen und Herren, das ist politischer Zynismus, wie er nicht zu überbieten ist. Die freiheitliche Fraktion sagt "Nein" zum Dringlichkeitsantrag. Wortreich wird vorher erklärt, warum alles gescheit ist und warum man alles besser weiß, sagt dann "Nein" zum Dringlichkeitsantrag - ist eine Prinzipienfrage - und bringt dann - wenige Minuten später, nachdem der eingebracht ist - einen ähnlich geschriebenen, textierten ein, der ist dann gut, weil da ist ein "F" vorne oben und das kann dann gehen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich nur deswegen zu Wort gemeldet, um das auch einmal sagen zu können, daß das nicht der Weg ist, wie wir in dem Land weiterkommen. Es ist wirklich zweitrangig, von welcher Seite ein Antrag kommt, wenn er nur gescheit ist. Und da sollte man auch einmal über den eigenen Schatten springen können und sagen, das ist vernünftig, wir haben die und die Ergänzungswünsche, dann machen wir das und beschließen wir das da in Gemeinsamkeit. Aber zu sagen: "Nein", bei euren stimmen wir dagegen, da kriegt ihr keine Mehrheit und flugs mit der anderen Hand wird ein gleichlautender geschrieben und eingebracht und da sucht man dann krampfhaft um eine Zustimmung. So ist es - glaube ich - nicht besonders schön und auch nicht zielführend. Daher

Dr. Wutte

wird aus diesem prinzipiellen Grund dieser Antrag von uns abgelehnt. Wir werden ihn im Ausschuß genauso behandeln wie den SPÖ-Antrag, den wir leider nicht mit Mehrheit durchbringen konnten. Danke! (*Beifall von der ÖVP- und SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist nicht die ... Wir werden schauen: Zwei, vier, sechs, acht und sieben ist fünfzehn. Das ist natürlich nicht die Zweidrittelmehrheit. Damit weise ich auch diesen Antrag dem Finanz- und Wirtschaftsausschuß zu. Ich möchte festhalten, daß ich den Zusatzantrag nicht zuweisen kann, sondern er ist neu zu stellen; bei den Beratungen im Ausschuß, bitte!

Darüber hinaus möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, daß ich gemeinsam mit dem zuständigen Referenten in der Landesregierung eine große Wasserenquête durchführen werde, wo wir dieses Thema einen Tag lang breit behandeln werden. Ich möchte bitten, daß sich dafür einen Tag lang Fachreferenten dort zur Verfügung stellen und daß wir die anhören. Es hat in den anderen Bundesländern (Salzburg, Oberösterreich und in weiteren) bereits solche große Enqueten gegeben. Ich werde das mit Landesrat Schiller gemeinsam vorbereiten. Ich glaube, das ist auch ein wesentlicher Beitrag, daß wir dieses wichtige Thema emotionsloser behandeln, wie heute hier vielleicht das eine oder andere geschehen ist.

Ich bitte den Schriftführer um die weitere Mitteilung über den Einlauf!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

3. Ldtgs.Zl. 588-1/28:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend den ORF-Bericht über Kärntner Partisanen

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

1. Der Kärntner Landtag distanziert sich vom Inhalt der am 19. April 2002 in der ORF-Reihe "Im Brennpunkt" ausgestrahlten Dokumentation "Die Kärntner Partisanen".
2. Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem ORF sicherzustellen, daß der ORF als Wiedergutmachung für die bei der ausgestrahlten Dokumentation "Die Kärntner Partisanen" verletzte Objektivität eine objektive Berichterstattung über die Kärntner Geschichte unter der Federführung eines allgemein anerkannten Journalisten ermöglicht.

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit hat sich Herr Abgeordneter Jost gemeldet. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die bekannte Kärntner Schriftstellerin Ingeborg Bachmann hat einmal gesagt: "Wahrheit ist zumutbar." Nach 57 Jahren, meine Damen und Herren, muß es auch für alle zumutbar sein, die verschiedenen Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Tätigkeit der Partisanen auch richtig vorzunehmen.

Was diesem erwähnten Bericht des ORFs anzulasten ist: daß er ein ganz wesentliches Detail der Tätigkeit der Partisanen in Kärnten ausgeklammert hat. Es ist unhaltbar und es ist mit dem Begriff "Wahrheit" in keiner Weise vereinbar, wenn man in einem Bericht unterschwellig die Meinung transportiert, daß das schwierige Verhältnis der Kärntner Öffentlichkeit gegenüber den Kärntner Partisanen nur dadurch zu erklären ist, daß es in Kärnten lauter ewig Gestrige gibt, die nichts dazugelernt haben. Das ist der Eindruck, den dieser Bericht erweckt hat.

Der Grund, warum viele Kärntner doch ein schwieriges Verhältnis zu den Partisanen haben, liegt nämlich in den ersten Nachkriegstagen begründet. Wenn über 150 Kärntner, darunter Frauen, die also wirklich nichts mit dem Nazire-

Jost

gime zu tun gehabt haben, verschleppt werden, grausam mißhandelt werden und ermordet werden, dann kann man sich vorstellen, daß diese Handlungen auch eine nachhaltige Wirkung auf die Kärntner Öffentlichkeit haben. Aus meiner Sicht - und davon bin ich überzeugt - liegt der Grund eben darin, daß die Kärntner Öffentlichkeit ein schwieriges Verhältnis zur Tätigkeit der Partisanen hat, in diesem Terror der Nachkriegstage, der durch nichts zu verteidigen ist. Hier wurden unschuldige Menschen zu einem Zeitpunkt verletzt, und alle Menschenrechte von ihnen wurden mit Füßen getreten, als der Krieg vorbei war und als man das Kriegsrecht dafür nicht verantwortlich machen konnte.

Ich sage aber hier ausdrücklich dazu: Diese Haltung auch zur Geschichte der Kärntner Partisanen hat nichts mit der Zeit davor zu tun. Die Verbrechen, die in der Nazizeit passiert sind, sind genauso schrecklich und genauso zu verabscheuen wie eben auch die Verbrechen in den Nachkriegstagen!

Dieses differenzierte Bild der Geschichte, das hat man in dem ORF-Bericht einfach nicht transportiert. Man kann von einer öffentlich-rechtlichen Anstalt - die auch mit Zwangsgebühren, mit Gebühren, die die Konsumenten bezahlen müssen, finanziert werden - doch erwarten, daß ein ausgewogenes Geschichtsbild vermittelt wird, in dem nichts verschwiegen wird; nicht verschwiegen wird von den Verdiensten, die man auch der Tätigkeit der Partisanen zubilligen muß und die an dieser Stelle auch gewürdigt werden sollten. Es gibt aber eben die zweite Seite, daß auch Verbrechen geschehen sind, die man nicht verschweigen kann, geschweige denn, entschuldigen kann!

So gesehen, hat der ORF (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) auch eine Bringschuld, daß er auch diesen Teil der Kärntner Geschichte hier ordnungsgemäß darstellt und auch diese Seite beleuchtet. Dann wird es auch ein allgemeines Verständnis für die jüngste Geschichte geben. Es ist ja wohl Aufgabe auch einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, hier einen Beitrag für die Erhellung aller geschichtlichen Umstände zu leisten.

Was an dem Bericht noch auszusetzen ist, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) das ist,

daß geschichtliche Fakten auch verschwiegen wurden im Zusammenhang mit dem Massaker vom Perschmannhof, daß das ganze Minderheitenschulwesen - das europaweit vorzeigbar ist - auch in einen unhaltbaren Zusammenhang gesetzt wurde. So gesehen ist der Aufruf des Landtages (*Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) berechtigt, daß der ORF hier auch (*Vorsitzender: Ich bitte, zum Schluß zu kommen!*) eine Korrektur in Form eines weiteren Berichtes vornimmt. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter Lutschounig (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich glaube, jene, die diesen Beitrag gesehen haben, wissen, daß in diesem Beitrag zumindest vielleicht die Absicht des ORFs erkennbar war, Vergangenheitsbewältigung vorzunehmen. Ich muß aber sagen, daß dieser Versuch als gescheitert zu bezeichnen ist, denn man kann eine Dokumentation nicht so einseitig darstellen, wie es in diesem Beitrag geschehen ist. Ich glaube, wenn man diese Bewältigung tatsächlich in Angriff nimmt, dann muß man die Fakten, die Dokumente auf beiden Seiten sehen! Man muß die Leute, die Menschen, die Betroffenen von beiden Seiten hören. In diesem Zusammenhang wären auch jene Betroffenen zu hören, die die Verschleppten aus den Nachkriegsjahren zu verzeichnen hatten. Verwandte und Bekannte aus diesen Regionen hätte man auch zu Wort kommen lassen müssen, damit man hier ein objektives Bild wiedergegeben hätte. Das ist leider Gottes nicht passiert! Ich glaube, daß der ORF mit diesem Beitrag keinen guten Dienst im Zusammenleben mit der Minderheit im Südkärntner Raum geleistet hat.

Wir schließen uns daher diesem Dringlichkeitsantrag an, geben ihm auch die Dringlichkeit und auch vom Inhalt her, daß man in Zukunft alles versuchen sollte, wenn Beiträge des ORFs Wien hier gemacht werden, daß man objektiv alle interviewt, alle zu Wort kommen läßt - nicht aber eine einseitige Dokumentation im Raum stehen läßt, denn das ist eine Verfälschung der Tatsachen, die nicht dem in Kärnten entspricht,

Lutschounig

was in Kärnten die jüngste Geschichte ist - die sehr viel im Dunkeln zu verbergen hatte - und jedenfalls nicht zur Aufarbeitung dient. In diesem Sinne, wie gesagt, wird die ÖVP der Dringlichkeit hier die Zustimmung geben! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich möchte vorwegschicken, daß eine Einbeziehung auch der dramatischen Ereignisse der Verschleppung die Qualität dieses Beitrages zweifelsohne erhöht hätte. Ich sehe aber gleichzeitig ein Dilemma, 60 bis 57 Jahre nach Geschehnissen, ein Aufrechnen von Opfern sowie politische Implikationen zum damaligen Zeitpunkt von heutiger Sicht aus alleine zu bewerten. Krieg ist grausam, meine Damen und Herren! Daher denke ich, auch im Sinne dessen, was wir heute bereits an anderer Stelle diskutiert haben, daß die Lehre daraus eigentlich sein sollte, friedenssichernde Maßnahmen und vertrauensbildende Maßnahmen zu stärken. Ich verweise nur auf Möglichkeiten, wie sie heute auch die Europäische Union als ein Staatenbund dazu bietet.

Kollege Jost hat gesagt, im Zitat Ingeborg Bachmann: "Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar." Das stimmt. Ich möchte hier an dieser Stelle sagen, daß wir auch im eigenen Bereich einmal anwenden sollten, in welcher Darstellungsform bisher der Kärntner Partisanenkrieg bewertet wurde. Viel zu selten hat man das auch herangezogen. Kollege Jost hat das gesagt - und das rechne ich ihm hoch an! -, daß auch dieser Partisanenkrieg bei den Verhandlungen zum Staatsvertrag, aber auch bei der Festlegung dessen, daß Österreich erstes Opfer der Aggression Hitler-Deutschlands war, eine sehr entscheidende Rolle gespielt hat.

Meine Damen und Herren! Es ist hier auch das Beispiel des Perschmannhofes angeführt worden. Jene, die einmal die Gelegenheit hatten, sich das Museum anzuschauen, werden wissen, daß der Familienvater aus dem Bereich eigentlich als Angehöriger der Deutschen Wehrmacht zurückgekommen ist und dort dann dem Greuel

zum Opfer gefallen ist. Ich möchte daher, meine Damen und Herren, auch eines darstellen: Man sollte auch das Positive aus diesem Beitrag ziehen, daß es ein Beitrag dazu war, der auch zu einer etwas differenzierteren Betrachtung der Tätigkeiten, aber vor allem der für die Zukunft wirkenden, der damaligen Zukunft wirkenden Bevölkerung und damit Bewertung geführt hat.

Ich möchte zum Schluß kommen. Wovor ich mich schon verwehre, das ist, daß wir zweierlei machen: Das eine ist, daß wir auch auf dem Rücken einer vielleicht journalistisch nicht ganz geglückten Sendung versuchen, Politik innerhalb des Österreichischen Rundfunks zu machen. Zumindestens veranlaßt mit eine heutige Aussendung der Freiheitlichen Partei dazu, für die aufgrund dieser Sendungsverantwortlichkeit ein ORF-Mitarbeiter, nämlich Werner Mück, als ORF-Chefredakteur unzumutbar und untragbar sei. Meine Damen und Herren! Wenn das zu einem früheren Zeitpunkt passiert wäre: Weiß ich, welches Schlagwort hier im Hohen Haus gegeistert wäre?! Es hätte so etwas ähnliches wie "Rotfunk" bedeutet. Daß beides gleichzeitig jetzt mit einer scheinbaren Auseinandersetzung hinsichtlich Personalfragen zwischen FPÖ und der neuen Generalintendantin zusammenhängt, mag Zufall sein. Jedenfalls möchte ich nicht, daß der Kärntner Landtag in den Geruch kommt, sich hier in dieser Sache einzumischen.

Letzter Satz und letzte Bemerkung: Ich glaube, daß jeder Landtag gut beraten ist, sich nicht selbst in der Rolle der obersten Hörer- und Sehervertretung zu sehen, denn dafür gibt es andere gesetzliche Voraussetzungen. Die SPÖ wird aus den gesagten Gründen der Dringlichkeit nicht die Zustimmung geben! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit zu diesem Antrag. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! - Der Dringlichkeit wurde zugestimmt, indem die Freiheitlichen und die ÖVP-Fraktion mit "ja" gestimmt haben - die SPÖ dagegen. Ich komme zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer mit die-

Dipl.-Ing. Freunschlag

sem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist ebenfalls mit Mehrheit, mit den Stimmen von FPÖ und ÖVP - gegen die Stimmen der SPÖ -, so beschlossen!

Meine Damen und Herren! Damit ist der Dringlichkeitsantrag behandelt. Ich bitte um die Verlesung weiterer Anträge!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

4. Ldtgs.Zl. 140-13/28:**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Verlauf der Trasse der Eisenbahn-Hochleistungsstrecken AG im Zentralraum Klagenfurt**

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landesverkehrsreferent wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem seinerzeitigen Landesverkehrsreferenten und nunmehrigen Bundesminister Reichhold umgehend dafür zu sorgen, daß die künftige Trasse der Eisenbahn-Hochleistungsstraßen AG im Zentralraum raschest festgelegt wird.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Schober das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Werter Herr Präsident! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! An sich müßte das eigentlich kein Thema mehr sein, hätten nicht politische Aussagen in der Vergangenheit hier für Verwirrung, Verunsicherung und zum Teil auch für Empörung gesorgt.

Man weiß, daß es jahrelange Bestrebungen der Planungsgruppe der HL-AG gegeben hat. Es wurde gute Arbeit auf höchster Qualitätsstufe geleistet, wo vor allem die Bevölkerung miteingebunden war. So wie es die HL-AG in allen Bereichen ja gut pflegt, weil es sich doch um einen sehr sensiblen Bereich handelt. Wie wir wissen, ist der Kärntner Zentralraum ein Balungszentrum in mehrerer Hinsicht, einerseits in wirtschaftlicher Hinsicht, in land- und forstwirtschaftlicher Hinsicht aber auch Gewerbe und Industrie sind in diesem Bereich vertreten. Und

deshalb sind bei diesen Planungen alle Begebenheiten einer modernen Verkehrsinfrastruktur einzuplanen gewesen, aber auch die Berücksichtigung der touristischen Interessen national und international wurden auch in diese Bedingen miteingebracht. Und das Wissen, daß die HL-AG sozusagen an der Grenze - von Italien her gesehen - steht und es unter allen Umständen so rasch wie möglich eine Verbindung durch den Kärntner Zentralraum geben muß, war der Kernpunkt der Arbeit, die die Planungsgruppe erstellt hat. Das wurde dann letztendlich auch in der 44. Sitzung der Kärntner Landesregierung zum Beschluß erhoben und ich zitiere daraus. "Daß die Belastungen weitestgehend zu vermindern sind sowie gleichzeitig die regionalen und die lokalen Vorteile bestmöglichst genützt werden sollen, und daß die künftigen Planungen ohne Vorbedingungen - und das ist ein Schwerpunkt - erfolgen können. Die Aufrechterhaltung des Bestandes ist für die Landesregierung dabei keine Bedingung." Das ist auch einer der wesentlichen Punkte. Das - wie gesagt - war am 20.02.2001.

Die Bevölkerung vor allem des Wörther See Raumes war aber überrascht, als ein Schreiben des Bundesministeriums für Innovation und Technologie, damals unter der Vorsitzenden Frau Bundesminister Dipl.-Ing. Forstinger, die HL-AG erreicht hat, wo von diesem ursprünglichen Beschluß abgegangen wurde. In diesem Schreiben heißt es, daß die Neubaustrecke für 116 km/h geeignet sein muß, jedoch nach möglicher Nutzung der Bestandsstrecke und das ist der Kernpunkt. Ursprünglich wurde davon abgegangen die Bestandsstrecke zu nutzen und jetzt kam der Auftrag diese Bestandsstrecke wieder in die Planung miteinzubeziehen. Man muß wissen, daß es derzeit schon an die 150 Züge in 24 Stunden in diesem ... *(Abg. Dr. Wutte: 181!)* Ja, an die 150 - ich danke für die genaue Zahl - gibt. Und wir meinen, nachdem sowohl bei den Planungen als auch beim Beschluß der Kärntner Landesregierung der damalige Verkehrsreferent Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold mitgewirkt hat, der nunmehr der zuständige Bundesminister ist, nachdem die Zeit ja drängt ... Denn, wenn wir den Generalverkehrsplan hernehmen, der besagt, daß mit 2012 der Baubeginn stattzufinden hat und die Planungen unter diesen Umständen auf

Schober

alle Fälle bis 2005 abgeschlossen werden sollen, meinen wir, daß hier raschest Aufklärung durch den Bundesminister Reichhold zu erfolgen hat, damit die Bevölkerung weiß, wie sie dran ist. Ich danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Wutte das Wort.)

Abgeordneter **Dr. Wutte** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist also tatsächlich so, wie es der Kollege Schober geschildert hat, daß die Verkehrsbelastung im Zentralraum insbesondere im Wörther See Gebiet dramatisch zugenommen hat und die Gefahr besteht, daß es noch weiter eskaliert. Wir haben derzeit eben 181 Züge pro Tag zu vermelden und wenn man den Ausblick für 2005 - also die nächsten drei Jahre - ansieht, dann muß man mit etwa 280 Zügen, also einer Zunahme der Frequenz um 50 Prozent rechnen. Insbesondere im Gütertransport wird es eine dramatische Zunahme des Eisenbahnverkehrs geben, die insbesondere auch aufgrund der Öffnung der Ostmärkte zu verzeichnen sein wird.

Nun ist es so, daß wir bei der Korridor-Entscheidung im Lande Kärnten gemeinsam gesagt haben, es soll aus den fünf Varianten, die zur Diskussion gestanden sind, jene genommen werden durch den Zentralraum, die die kürzeste ist, wirtschaftlich vertretbar ist und auch eine Entlastung bringt und zwar insofern, daß man gesagt hat, es kann nur dann eine Zustimmung zur Wörther-See-Trasse geben, wenn die Bestandsstrecke aufgelöst wird. Das heißt, daß sie möglicherweise für einen regionalen Bummelzug zwischen zwei Ortschaften oder für eine Tourismusattraktion noch geeignet ist, aber jedenfalls nicht für die Hauptlast einer Hochleistungsstrecke. Das kann es nicht sein. Und wir waren einige, ich war auch darunter, die schon damals gewarnt haben und gesagt haben, wir müssen sehr aufpassen bei dem Ausscheiden anderer Varianten insbesondere jener, die über den Ossiacher Tauern als Korridor vorgesehen war, daß wir nicht "Ja" sagen zur Strecke an den Wörther See durch Klagenfurt, zentral durch den Wörther See, weil die Angst bestanden hat und die Furcht auch nicht zu Unrecht besteht, daß dann irgend jemand hergeht und sagt, aus Kostengründen

müssen wir die Bestandsstrecke soweit wie möglich nutzen.

Ich kann mich sehr gut erinnern, das ist vor etwa drei Jahren gewesen, nein vier Jahre werden es her sein, wo wir im Spiegelsaal der Kärntner Landesregierung mit den Ergebnissen dieser Expertengruppe und auch mit den Ergebnissen dieses Hearingverfahrens in der Planungsgruppe konfrontiert waren. Ich bin damals neben dem damaligen Verkehrsreferenten des Landes Ing. Reichhold gesessen. Wir waren uns relativ geschwind einig und haben gesagt, eigentlich wäre es gescheit, wir bauen oder wir gehen in Richtung der Trasse am Ossiacher Tauern und haben dort eigentlich auch gemeint ... *(Heiterkeit beim Vorsitzenden)* Das wird wahrscheinlich auf Intervention des Präsidenten, der jetzt gerade gelacht hat, gescheitert sein. *(Vorsitzender 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Wohl, ich war ja dafür!)* Weil du jetzt gerade gelacht hast. Wahrscheinlich hast du dem Hias Reichhold eingeredet, daß es der falsche Weg ist. *(Heiterkeit beim Redner)* Aber Reichhold war damals auch schon der Meinung und wir alle, daß wir gesagt haben, das wäre die Möglichkeit, einen neuen Wirtschaftsraum oder einen Wirtschaftsraum neu und zusätzlich zu erschließen *(Vorsitzender 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Ist auch meine Meinung!)* und dort auch die Möglichkeit der Entlastung des Wörther See Gebietes aber auch des Tourismusgebietes Ossiacher See zusammenzubringen. Weil es war ja auch dort die Rede davon, *(Vorsitzender 1. Präs. Dipl.-Ing. Freunschlag: Meine Meinung!)* das nicht am Bestand zu führen, sondern im Tauernbereich drinnen am Bergkamm, so daß man auch dort eine Entlastung beider Tourismusgebiete erreicht hätte. Es hat dann massive andere Bestrebungen gegeben und wir haben letztlich dieser Entscheidung - glaube ich aus allen Parteien - nur deswegen zugestimmt, das durch den Zentralraum Wörther See zu führen, mit der wirklichen Auflage und mit der hundertprozentigen Voraussetzung, daß die Bestandsstrecke nicht zur Verwendung kommt. Jetzt hat die Verordnung des Ministeriums - ich weiß nicht ob das Schmied war oder Forstinger, es ist zu häufiger Wechsel, um das jetzt genau feststellen zu können - die totale Nutzung vorgesehen. Dann hat es einen Aufschrei insbesondere auch von uns in Kärnten gegeben und dann hat es geheißt "weitestge-

Dr. Wutte

hendste Nutzung der Bestandsstrecke". Aber es hat sich im wesentlichen nichts daran geändert.

Unsere Position als Kärntner Volkspartei ist nach wie vor folgende: Wenn dieses grundsätzliche Okay vom Verkehrsministerium nicht kommt, daß man die Bestandsstrecke außer acht läßt, sondern wenn das Verkehrsministerium sagt: Die Planungsvorgabe wird so sein, daß der Bestand zu nutzen ist, da kann ich jetzt schon sagen, dann ist die Trassendiskussion im Raum Kärnten wahrscheinlich neu eröffnet. Weil so wird es nicht gehen! Das wird der Zentralraum nicht aushalten, daß man sagt: "Na ja, wir haben halt leider zuwenig Geld und das ist halt leider so. Ihr habt euch einmal für die Zentralraumtrasse entschieden und das kann man nicht mehr rückgängig machen. Wir haben das Geld nicht und es muß gebaut werden und daher schmeck's, wir fahren durch die Ortschaften, so wie es bisher geschehen ist." Und daher müssen wir als Kärntner Landtag ganz eindeutig sagen, so nicht! Und ich hoffe, daß auch der jetzt zuständige Minister sich an das erinnert, was er als Verkehrsreferent im Lande Kärnten immer wieder gesagt hat, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) sich an das erinnert und das ernst nimmt, daß wir hier gemeinsam einen Schulter-schluß zustande bringen dahingehend, daß es ein deutliches "Nein" gibt für die weitestgehende Nutzung der Bestandsstrecke und ein "Ja" dafür, daß es eine völlige Neutrassierung möglichst bald gibt. Danke! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Auch wenn es den Antragstellern nicht gefallen wird, dieser Antrag ist eine Art Sowiesoantrag, geeignet, höchstens Verunsicherung oder Panikmache zu erzeugen. (*Abg. Unterrieder: Du bist der Gescheiteste von den Gescheiten!*) Auch dann, wenn der Herr Kollege Schober mit Unschuldsmine davon gesprochen hat, daß damit die Bevölkerung sozusagen erfährt, wie genau sie dran sei. (*Abg. Schober: Frag einmal den Hörmann!*) Wir können natürlich jetzt hier hergehen und im Kärntner Landtag die Trasse, de-

ren Grobkorridor feststeht, hin und her verschieben nach rechts, nach links, nach Osten, nach Westen, nach Norden, nach Süden, nach unten, da sind wir schon im Tunnel, auch vielleicht nach oben. Wir werden nichts damit erreichen, denn unser Zugang ist ein anderer. Unser Zugang ist der: die Trassenfestlegung gemeinsam mit den betroffenen Menschen vor Ort. Das dauert etwas, das braucht Zeit. Alles andere wäre ein Durchpeitschen, ein Diktat von oben und dafür stehen wir nicht zur Verfügung. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Ich sage ganz offen, das Ganze ist natürlich jetzt politisch betrachtet in Richtung kommende Gemeinderatswahl zu sehen. Ich sage Ihnen auch ganz offen, wenn Ihnen dazu nicht mehr einfällt als so ein Sowiesoantrag, dann bleiben wir sowieso bei dem, was derzeit geschieht. Auch der neue Herr Verkehrsminister wird sich daran erinnern, was er vorher gesagt hat, (*Abg. Koncilia: A echt!*) nämlich eine Festlegung der Trasse mit den Menschen und nicht gegen die Menschen. Dabei bleibt es und daher keine Dringlichkeit zu diesem Antrag. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident Dipl.-Ing. Freunschlag (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dieser die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, denn die Freiheitliche Fraktion hat diesem Antrag nicht zugestimmt, die SPÖ und die ÖVP wollten die Dringlichkeit haben. Ich weise diesen Antrag dem Bau- und Verkehrsausschuß zu.

Ich bitte den Schriftführer, weiter zu berichten.

Schriftführer Dr. Glantschnig:**5. Ldtgs.Zl. 459-5/28:****Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend finanzielle Mittel für Altenpflegeheime**

Antragsteller sind die Abgeordneten Klubobmann Adam Unterrieder, Gebhart Arbeiter, Alf-

Dr. Glantschnig

red Kollmann und Anita Wulz.

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß im Rahmen eines zum Landesvoranschlag für das Land Kärnten für das Jahr 2002 zu erstellenden Nachtragsvoranschlages 40 Millionen Euro für die Errichtung von Altenpflegeheimen zur Verfügung gestellt werden.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Kollmann das Wort.)

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wir wissen, daß wir aufgrund der demographischen Entwicklung im Jahre 2030 rund ein Drittel Frauen und Männer haben werden, die älter sind als 60 Jahre und damit auch pflegebedürftig. Wir wissen aber auch, daß gerade im gesamten Gesundheitswesen mit der vorzeitigen Entlassung aus den Krankenanstalten, daß man Geriatrieaufenthalte nicht mehr mit Tagsätzen sondern auch in eine Richtung bringen will, daß kostenentlastende Maßnahmen getroffen werden, so daß es unbedingt notwendig sein wird, in naher Zukunft und sehr rasch ein Konzept zu entwickeln, daß Pflegeheime vor Ort - und ich sage das wirklich - bürgernah errichtet werden, daß die Menschen fast in der gewohnten Umgebung auch ein Pflegeheim in Anspruch nehmen können. Ich glaube aber auch, daß gerade wir alle daran arbeiten sollten. Wir diskutieren immer Ausbildung von Pflegehelfern, Altenfachbetreuern, qualifiziertes Personal, diplomiertes Pflegepersonal, daß wir auch - wenn wir das alles bewerkstelligen wollen - auf der anderen Seite nicht nur Pflegebetten errichten, sondern auch der Ausbildung einen großen Stellenwert einräumen, weil sonst werden wir Pflegebetten haben, aber kein qualifiziertes Personal. Daß das auch ganz gleich mithineinfließt und auch gesagt wird. Und ich glaube aber auch, wenn wir die Qualität festschreiben wollen, dann müssen wir auch dafür Sorge tragen. Und ich bin überzeugt davon, daß sich kein Mitglied des Kärntner Landtages dagegen wehren würde, wenn es darum geht, Qualitätskriterien festzulegen, die die Menschenwürde nur heben würden. Ich glaube, daß das jeder Einzelne von uns in den Vorder-

grund seiner politischen Tätigkeit stellt und das auch haben will.

Deshalb glaube ich auch, daß wir den derzeit in den Heimen tätigen Bediensteten, es sind rund 30 % noch Hilfspersonal, eine Besserqualifizierung anheimstellen, daß auch das möglich sein müßte. Das soll im Zuge, wenn man Pflegebetten errichtet, erledigt werden. Das ist wirklich ein Weg, den wir in Zukunft gemeinsam gehen sollten. Ich bin deshalb überzeugt davon, daß die anderen Fraktionen mitgehen und sagen werden: "Selbstverständlich! Wir wollen den Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen." Und dazu brauchen wir auch diese Pflegebetten im Lande Kärnten. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Jost das Wort.)

Abgeordneter **Jost** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Kollmann, Ihre Worte sind zu unterstreichen. Auch wir wollen haben, daß alle Kärntner in Würde altern können und anständige Lebensumstände vorfinden, indem sie ihren Lebensabend genießen können. Allerdings, so wie diese Forderung, die Sie da erhoben haben, daß plötzlich 40 Millionen Euro (das sind über 500 Millionen Schilling) so mir nichts, dir nichts aufstehen sollten? Da frage ich mich wirklich: Wie seriös ist Ihre Politik? Diese Frage wird um so relevanter, wenn man sich vor Augen führt, wie Sie im Sozialbereich agiert haben, als Sie noch federführend die Budgets gemacht haben und als Sie noch die stärkste Partei im Land waren. Die Altenheime in Ihrer Zeit sind nämlich derart vernachlässigt worden, daß wir einen unheimlichen Sanierungsbedarf geerbt haben, zu dem wir uns auch bekennen. Ich möchte Sie nur daran erinnern, *(Zwischenruf des Abg. Kollmann)* daß die meisten Gelder - bitte, ich habe Ihnen zugehört! - im Sozialaufwandsfonds, den wir hier zur Sanierung der bestehenden Altenheime geschaffen haben, dazu verwendet werden müssen, um Heime, die in Ihrer Zeit zu groß gebaut worden sind, nämlich in Völkermarkt und in Wolfsberg, auf einen anständigen und menschenwürdigen Stand zu bringen. So schaut die Realität aus! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

Jost

Ich kann Ihnen klare Zahlen dafür nennen. Sie haben bei Ihrem letzten Budget für die älteren Menschen, die also in den Altenheimen versorgt werden müssen und die selber nicht genug verdienen, 650 Millionen Schilling bereitgestellt. Wissen Sie, wieviel es in diesem Jahr sind? - Knapp 800 Millionen Schilling! Das ist die gewaltigste Steigerung! Die größte Steigerung von allen Budgetposten ist da vorgenommen worden. Ich gebe Ihnen schon recht, daß das vielleicht immer noch zu wenig sein kann. Da gebe ich Ihnen schon recht. Es ist durchaus denkbar, daß man noch mehr Geld hineingibt - aber Sie haben wirklich die geringste Glaubwürdigkeit, hier herauszugehen und zu beklagen, daß es da einen unheimlichen Nachholbedarf gibt! Wir haben einiges versucht, hierfür Mittel bereitzustellen. Es wird weitere Versuche und Kraftanstrengungen geben. Die muß es auch geben. Aber so, wie Sie sich das vorstellen, wird es wohl nicht gehen können, vor allem bedarf es dazu eines anständigen Konzeptes.

Aus diesem Grund kann man der Dringlichkeit wirklich nicht zustimmen - dem Ansinnen als solchem selbstverständlich. Dazu bekennen wir uns auch, jedoch muß das alles mit Augenmaß betrieben werden. Da müssen wir auch einen klaren Stufenplan haben, wie wir unsere Struktur bei den Altenheimen auf einen modernen und vor allem auch einen Stand bringen, der den betroffenen Menschen gerecht wird. Es hat, glaube ich, keinen Sinn, Bettenburgen hinzustellen, sondern es geht um eine ortsnahe Versorgung. Da werden auch intelligente Lösungen in Zukunft gefragt sein.

Ich glaube, Sie leisten auch dem Ansinnen keinen guten Dienst, wenn Sie hier bei jeder Landtagssitzung ich weiß nicht, wieviel Forderungen aufstellen. Für Wasser brauchen wir jetzt eine Milliarde Schilling, für Altenheime brauchen wir über 500 Millionen zusätzlich, für den Kanal brauchen wir noch etwas, für den Sport ... Ja, um Gottes Willen, bei uns sind doch nicht die Dagobert Ducks geboren worden. Irgendwie ersuche ich Sie doch um mehr Seriosität, hier Bedachtnahme auf die finanzielle Situation des Landes (*Vorsitzender: Eine Minute noch!*) zu nehmen. Ich freue mich aber auf die Diskussionen im zuständigen Ausschuß, wo - wie wir gemeint haben - wir hoffentlich gute Lösungen auch für

die älteren Menschen finden werden. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler**
(ÖVP):

Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist ja kein neues Thema. Wir haben hier gerade über diesen Bereich, über den Bereich der Betreuung der älteren Menschen in dem Land, schon wiederholt diskutiert. Tatsache ist, daß die Sicherung und Betreuung und die Pflege der älteren Menschen eine der größten Herausforderungen ist, denen wir uns stellen müssen. Tatsache ist auch, daß es einige Standortbeschlüsse, Beschlüsse in der Regierung gibt, hier im Land, wo nichts weitergeht, wo die Träger verunsichert sind, wo die Gemeinden verunsichert sind, wo die Menschen, die sich darauf verlassen, daß sie dort eine Betreuung irgendwann (in der nächsten Zeit) bekommen, verunsichert sind. Tatsache ist auch, daß die ÖVP bereits vor mehr als einem Jahr gefordert hat und einen entsprechenden Antrag gestellt hat, ein Standortkonzept für all diese Einrichtungen in Kärnten zu erstellen. Das gibt es bisher auch nicht. Ich muß schon sagen, daß hier die zuständige Referentin nach wie vor dieses Gesamtkonzept uns schuldig ist! Hier ist ja auch die extramurale Betreuung und der Ausbau dieses Bereiches mit hereinzudenken. Hier geht es auch um die Kurzzeitpflegebetten, die wir dringend brauchen, die beide Bereiche letztlich auch entlasten; die vor allem aber auch die Familien entlasten und den älteren Menschen die Sorge nehmen, wie sie ihren Lebensabend verbringen werden.

Ich muß schon sagen: Wir wollen dezentrale Einrichtungen draußen in den Gemeinden, vor Ort, weil sie menschlicher sind; weil sie wirtschaftlicher zu führen sind; weil die Menschen dort bleiben können, wo sie zu Hause sind und weil der Kontakt zu den Familien dadurch besser möglich ist und weil auch die Gemeinden damit entsprechend gestärkt werden.

Du hast recht, Herr Kollege Jost! 400 Millionen Euro, das ist wirklich ganz schön viel Geld. Das

Mag. Scheucher-Pichler

sehe ich auch so - nur, ich muß schon auch sagen: Die Sozialverantwortung liegt bei der SPÖ. Die Finanzverantwortung liegt bei der FPÖ. Wir vonseiten der ÖVP-Fraktion wollen nicht daran schuld sein, daß es hier zu weiteren Versäumnissen kommt. Ich habe daher kein Problem damit, diesem Antrag zuzustimmen, denn ich denke, das ist einfach ein wichtiger Bereich! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit zu diesem Antrag. Wer der Dringlichkeit zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, da die Freiheitliche Fraktion gegen diesen Antrag gestimmt hat. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuß für Soziales, Familie, Jugend und Gesundheit zu.

Ich bitte um den weiteren Bericht über den Einlauf!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

6. Ldtgs.Zl. 354-4/28:**Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend finanzielle Mittel für den Sport**

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die im Rahmen des Budgetvollzugs zum Landesvoranschlag für das Land Kärnten für das Jahr 2002 verhängte Kreditsperre für den Sportbereich umgehend aufgehoben wird.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schlagholz zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte von dieser Stelle aus nicht den Dagobert Duck strapazieren, möchte aber vor allem die großspuri-

gen Ankündigungen in Erinnerung rufen, daß für den Kärntner Sport wesentlich mehr zur Verfügung stehen wird als in der Vergangenheit. Die Realität ist aber eine andere, daher muß man den Herrn Finanzreferenten in die Mangel nehmen.

4,7 Millionen Euro im Jahr 2001 (umgerechnet 65 Millionen Schilling), geschätzte Damen und Herren, 2002 4,5 Millionen für den Kärntner Sport. Und jetzt kommt noch die Kreditsperre hinzu! Das bedeutet 3,8 Millionen Euro oder 54 Millionen Schilling. Geschätzte Damen und Herren! Das ist gerade die Hälfte (oder 50 %) vom letzten Sportbudget des Vorgängers oder Vorvorgängers, Dr. Ausserwinkler, geschätzte Damen und Herren! Und das im Lichte Ihrer Ankündigungen, das Kärntner Sportleben auf ein entsprechendes Förderniveau zu bringen und vor allen Dingen für eine entsprechende budgetäre Sicherheit zu sorgen. Hier geht es darum, den laufenden Sportbetrieb aufrecht zu erhalten, die Leistungszentren zu finanzieren und allem voran den Sportstättenbau, der seit einiger Zeit schon im Argen liegt, in seiner Finanzierung zu sichern. 54 Mille oder 3,8 Millionen Euro Ankündigungen für ein Stadion in Klagenfurt, für eine Schifflugschanze oder für das schon lange strapazierte Langlaufzentrum in Rosenbach, geschätzte Damen und Herren, das man ohnedies - trotz Landtagsbeschlüssen, trotz Regierungsbeschlüssen - verabschieden wollte. Man wollte sich verabschieden von einer 5-Millionen-Zusage; mittlerweile, wie ich gehört habe, ist man schon auf eine 2-Millionen-Schilling-Zusage zurückgegangen.

Geschätzte Damen und Herren, daher ist es wirklich fünf vor zwölf oder fünf nach zwölf im Kärntner Sport, oder den Kärntner Sport hier wirklich nicht in eine unsichere Phase zu stoßen. Dieses Budget ist mit dieser Sperre jenseits der Ankündigungen der Sportreferenten der FPÖ, jenseits der Aufgabenerfüllung für das Kärntner Sportleben! Das muß hier dokumentiert werden, daher auch dieser Antrag von uns. Dieses Budget heißt letztlich Stillstand, allem voran für den Sportstättenbau - ich betone es noch einmal -, der in Kärnten stark im Argen liegt. Unser Antrag ist aber auch eine Brücke für euren Sportreferenten. Wenn ihr dieser Dringlichkeit zustimmt, dann helft ihr ihm, diese Brücke zu beschreiten! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung gibt, den möchte ich um ein zustimmendes Handzeichen bitten! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, denn die Freiheitliche Fraktion hat der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Ich weise diesen Antrag dem Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß zu.

Bevor ich den Schriftführer bitte, weiter zu berichten, möchte ich mitteilen, daß nach Ende dieser Sitzung der Unvereinbarkeitsausschuß zu einer Berichterstattungswahl im Kleinen Wappensaal zusammentreten soll. Bitte, das nicht zu vergessen! Ich bitte, zu berichten!

Schriftführer **Dr. Glantschnig**:

7. Ldtgs.Zl. 242-11/28:

Dringlichkeitsantrag des ÖVP-Klubs betreffend das Verbot des Kleinen Glücksspiels

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag umgehend eine Novelle des Kärntner Veranstaltungsgesetzes zuleiten, die den Inhalt hat, daß das sogenannte Kleine Glücksspiel, das Spiel mit Geldspielapparaten, verboten wird, wobei für bestehende Bewilligungen die rechtlich erforderlichen Übergangsfristen vorgesehen werden sollten.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Scheucher-Pichler zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen: Ich begründe die Dringlichkeit dieses Antrages mit dem Ergebnis der Enquete im Kärntner Landtag zum Thema "Kleines Glücksspiel", wo sich Vertreter aller Landtagsparteien - Kollege Ambrozy nickt; auch er ist einer - und

auch die Experten eindeutig für einen Ausstieg aus dem Kleinen Glücksspiel ausgesprochen haben. Die Zahlen, die Ergebnisse dieser Enquete waren ganz eindeutig, wo das Suchtpotential des Kleinen Glücksspiels eine Verdreifachung des Suchtverhaltens in dem Bereich zeigt. Es geht hier letztlich um den Schutz unserer Kinder; es geht um unsere Jugend! Tatsache ist, daß in diesen letzten Wochen vom zuständigen Referenten keinerlei Initiativen gesetzt wurden, das Ergebnis dieser Enquete umzusetzen. Wir fordern daher mit diesem Dringlichkeitsantrag dazu auf. Ich darf Sie ersuchen, diesen Dringlichkeitsantrag zu unterstützen, hier endlich die entsprechenden Novellierungen zum Kärntner Veranstaltungsgesetz vorzulegen! Dankeschön! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.)

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! In aller Höflichkeit: Das ist ein Antrag der Kategorie "Inflation" oder "Placeboanträge" - aber immerhin mit der positiven Sicht, daß die ÖVP bereits so weit ist, ihre eigenen Anträge jetzt schon abzuschreiben. Deshalb "placebo", weil offensichtlich die Antragsteller sich selber etwas suggerieren; vielleicht daß dadurch, daß ein Antrag ständig wiederholt wird, vielleicht jede Woche einmal als Dringlichkeitsantrag gestellt wird, das Ganze schneller geht.

Ich darf daran erinnern, daß es am 21. Feber in diesem Haus nicht nur eine Enquete zum Thema "Kleines Glücksspiel" gegeben hat, sondern am Nachmittag auch eine Sitzung zu diesen Themen mit mehreren Tagesordnungspunkten im Finanz- und Wirtschaftsausschuß. Daß bereits am Vormittag während der Enquete der zuständige Referent, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger, mitgeteilt hat, daß er die gesetzlichen Änderungen vorbereiten wird. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, daß er nicht untätig ist, Frau Kollegin Scheucher, sondern daß er sehr wohl tätig ist. Nur erfordern diese Dinge auch einen bestimmten Formalismus. Dazu gehört eine Begutachtung. Dazu gehört der Konsultationsmechanismus. Beides ist mit einem Zeitaufwand verbunden, der einfach abzuwarten ist.

Dipl.-Ing. Gallo

(Abg. Sablatnig: Wer begutachtet das?!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es würden sich diese Fristen durch noch so viele Dringlichkeitsanträge nicht verkürzen lassen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis. Ich darf aber aus der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses zitieren: der Herr Abgeordnete Unterrieder - er ist da, er wird mir das bestätigen - schlägt eine Unterbrechung der Generaldebatte vor, um die angekündigte Stellungnahme der Wirtschaftskammer abzuwarten ebenso wie die in Ausarbeitung befindliche Novelle des Referenten. Daraufhin wurde die Generaldebatte zu allen Punkten einstimmig mit der Maßgabe unterbrochen, diese Stellungnahme der Wirtschaftskammer abzuwarten, Parteiengespräche zu führen, sowie die Materien gemeinsam mit der in Ausarbeitung befindlichen Novelle zum Veranstaltungsgesetz zu behandeln. *(Abg. Koncilia: Wenn du was Gescheites sagen willst, dann mußt du den Unterrieder zitieren!)* Das ist ... Macht nichts, Herr Kollege Koncilia! Das freut mich. Das ist Sache. Daher keine Dringlichkeit, weil sie auch nicht notwendig ist. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es liegt wohl in der Natur der Sache, daß der Kollege Gallo eine Verteidigungsrede für den Referenten Pfeifenberger gehalten hat. Das ist keine Frage. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nur Sache war das!)* Nur, seit dem ich hier in diesem Hause bin, hat es immer schon heftige Kritik zu diesem Veranstaltungsgesetz, zum Kleinen Glücksspielgesetz gegeben. Und der Referent selbst war es, der gesagt hat, in seiner Abteilung herrscht Chaos. Das muß man auch einmal wissen. Er hat das gesagt. *(Abg. Unterrieder: Das war aber nicht gelogen!)* Das mag durchaus sein. Und wir haben mehrmals Forderungen gestellt, dieses Chaos sollte beseitigt werden. Nur gemacht hat er bis heute noch Null und nichts. Und deshalb sind diese Anträge, die sowohl von der ÖVP als auch von uns eingebracht wurden, wahrscheinlich sicherlich wohl zu Recht gestellt worden. Nur eines muß man auch sagen, er befindet sich in der Klemme.

Denn einerseits ist er ein großer Verteidiger der Automatenindustrie und das wahrscheinlich wohl aus gutem Grund. Weil ich kenne auch die Hintergründe, *(Abg. Jost: Wer?!)* die kenne ich auch. Herr Jost, Sie brauchen gar nicht fragen wer, weil auch Sie kennen diese Hintergründe. Da brauchen wir uns gegenseitig gar nichts vormachen. Das ist einmal so. Das ist die eine Seite. Die andere ist aber die, daß in der Realität genau dieses Veranstaltungsgesetz in dieser Art wie wir es haben nicht funktioniert. Und da sind auch wieder Sie mitaufgefordert mitzuwirken. Das tun Sie auch nach außen hin, indem Sie Anträge stellen, man muß das Jugendschutzgesetz besser einfordern und, und, und. Nur, das funktioniert nicht.

Wir haben am 07. März in diesem Hause eine Dringlichkeitsanfrage gestellt, die in etwa gleichlautend mit dem heutigen ÖVP-Antrag ist. Ich weiß schon, daß die zwei Monatsfrist noch nicht abgelaufen ist. Nur, Antwort haben wir bis heute noch keine bekommen. Deshalb ist es nur recht und billig, daß dieser Dringlichkeitsantrag von der ÖVP heute eingebracht wurde und wir werden ihn von unserer Fraktion selbstverständlich unterstützen. Danke! *(Beifall von der SPÖ- und ÖVP-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

So, bevor ich der Frau Mag. Scheucher-Pichler das zweite Mal zur Dringlichkeit das Wort erteile, möchte ich doch die Abgeordneten bitten, wenn sie mir die Wortmeldungen herausbringen, zumindest hinauf zuschreiben, wozu sie reden. *(Abg. Dr. Wutte: Zu was! - Abg. Lutschounig: Zu was, wozu?!)* Ich bin ja wirklich schon der zweite Schriftführer da draußen. *(Unruhe im Hause)* Bitte, es wäre korrekt! Erfüllen Sie mir diesen kleinen Wunsch. *(Heiterkeit beim Vorsitzenden)*

Bitte, Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordnete **Mag. Scheucher-Pichler** (ÖVP):

Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dipl.-Ing.

Mag. Scheucher-Pichler

Gallo, ich möchte wirklich nur darauf hinweisen, daß dieser Antrag wesentlich weiter geht als der erste, den wir gestellt haben und daher noch einmal bitten, daß Sie der Dringlichkeit dieses Antrages vielleicht doch zustimmen. Beim ersten Antrag, da ging es um eine Novellierung des Veranstaltungsgesetzes ganz allgemein. Dieser Antrag ist wirklich dezidiert ein Antrag, der sich auf das Ergebnis dieser Glücksspiel-Enquete stützt eben dem Verbot, den Ausstieg aus dem "Kleinen Glücksspiel" zu initiieren.

Und zweitens darf ich auch zu Ihrer Verteidigung noch sagen, es gibt bisher keinerlei Begutachtung. Uns von Seiten der ÖVP-Fraktion ist nichts derartiges zugekommen. Ganz im Gegenteil, es sind Wochen und Monate vergangen und es gibt weitere Genehmigungen. Es gibt weitere Genehmigungen. Jede Genehmigung, die erteilt wird, ist letztlich wieder ein Schaden für unsere Kinder und für unsere Jugend. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Kollmann das Wort.)

Abgeordneter **Kollmann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wortmeldung vom Herrn Dipl.-Ing. Gallo hat mich veranlaßt, diese Dringlichkeit nicht nur zu unterstützen, sondern wirklich auch die Freiheitliche Landtagsfraktion zu ersuchen, der Dringlichkeit auch die Zustimmung zu geben.

Ich kann das nur unterstreichen, was die Vordner alle gesagt haben. Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Pfeifenberger ist nicht nur untätig, er ist sogar säumig. Aufgrund der Enquete, die durchgeführt wurde, war von ihm das Versprechen - und auch alle Landtagsfraktionen haben sich dazu bereit erklärt - selbstverständlich sehr rasch ein Gesetz, ein Ausstiegszenario vorzubereiten, daß das gemacht wird. Wir wissen und die Kollegin Mag. Scheucher hat das bereits angesprochen, neun neue Spielsalons sind in dieser Zeit nach der Enquete neu genehmigt worden. Und ich glaube, das kann nicht das Ziel sein, daß man bei einer Enquete drüber redet und sagt jetzt: Ja, selbstverständlich, wir brauchen unbedingt eine andere Form der Glücksspiele und wir wollen auch haben, daß es

ein Ausstiegszenario gibt. Deshalb glaube ich, daß hier wir uns alle daran beteiligen sollten, daß dieser Dringlichkeit die Zustimmung erteilt wird, daß nicht noch neue Spielsalons eröffnet werden können. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hohes Haus! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich komme zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dieser die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, die Freiheitliche Fraktion hat der Dringlichkeit nicht zugestimmt. Ich weise diesen Antrag dem Ausschuß für Finanz, Wirtschaft, Tourismus und Technologie zu und möchte den Antrag stellen, den Ausschuß für Familie Soziales, Gesundheit beizuziehen. Wer diesem Antrag, den bitte ich um ein Handzeichen! - Das ist mit Mehrheit so beschlossen und wird auch so durchgeführt.

Ich bitte, weiter zu berichten!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Wir kommen zu den Anträgen.

B. Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 590-1/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Ärzteausbildung - Anästhesiologie und Intensivmedizin integrieren mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:
Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß durch eine Änderung der bundesgesetzlichen Vorgaben (Ärztegesetz, Ärzte-Ausbildungsverordnung) das Sonderfach Anästhesiologie und Intensivmedizin in den Turnus zur Ausbildung zum Arzt für Allgemeinmedizin integriert wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

Mag. Weiß

2. Ldtgs.Zl. 269-10/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Sterbekarenz (Hospizkarenz) mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag Gesetzesentwürfe zum Dienstrecht der Landes- und Gemeindebediensteten zur Beschlußfassung vorzulegen, welche die Einführung der Sterbekarenz (Hospizkarenz) zum Inhalt haben und bei der Bundesregierung nachhaltig dafür einzutreten, daß die Möglichkeit der Sterbekarenz (Hospizkarenz) für die öffentlich Bediensteten des Bundes geschaffen wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

3. Ldtgs.Zl. 232-4/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend sorgfältiger Umgang bei der Verwendung von Feuerwerkskörpern mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß im Rahmen der (Verbots)Regelungen für die Verwendung von Feuerwerkskörpern auch auf dicht verbaute Wohngebiete und landwirtschaftliche Einrichtungen (zur Unterbringung von Tieren) Rücksicht genommen wird. Des weiteren möge die Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes der Feuerwehr und die Möglichkeit der verpflichtenden Einsammlung und Entsorgung von übrigbleibenden Holz-, Kunststoff- und Papierresten von Feuerwerkskörpern in Gärten, Wiesen und Feldern geprüft werden.

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinde und ländlicher Raum**

4. Ldtgs.Zl. 591-1/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Boltzmann Institut für interkulturelle Bildungsforschung in Kärnten - finanzielle Unterstüt-

zung durch das Land Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, das bereits in der Vergangenheit vom Land geförderte Boltzmann-Institut für interkulturelle Bildungsforschung in Kärnten (Standorte Universität Klagenfurt und Außenstelle Villach) jedenfalls weiterhin finanziell zu unterstützen.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

5. Ldtgs.Zl. 110-10/28:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Novellierung des Kärntner Seniorengesetzes mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Kärntner Landtag eine Novelle zum Kärntner Seniorengesetz vorzulegen, welche bei der jährlichen Festlegung der einzelnen Zuteilung der allgemeinen Seniorenförderung für die einzelnen Seniorenorganisationen die jeweilige Mitgliederzahl der Seniorenorganisation so berücksichtigt, daß die Förderung pro Mitglied und nicht - wie derzeit - gestaffelt nach Mitgliederzahlen (bis 3.000, bis 10.000 Mitglieder und darüber) berechnet wird.

Zuweisung: **Ausschuß für Familie, Soziales und Gesundheit**

6. Ldtgs.Zl. 114-2/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Förderung Traditionsverbände mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen für eine jährliche Basisförderung der beiden Kärntner Traditionsverbände "Kärntner Heimatdienst" und "Kärntner Abwehrkämpferbund" zu schaffen.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

Mag. Weiß

7. Ldtgs.Zl. 592-1/28:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Slowenische Sendungen im Radio Kärnten mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit dem ORF sicherzustellen, solange der slowenischsprachige Sender Radio dva in Kooperation mit dem ORF sendet, es zu keiner Ausstrahlung slowenischsprachiger Sendungen im Radio Kärnten kommt.

Zuweisung: **Bildungs-, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß**

8. Ldtgs.Zl. 51-4/28:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Aufhebung der Kreditsperren im landwirtschaftlichen Förderungsbereich mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, im Bewirtschaftungsbereich der Abteilung 10 L Kreditsperrenaufhebungen bei folgenden Ansätzen durchzuführen: Ländliches Wegenetz, Nationale Investförderung, Landwirtschaftskammer - Ausgaben für Förderungen

Zuweisung: **Ausschuß für Gemeinde und ländlicher Raum**

C. Schriftliche Anfragen:

1. Ldtgs.Zl. 53-6/28:

Schriftliche Anfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Landesrat Georg Wurmitzer mit folgenden Fragestellungen:

1. Welche gesetzlichen Bestimmungen sind durch die Einleitung des Wildensteiner Baches in die Wasserversorgungsanlage in Gallizien verletzt worden?
2. Wer hat diese Gesetzesübertragungen begangen?
3. Welcher Schaden ist dabei entstanden?
4. Wer trägt den entstandenen Schaden in welcher Höhe?

D. Petitionen:

1. Ldtgs.Zl. 201-5/28:

Petition von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Ausbildung der Kfz-Techniker-, Schlosser- und Elektrikerlehrlinge im Heimatbezirk Spittal/ Drau

Vorsitzender Erster Präsident **Dipl.-Ing. Freunschlag** (FPÖ):

Hoher Landtag! Mit der Verlesung des Einlaufes ist die Tagesordnung und unsere Arbeit beendet. Ich schließe die 40. Sitzung des Kärntner Landtages. Ich danke für die Mitwirkung und auch die Abarbeitung der Tagesordnung und darf erinnern, daß im Anschluß der Immunitätsausschuß im kleinen Wappensaal tagt, um eine Berichterstattung vorzunehmen.

Ende der Sitzung: 16.59 Uhr